

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Walter Jaide

Jugend und Politik heute

Soziale und politische Einstellungen
und Verhaltensweisen

im Spiegel neuerer Untersuchungen
in der Bundesrepublik Deutschland

Horst W. Opaschowski

Zur Lebenssituation
arbeitsloser Jugendlicher

Ergebnisse eines
sozialpädagogischen Projekts

B 39-40/76

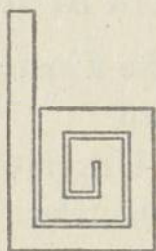
25. September 1976

Walter Jaide, Dr. phil., geb. 1911 in Berlin, Professor für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Hannover, Leiter der Forschungsstelle für Jugendfragen Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: Die junge Arbeiterin (zus. m. G. Wurzbacher u. a.), München 1958; Eine neue Generation?, München 1961; Die Berufswahl, München 1961; Das Verhältnis der Jugend zur Politik, Neuwied 1963; Die jungen Staatsbürger, München 1965; Leitbilder heutiger Jugend, Neuwied 1968; Junge Arbeiterinnen, München 1969; Jugend und Demokratie, München 1970; Jugend im doppelten Deutschland (Mitherausgeber), in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1975, 3; zahlreiche Aufsätze zu den erwähnten Themen.

Horst W. Opaschowski, Dr. phil., geb. am 3. Januar 1941 in Beuthen/OS, Studium der Pädagogik, Soziologie, Psychologie, Germanistik und Geschichte in Köln und Bonn; seit 1975 Professor für Sozialpädagogik/Schwerpunkt Freizeitpädagogik im Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg; 1973 bis 1975 Mitglied der interdisziplinären Projektgruppe „Freizeitpolitik“ des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit; Vorstandsmitglied des Studienkreises für Tourismus e. V. Starnberg; Wiss. Vorsitzender des Instituts für Freizeitstudien und Freizeitforschung e. V. Siegen.

Veröffentlichungen u. a.: Jugendauslandsreisen. Geschichtliche, soziale und pädagogische Aspekte, 1970; Jugendkundliche Gegenwartsprobleme, 1971 (Hrsg.); Der Jugendkult in der Bundesrepublik, 1971 (in niederländ. Übersetzung 1973); Freizeitpädagogik in der Leistungsgesellschaft, 1973² (Hrsg.); Im Brennpunkt: Der Freizeitberater, 1973; Freie Zeit ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine Neubewertung von „Arbeit“ und „Freizeit“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/74; Pädagogik der Freizeit. Grundlegung für Wissenschaft und Praxis, 1976; Freizeit als gesellschaftliche Aufgabe, 1976 (Hrsg.); Freizeitkulturelle Bildung. Rahmenkonzept zur Begründung eines neuen Bildungssektors, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens 5 (1976); Entwicklung und Erprobung sozialpädagogischer Hilfen und freizeitpädagogischer Angebote für arbeitslose Jugendliche (vorrangig Jungarbeiter) als flankierende Maßnahmen der Jugendhilfe gegen Jugendarbeitslosigkeit, i. A. des NRW-Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, 3 Bände (vervielf. Manuskript), 1976; Soziale Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen. Streetwork und Aktionsforschung im Wohnbereich, 1976.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Jugend und Politik heute

Soziale und politische Einstellungen und Verhaltensweisen im Spiegel neuerer Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland

I. Zur Thematik der Meinungsbildung

Man könnte zunächst thematisch fragen: Worüber denkt die Jugend nach, worüber äußert sie sich? Das wissen wir allerdings nur anhand der Fragen oder Probleme, die in den einschlägigen Untersuchungen angeschnitten worden sind. Deren Auswahl hängt ab von der wissenschaftlichen Tradition und der internationalen Zusammenarbeit, von den Interessen der Untersucher bzw. Auftraggeber — und weniger von den Jugendlichen selbst. Sie behandeln, wenn auch mit verschieden dichter und gründlicher Bereichsabdeckung:

- Familie, Gleichaltrige, weitere Bezugspersonen und -gruppen;
- Schule, Berufseinmündung, Berufsausbildung, Berufslaufbahn;
- Freizeit und Tourismus, Mediennutzung, Konsum- und Sparverhalten;
- soziale und politische Partizipation, Organisationszugehörigkeit, Meinungsbildung, Information und Engagement;
- Lebenspläne und Zukunftsvorstellungen;
- Verhaltensnormen und Wertsetzungen.

Über einige dieser Bereiche soll hier berichtet werden, und zwar besonders über die soziale und politische Meinungsbildung innerhalb der letzten Jahre.

Relevanter als die Forschungslage über die Jugend ist die Themenauswahl und -relevanz auf Seiten der Jugendlichen selber. Was gilt bei den jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland als aktuell, kontrovers, im Wandel begriffen oder erhaltenswert? In der Infratest-Studie 1971¹⁾ beispielsweise figurieren die Wünsche:

- glückliches Familienleben,
- interessanter Beruf mit vielen Abwechslungen,

— Freunde, auf die man sich verlassen kann (neben finanzieller Alterssicherung) auf den oberen Rängen.

„Familienleben“ und „Freunde“ spielen bei den geringer Vorgebildeten eine größere Rolle als bei Studenten und Schülern in weiterführenden Schulen. Dementsprechend würden „im Leben am schwersten treffen“: der Verlust eines geliebten Menschen, Krankheit, Verlust der persönlichen Freiheit, soziale Isolierung, beruflicher Mißerfolg. Sogar unter den als dringlich genannten „politischen“ Aufgaben — nur etwa 50 % vermochten solche zu nennen — stehen Probleme des sekundären Sozialbereiches auf den oberen Rangplätzen: Bildungsreform und soziale Chancengerechtigkeit neben Gesundheitsvorsorge und Umweltschutz.

Bei einer speziell erfragten Rangordnung der Interessengebiete hat sich folgende Platzierung bei den 15- bis 24jährigen ergeben: Musik — Mode und Kleidung — Sport — technische Fragen — Wirtschaftsfragen — Haushalt — politische Fragen — psychologische und soziologische Fragen — Literatur und Kunst — religiöse Fragen. Die Differenzen innerhalb dieser Infratest-Stichprobe sind herkömmlich alters- und geschlechtsspezifischer Art (bei den 19- bis 24jährigen Frauen Mode und Kleidung auf Platz 1, Politik auf Platz 8, bei den gleichaltrigen Männern Mode und Kleidung auf Platz 8, Politik auf Platz 3).

In der internationalen EMNID-Untersuchung 1973²⁾ ergaben sich bei der Stichprobe 18- bis 24jähriger Jugendlicher der Bundesrepublik Deutschland in der Frage nach den persönlichen Lebenswünschen/Zielen folgende Häufigkeitsrangfolgen:

- Wahrhaftigkeit und Liebe zwischen mir und meinen Mitmenschen
- Verdienst und berufliche soziale Position (viel höher als bei der Jugend anderer Länder)
- eine Arbeit, die es wert ist,

¹⁾ Infratest, Jugend und Politik, München 1971.

²⁾ EMNID, The International Youth Survey, 1973.

und mit Abstand auf den unteren Plätzen:

- Freiheit von Beschränkungen
- Hingabe an Nation und Gesellschaft
- Hingabe an internationale Zusammenarbeit
- Erfüllung durch religiösen Glauben.

Bei der Frage nach den politischen Aufgaben des eigenen Landes:

— soziale sowie innere und äußere Sicherheit,

und mit erheblich geringeren Nennungen:

- Aufbau einer friedvollen Gesellschaft
- wirtschaftliches Wachstum
- Umweltschutz
- das Werthalten von Tradition und Kultur
- internationales Ansehen.

In einer Jugenduntersuchung der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ 1974/75³⁾ wurde durch eine Checkliste von ausdrücklich politischen Aufgaben folgende Rangstufung errechnet: Umweltschutz — Preisstabilität — Verhinderung der Arbeitslosigkeit — Verbesserung der Bildungsmaßnahmen — Verbrechensbekämpfung — Mitbestimmung — Reform des § 218 — Bekämpfung des Drogenmißbrauchs — Entspannung mit der DDR.

In der EMNID-Untersuchung 1975⁴⁾ stehen ebenfalls unter den Zielen, die man zu erreichen sich zutraut, sowie unter den Anlässen zu Freude oder Schmerz oder Ärger oben an „bürgerliche“ Anliegen:

- Familienglück
- Soziale Sicherung und Vorsorge
- Bildung und Berufslaufbahn, berufliche „Aussichten“, Erfolge und Befriedigung
- Freizeitleben und Verkehrskreis.

Erst weiter unten figurieren soziale und karitative Probleme und speziell die Teilnahme an Politik.

Diese Rangstufungen scheinen eine Zweiteilung nach höherrangigen „privaten“ und minderrangigen öffentlichen Anliegen zu ergeben. Eine solche Unterbewertung der letzteren könnte verstanden werden als Abgrenzung eines gleichsam apolitischen Raumes der persönlichen Lebensschicksale. Dafür

³⁾ Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Die politischen Einstellungen Jugendlicher, Frühjahr 1974; dass., Die politischen Einstellungen Jugendlicher im Zeitvergleich. Ergebnisse der zweiten Wiederholungsbefragung im Frühjahr 1975, Alfter, Juli 1975.

⁴⁾ EMNID, Jugend zwischen 13 und 24, Bielefeld 1975.

sprache z. T. auch die Betonung ‚bürgerlicher‘, internaler Tugenden für den Lebenserfolg: Fleiß, Leistung, Zuverlässigkeit, gute Vorbildung, Sparsamkeit etc. (Infratest 1971 EMNID 1975). Aber dagegen spricht die Tatsache, daß bei besonders darauf abgestellten Befragungen ein relativ höheres Interesse an Politik und ein zunehmend besserer Informationsstand über politische Fragen bekundet wird⁵⁾.

Selbst wenn manche Autoren⁶⁾ finden, daß Probleme der Menschenrechte, der liberalen Bürgerrechte und der freiheitlich demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung bei Jugendlichen seltener als dringlich bezeichnet werden, so scheinen sie doch in modifizierter Form wieder auf in den sogenannten postquisitorischen Anliegen⁷⁾ der Bürgersouveränität, der vielseitigen Entscheidungspartizipationen und der weitreichenden Ermöglichung solcher Teilnahme („Demokratisierung“).

Zum anderen könnte man in den erwähnten Prioritäten einen Rückzug ins Private (in höchst entwickelten Gesellschaften) oder in eine enger umschriebene Subkultur erkennen. Die als intakt und ergiebig bezeichnete Beziehung zur Herkunftsfamilie (EMNID 1975) weist ein wenig in diese Richtung. Doch zeigt dieselbe Untersuchung bei genauer darauf abgestellten Fragen, die zwischen Interesse, Behagen, Zurechtfinden im engeren Lebenskreis und im öffentlichen Leben unterscheiden, ein Übergewicht beim letzteren. In bezug auf die Bezugspersonen werden guter Zusammenhalt, Gesprächskontakte, Meinungsübereinstimmungen und Freundschaften mit respektablen Quoten genannt, ohne daß man dies als Überintegration in eine Subkultur der Gleichaltrigen interpretieren dürfte — und schon gar nicht als wüsten Konkurrenzkampf untereinander.

Eine ausgewogene Gewichtung zwischen persönlichen und öffentlichen Anliegen und Aktivitäten bietet auch einen Schutz der Jugendlichen vor fehlgehender Politisierung dar. Die außerordentliche Betonung von öffentlicher Sicherheit und Befriedigung innen

⁵⁾ V. Blücher, Die Generation der Unbefangenen, Düsseldorf-Köln 1966; B. Hille, Interessen von Jugendlichen im interkulturellen Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1975, 3, S. 568—591.

⁶⁾ Blücher, a. a. O.

⁷⁾ R. Inglehart, The Silent Revolution in Europe: Intergeneration Change in Post-Industrial Societies, in: American Political Science Review, Vol. LXV, No. 4, December 1971.

und außen sowie politischer Respektierung der Individuen und Gruppen legt die Vermutung nahe, daß viele Jugendliche Politik als Flankenschutz für den persönlichen Lebensvollzug ansehen und bewerten.

In derartige Rangstufungen können auch Zukunftserwartungen über die Machbarkeit, Aktualität und Hautnähe von möglichen, gewünschten oder befürchteten Veränderungen hineinwirken. Soweit es die dabei angewand-

Die Beurteilung von *Problem-Prioritäten* ist eine komplizierte Angelegenheit: Zunächst besteht das bisher ungelöste metrische Problem der Rangplätze und Stellenwerte darin, ob die oberen Ränge wirklich als „höhere“ Anliegen oder eher als Voraussetzungen für die (nicht als minder wichtig eingeschätzten) weiteren Anliegen anzusehen sind. Auch wären dabei Intensität und Reichweite zu unterscheiden: „oben“ können intensive Anliegen stehen, zu denen man eventuell weniger Zugang hat, und dagegen „unten“ allgemeine Anliegen, denen man täglich gegenübersteht — oder auch genau umgekehrt! Auch Moden und Publizität können — kaum dringliche — Anliegen nach oben spielen.

Bei den befragten westdeutschen Jugendlichen dürften die *Zugänglichkeit* der Probleme durch das Individuum und seine soziale Gruppe sowie das Gefühl potenter und kompetenter *Zuständigkeit* wichtige Komponenten in der Rangzuweisung sein. Damit sind die weiteren Fragen verbunden, ob sich nach Meinung der betreffenden Jugendlichen überhaupt an solchen Problemen viel ändern lasse bzw. Verbesserungen dank der politischen Legislative und Exekutive zu erwarten seien. Und schließlich wäre konkret zu fragen, ob sich darin effektive Veränderungen dank der Leistungen der gegenwärtigen Regierung oder bestimmter Parteien und Institutionen vollzogen haben. Mit einem Thermometer-Test könnte man pro Thema die Grade und Gradunterschiede für möglich, erwartet, gewünscht oder realisiert angeben lassen. Neben der Zugänglichkeit und Zuständigkeit gegenüber Problembereichen stehen auf seiten der Jugendlichen individuelle, alters- und lebenslaufspezifische Interessen bzw. *Sensibilitäten*. Je nach Lebensphase, Begabung, Leistung oder Milieu mögen Probleme der sozialen Nahräume oder solche der weiteren Lebensfelder (z. B. der Politik) näher oder ferner

ten Verfahren transparent machen, stehen auch hierbei die Fragen der persönlichen Sphäre stärker im Vordergrund. Die diesbezüglichen Erwartungen und Wünsche liegen in einem intensiveren Widerstreit als bei den eher einseitig skeptisch beurteilten politischen Problemen und den optimistisch eingeschätzten, aber weniger dringlich gewünschten technologischen und zivilisatorischen Fortschritten⁸⁾.

II. Problem-Prioritäten

stehen, d. h. in einer Rangliste höher oder niedriger erscheinen⁹⁾.

Damit steht man vor der Problematik der *issue-Kompetenzen*¹⁰⁾, deren Konzepten zufolge zu unterscheiden wären:

- Probleme genereller Zustimmung (z. B. Demokratie)
- Probleme spezieller Kontroversen (Chancengerechtigkeit)
- Probleme struktureller Art (Wirtschaftssystem)
- Probleme aktueller Art (Preisstabilität)
- Probleme der Zielsetzungen (Wachstum)
- Probleme der Mittel- und Methoden-Wahlen (Wirtschaftspolitik)
- Kenntnisse der bisherigen Praxis auf seiten von Regierungen, Parteien, Verbänden und deren weiterer Intentionen und Kompetenzen
- Kenntnisse der (erfüllten bzw. nicht erfüllten) Möglichkeiten und Kalkulationen künftiger Möglichkeiten
- das Durchschauen der Vorwand- und Illusionierungsrolle von Problemen und deren künstlicher Aufbauschung bzw. Bagatellisierung

⁸⁾ Über die Galtung-Studie informiert am besten Th. Kutsch, *Die Welt im Jahre 2000*, Kronberg/Ts. 1974. Vgl. ferner: V. Krumm, *Das Zukunftsbild der Jugend*, Weinheim/Berlin 1967; K.-Ch. Becker, H. E. Wolf, *Empirische Untersuchung über Zukunftsvorstellungen bei deutschen Ober-, Mittel-, und Volksschülern*, in: *Futurum*, 1969, 2; Y. van den Auweele, *Zukunftsvorstellungen von 15jährigen in der DDR und der BRD*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1975, 3, S. 592—610; B. Hille, *Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, in: *Deutschland Archiv*, 1975, 8, 1, S. 39—51.

⁹⁾ Vgl. D. Yankelovich, *The Changing Values on Campus*, Washington 1972.

¹⁰⁾ H. D. Klingemann, *Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 1973, 14, 2, S. 227—256.

— das Vorausschauen neuer Aktualitäten und der Verflechtungen der voran aufgeführten Problemkategorien.

Aus allen diesen Gründen kann man die angegebenen Prioritäten nur vorsichtig deuten, etwa als die „natürliche“ Kaprizierung der „normalen“ Jugendlichen auf ihre näherliegenden und leichter greifbaren Anliegen und Lebensziele, besonders, wenn man diese im Sinne einer Vorab-Erfüllung oder aktuellen Vorausbedingung gegenüber einer späteren politischen Teilnahme auffassen darf. Diese Deutung dürfte besonders zutreffen für die — oft vergessene, jedoch ca. ein Fünftel ausmachende — Teilgruppe derjenigen Jugendlichen, die aus verschiedenen Gründen (Vererbung, Sozialisation und eigener Mitverantwortung) bisher in Schule, Berufsausbildung, Arbeit, Fortbildung oder Vereinsleben nur geringe Leistungen gezeigt bzw. mit der Erfüllung ihrer nächstliegenden Aufgaben vollauf zu tun haben.

Aber auch bei den Leistungstüchtigen und Aufgeschlossenen darf eine ähnliche Interessenabfolge angenommen werden: In EMNID 1973 bekennen von der deutschen Stichprobe 73 %: „Verlaß sei nur auf sich selbst“ (USA 78 %, Japan 74 %, Frankreich 51 %, Schweiz 45 %, England 34 %). In EMNID 1975 meinen 48 % der Befragten, daß sie ihre beruflichen und sozialen Pläne vollständig oder im wesentlichen erreichen werden. Im Hintergrund und als Bestätigung stehen die bekannten Daten über Geldverwendung, Sparverhalten, finanzieller Vorsorge bis zur Lebensversicherung auf seiten der westdeutschen Jugendlichen¹¹⁾.

Wahrscheinlich hat man es dabei u. a. mit einem Typus der stillen Aktiven zu tun, die zum Teil durchaus in begrenzten Verhältnissen aufwachsen, aber doch aufgrund von Persönlichkeitseigenschaften und Sozialisations-

bedingungen wählerisch und kontinuierlich das zu suchen und zu betreiben verstehen, was sie bzw. ihre soziale Gruppe fördert und voranbringt, während sie sich öffentlich und politisch weniger bemerkbar und wirksam machen. Dabei sollte man allerdings auch die sogen. *Rückpralleffekte* einkalkulieren, die eine zunehmend kontroverse politische „Beurteilung“ und eine Politisierung vieler Lebensbereiche durch z. T. unkonventionelle, z. T. illegale, z. T. nicht delegierte Aktivitäten und deren fragwürdige Effekte bzw. deren Publizierung während des vergangenen Jahrzehnts mit sich geführt haben mögen. Solche Enttäuschungen und Überdrüssigkeiten — selbst bei den bisherigen Mitläufern — und eine damit verbundene Reaktivierung von Politikdistanz werden übersehen unter der neuen Jugendschelte (Duckmäuser, Anpasser, Mitläufer, Jäsager), wie sie in ähnlicher Form etwa alle zehn Jahre in der Bundesrepublik im Schwange gewesen ist. Es gehört schon viel politische Oberlehrernaivität dazu, „Passivität der Schüler am Unterricht“ nur den Schülern anzulasten. Und es gehört nicht viel Welt- und Menschenkenntnis dazu, um sich bewußt zu bleiben, daß es immer Streber mit Ellenbogen und (zugleich) politisch Indifferente oder Opportunisten gegeben hat, die je nach Lage oder auch nur nach der Optik etwas stärker auffallen.

Nur bei einem Teil der privilegierten Primaner und Studenten und daneben bei einem geringen Teil der werktätigen Jugend, der es mehr um soziale Probleme geht, haben politische Probleme — besonders solche struktureller Art — längerfristig einen höheren Stellenwert. In EMNID 1973 konzedierte die Hälfte, die außer dem Wähler keine andere sinnvolle politische Aktivität sieht, daß politische Probleme außerhalb der Reichweite der Individuen lägen.

III. Zufriedenheiten und Zustimmungen

Man kann die politische Meinungsbildung aufgrund der Datenlage am besten durch eine Polarisierung auf der Dimension „zufrieden versus unzufrieden“ erfassen. So weit Kontinuität und Stabilität eines Systems (auch) an den Meinungskonstellationen und -trends innerhalb der Jugendbevölkerung abzulesen sind, muß man vorab nach Symptomen bzw.

Äußerungen von Zustimmung und Zufriedenheit Ausschau halten. Dies um so mehr, als es Mode geworden ist, vor allem Unzufriedenheiten und Ablehnungen zu beachten oder zu fördern. Und dies wiederum, obwohl in einer Reihe von Umfragen über Einstellungen hohe Quoten von „Zufriedenheit“ mit oder vielleicht besser: „Zustimmung“ zu den gegenwärtigen Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik ermittelt worden sind. Sie beziehen sich u. a. auf vier Lebensbereiche oder Lebensstufen der Jugendlichen bzw. Heran-

¹¹⁾ Institut für Jugendforschung, Jugend und Lebensversicherung. Im Auftrag der Pressestelle des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen e. V., München 1975.

wachsenden: Schule — Betrieb, betriebliche/duale Ausbildung, Berufstätigkeit und Arbeitsplatz — Aussichten für die weitere Berufslaufbahn und damit zusammenhängend Einschätzungen des Subsystems von Arbeit und Wirtschaft — Einschätzungen des politischen Gesamtsystems¹²⁾.

Diese *Staffelung* nach jeweils umfassenderen Bereichen und d. h. *Kontext-Variablen* des Sozialsystems weist eine auffällige „Dichte“ und Kohärenz der Zustimmungen auf. Das ist für die Interpretation dieser Phänomene wichtig (s. u.), wobei einer positiven Deutung i. S. von Normalität und Stabilität im Bewußtsein (und Verhalten) der jungen Menschen der Vorrang kaum streitig gemacht werden kann.

1. Die *Schule* wird bei aller Kritik am öffentlichen allgemeinbildenden Schulwesen von immerhin der Hälfte (Infratest 1971; EMNID 1975; sogar von drei Vierteln: EMNID 1973) — zum Teil im Rückblick — als zufriedenstellend beurteilt. Ihr wird wesentlich mehr zugesprochen als die Vermittlung sozialer Chancen, lebensfernen Wissens oder Stereotypisierung der Ansichten und Fähigkeiten. 40 bis 50 % attestieren der Schule eine gute Vorbereitung für das Berufsleben, während 36 % den Lebenserfolg als „abhängig“ von ih-

rer Schulbildung und weitere 41 % diese als „wichtig“ dafür klassifizieren. 61 % sind zufrieden mit dem erreichten Schulabschluß. 51 % (bei 10 % keine Antwort) stellen in Abrede, daß die „Klassenlage“ über Schullaufbahn und -erfolg entscheide. Das hindert die Befragten andererseits nicht, die übliche Schulschelten, mechanische Vermittlung von Gedächtnis- und Examenswissen dominiere über Produktivität und Eigeninteressen der Schüler, zu 45 bis 70 % mitzumachen (EMNID 1973).

2. Selbst angesichts von Jugendarbeitslosigkeit im Jahre 1975 gibt nur ein Fünftel der Befragten Behinderungen bei der *Berufswahl* an. *Berufliche Ausbildung* und *Arbeit* werden im allgemeinen (noch) günstiger beurteilt als die Schule: mindestens 60 % der Hauptschüler mit Berufsausbildung (EMNID 1975) und (in EMNID 1973) sogar 80 % von allen Jugendlichen bezeichnen ihre Arbeit als zufriedenstellend oder sehr zufriedenstellend — und ähnlich ihren Arbeitsplatz. In der vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebenen Studie „Qualität des Arbeitslebens“ 1973 haben sich die jüngeren (18- bis 24jährigen) Arbeitnehmer als ähnlich zufrieden deklariert wie die älteren. Die Zufriedenheitsquoten bei den einzelnen Kriterien sind die folgenden:

¹²⁾ Die hier und im folgenden Abschnitt auszugsweise vorgelegten Daten stammen aus folgenden Untersuchungen:

Infratest, Jugend und Politik, 1971;
EMNID, The International Youth Survey, 1973 (18- bis 24jährige);

EMNID, Jugend zwischen 13 und 24, 1975;
Institut für Jugendforschung, Mehrthemenumfrage im Auftrag der „Welt“ (14- bis 25jährige), München 1972;

Institut für Jugendforschung, Die Einstellung der jungen Generation zum Unternehmer in seinem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umfeld, München 1974;

A. Bunz, R. Jansen, K. Schacht, Qualität des Arbeitslebens, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1973;

M. Kaase, Bedingungen unkonventionellen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift, 1976, 7;

Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Die politischen Einstellungen Jugendlicher, Frühjahr 1974;

dass., Die politischen Einstellungen Jugendlicher im Zeitvergleich. Ergebnisse der zweiten Wiederholungsbefragung im Frühjahr 1975, Alfter, Juli 1975; dass., Studenten 1975, Alfter, November 1975;

J. Neven du Mont, Jungwähler und Staat, in: Deutschland-Informationen, 12/1975;

Allensbacher Berichte, Institut für Demoskopie Allensbach. (Z. T. wird auch zurückgegriffen auf R. Wildenmann, u. M. Kaase, Die unruhige Generation, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Mannheim, 1969; W. Jaide, Jugend und Demokratie, München 1970).

| Kriterien | Zufriedenheitsquoten | |
|----------------------------|----------------------------------|--|
| | junge Arbeiter (N = 205) % | junge Beamte und Angestellte (N = 213) % |
| Arbeitsinhalt | 68 | 75 |
| Arbeitsplatzbedingungen | 82 | 86 |
| Arbeitszeit | 77 | 80 |
| Vorgesetzte | 81 | 83 |
| Betriebsklima | 87 | 86 |
| Kollegen | 89 | 92 |
| Einkommenshöhe | 67 | 74 |
| Einkommensform | 86 | 93 |
| Arbeitsplatzsicherheit | 81 | 85 |
| Aufstiegschancen | 57 | 64 |
| betriebliche Mitbestimmung | 61 | 62 |

Und dies alles, obwohl die Hälfte die Anforderungen als hoch (IJF 1972; EMNID 1975) bzw. ein weiterer Teil als sehr hoch (IJF 1974) einschätzt. Diese Belastung wird wohl ein wenig ausgeglichen durch die starke Betonung der berufsspezifischen Befriedigung, besonders bei den deutschen Jugendlichen. Selbstverständlich wird Einkommen und Position als Hauptmotiv der Berufsarbeit zugegeben; daneben taucht jedoch auch Selbsterfüllung (15 %) sowie Erfüllung sozialer Aufgaben (11 %) auf, während jeweils Mehrheiten verneinen, daß die Arbeit zu simpel oder mechanisch sei oder sich unter zu starkem Konkurrenzdruck abspiele. 66 % sind zu Überstunden bereit (EMNID 1973). In EMNID 1975 sind die Quoten für Befriedigung und Aufgabenerfüllung noch höher ausgefallen (s. Tab. 1. und 2. im Anhang).

3. Die Zufriedenheit mit Ausbildung und Arbeit ist eingebettet in die überwiegende Zustimmung zum gegenwärtigen *Wirtschaftssystem* der Bundesrepublik Deutschland (70 %), das man zwar verbessern, aber nicht durch ein anderes ablösen sollte (lieber Kapitalismus statt Sozialismus: 62 zu 19 %; IJF 1974). Sie hängt ferner zusammen mit den praktischen Erfahrungen des *sozialen Aufstiegs* der eigenen Familie (70 %) und der Anerkennung der persönlichen Aufstiegsmöglichkeiten (68 %; EMNID 1975) sowie des gerechten Austausches von Leistungen und Entlohnungen (72 %; IJF 1972). Sogar in der Hamburger Lehrlingsstudie sprechen sich nur 45 % der Befragten dahin gehend aus, daß Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Lehrlingen bestehen¹³). Diese Zufriedenheiten werden allerdings eingegrenzt durch eine seit 1971 zunehmend kritische Einstellung zur Chancenverteilung bei etwa der Hälfte der Stichproben (Infratest 1971; IJF 1972; EMNID 1975) (s. a. Tab. 3. und 4. im Anhang).

Zum nächsten Kontext-Bereich (Staat und Gesellschaft) leitet über die Frage nach der *Leistung des Staates* für Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, die von ca. 60 % der Heranwachsenden als gut bzw. als sehr gut eingeschätzt wird (Kaase, a. a. O.). Die Zustimmung zum „Klassenkampf“ korreliert dagegen positiv mit einer begünstigten Stellung im Bildungssystem (Allensbacher Berichte). Übrigens sprachen sich von den 16- bis 29jährigen gegen staatliche Investitionslenkung 51 %

aus, 17 % waren unentschieden und 32 % dafür (Allensbacher Berichte, 1976, Nr. 18).

4. Affirmative und optimistische Zustimmungsbereitschaft der überwiegenden Mehrheit zum Subsystem von Arbeit und Wirtschaft (auch im Jahre 1975 und offenbar zunehmend für das Jahr 1976) hängt zusammen mit einer Status-quo-Einstellung zum *Gesamtssystem* der westdeutschen Staatsgesellschaft. Zwei Drittel bis drei Viertel der Jugendlichen äußern Zufriedenheit (einschließlich teilweiser Zufriedenheit) mit dem politischen System und halten die westdeutsche Form der Demokratie für die *relativ beste Staatsform* (EMNID 1953—1964; Adenauer-Stiftung 1974/75; Neven du Mont 1975). Sie wären bereit, diesen Staat — verbal und auch real mit Hilfe der Bundeswehr — zu *verteidigen* (EMNID 1975 u. a.). In der internationalen Vergleichsumfrage (EMNID 1973) bescheinigten 83 % der Regierung, die Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung voll/mehr oder weniger voll zu schützen, Damit gehen die Äußerungen von fast drei Vierteln einher, unbedingt/überwiegend: „Stolz darauf, ein Deutscher zu sein“ (Allensbach, September 1974) — gegenüber einer Minderheit (10 bis 15 %), die lieber in einem anderen Land leben bzw. auswandern möchte (Infratest 1971; Baerwald¹⁴). Damit hängt zusammen eine Ausgewogenheit zwischen konservativen und reformerischen Tendenzen bzw. das vorherrschende Verlangen nach partiellen Reformen gegenüber grundlegenden Veränderungen und keiner Änderung des Grundgesetzes (Allensbacher Berichte 1972/32, 1974/19; IJF 1974; EMNID 1975).

Die permanenten, erheblichen Verbesserungen im Sozial- und Bildungssystem in den letzten zehn Jahren werden offenbar von den Jugendlichen anerkannt. Allerdings werden auch hohe Erwartungen an den Staat in bezug auf soziale und politische Sicherheit im Inneren und Frieden nach außen gestellt (EMNID 1973: 49 % und 17 %).

Zwei Drittel akzeptieren die gegenwärtigen Parlamentsparteien als mögliche Ziele ihrer Wahl- und Mitgliedspräferenzen, von Sympathie und Kompetenzzuweisung (Adenauer-Stiftung 1974/75; EMNID 1975). Die Entsprechung zur Legitimitätserwartung der Bürger ist das Legalitätsverhalten der Regierungen. In der internationalen Studie 1973 wurde danach gefragt, ob die Regierung nicht oft etwas ganz anderes in Gang setzt, als was die

¹³) W. Laatz, Berufswahl und Berufszufriedenheit der Lehrlinge, München 1974.

¹⁴) F. Baerwald, Lebenserwartungen von Lehrlingen und Jungarbeitnehmern in Großstädten, München 1973.

Bevölkerung wirklich will. Diese Frage ist von den deutschen Jugendlichen, wenn auch mit knapper Hälfte, so doch mit einer viel ge-

ringeren Quote beantwortet worden als in den übrigen Ländern (z. B. in England mit 90 %) (s. Tab. 5 im Anhang) ¹⁵⁾.

IV. Zur Interpretation der hohen Zufriedenheitsquoten

Es besteht also ein sehr deutliches, massives Übergewicht der *positiven* Voten, und zwar übereinstimmend in vielen Umfragen über viele Themen, die sich gegenseitig abstützen. Man soll dieses hohe Maß an Zufriedenheitsbekundungen zwar nicht in naiver Umfragegläubigkeit für „bare Münze“ nehmen, aber auch nicht aus ideologischer Besserwisserei als falsche Münze zurückweisen. Man muß eine *differenzierte Deutung* zur Diskussion stellen, und zwar etwa in Kürze in folgender Gliederung:

1. Die Äußerungen zur Zufriedenheit über die erfragten Bereiche sind so lange fragwürdig in ihrer Glaubwürdigkeit, als man nicht den einschlägigen *Informationsstand* der Befragten überprüft. Wer z. B. als Auszubildender seine Rechte und Pflichten im Betrieb nicht oder wenig kennt, dessen Äußerungen über die Legalität oder Qualität der Ausbildung und damit auch über seine Zufriedenheit sind fragwürdig. Dasselbe gilt für geäußerte Unzufriedenheiten, Beanstandungen und Mängel. Urteilskompetenz und Kritikfähigkeit hängen davon ab, ob man über Kriterien, Maßstäbe, Alternativen, Vergleichsmöglichkeiten verfügt. Dieser Informationsstand ist im Zusammenhang mit den Bekundungen von Zufriedenheit versus Unzufriedenheit bisher in keiner Untersuchung überprüft worden. Allerdings darf man damit rechnen, daß die Befragten entsprechende *primäre Erfahrungen* haben und auch sonst über einschlägige Informationen verfügen. In der erwähnten EMNID-Untersuchung 1975 wird den Jugendlichen bzw. den Heranwachsenden eine mittlere (zu 60 %) und eine hohe (zu 27 %) Informationsdichte zugesprochen. In schulischen und beruflichen Fragen messen sich „nur“ 52 % „genaues“ Bescheidwissen zu, in politischen Entscheidungen stellen 53 % Unsicherheit in Abrede.

2. Befriedigungen wollen gemessen werden an den *Erwartungen* oder Ansprüchen der Jugendlichen. Solche Erwartungen muß man überprüfen oder auch abschätzen von der Ausgangslage her: Schulabschluß, Berufswünsche und -vorstellungen, Stellenangebot, familiäre Aspirationen, Organisationszugehörigkeit, Förderung durch die Familie, Freisetzung im Sozialisationsprozeß usw. Wer nur bescheidene Ansprüche stellen kann, wird

sich eher mit unbefriedigenden Verhältnissen arrangieren als der höher Qualifizierte. Die relativ hohe Zufriedenheit der Ungelernten ist dementsprechend zu interpretieren ¹⁶⁾. Auch die Unzufriedenheit bei höher Qualifizierten und Privilegierten unterliegt dieser Relation, wobei die Angemessenheit dieser Ansprüche und Erwartungen zur Debatte steht. Wer sich selber an einer unbefriedigenden Berufseinkündigung mitschuldig fühlt und an Über- oder Unter- oder Fehlanforderung leidet, wird dies nicht gern in Unzufriedenheit manifestieren. Soziale und politische Indifferenz und Apathie können sich teils durch Zufriedenheit kaschieren, teils auch als unbefriedigend

¹⁵⁾ Dabei findet sich unter der deutschen Jugend eine gewisse Dichotomie der Zustimmung bzw. des Vertrauens zwischen staatlicher Verwaltung einerseits und gesellschaftlichen Gruppen bzw. Verbänden andererseits. In einer Reihe von Untersuchungen in der Bundesrepublik aus den letzten sieben Jahren wird die Übermacht der Verbände — auch speziell der Gewerkschaften — beklagt, die Integrität und Fähigkeit der Abgeordneten und Funktionäre in Abrede gestellt — und das in Permanenz von etwa zwei Dritteln der befragten Jugendlichen. Der Frage z. B. „Soll die Belegschaft allein bei der Mitbestimmung ihre Vertreter bestimmen?“ haben 62 % der 14- bis 29jährigen zugestimmt (nur 19 % stimmten für: „... auch die Gewerkschaft“).

Bei Schwierigkeiten im Schul- und Berufsleben, bei der Lehrlingsausbildung werden eher staatliche Instanzen (Schulbehörde), an zweiter Stelle Lehrer, Schüler, Eltern herangezogen, während Parteien, Gewerkschaften und Kirchen fast allen befragten Jugendlichen nicht oder weniger als denkbare Helfer in Betracht kommen (Latz 1974). Soweit die Zweiteilung in Skepsis gegenüber Parteien und Verbänden und Zutrauen gegenüber staatlichen Institutionen zutrifft, läßt sich bei den betreffenden Jugendlichen auch eine Skepsis gegenüber Mitbestimmungs- und Basisaktivitäten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vermuten. Die Bürgerfreiheiten erscheinen ihnen offenbar beim Staat und seinen Institutionen, sofern sie noch gut funktionieren, besser aufgehoben zu sein. Das seit etwa 100 Jahren zwischen „Staat“ und „Gesellschaft“ hin und her schwingende Zuwendungs- und Meinungspendel scheint bei den Jüngeren wieder mehr zur Staatlichkeit mit ihren Rechts-, Ordnungs-, Ausgleichs- und Stabilitätsfunktionen auszuschlagen. In der IJF-Umfrage 1972 äußerten 22 %, daß unser Staat zu wenig Autorität seinen Bürgern gegenüber ausübt; 45 % meinten: genau das richtige Maß; 33 %: zu viel.

¹⁶⁾ W. Jaide, Junge Arbeiterinnen, München 1969; E. Höhn (Hrsg.), Ungelernte in der Bundesrepublik, Kaiserslautern 1974.

empfundener politischer Kompetenz und Potenz herleiten¹⁷⁾.

3. Vermutlich wirken sich auch *Skepsis* und *Ohnmacht*, bestimmte Verhältnisse verändern oder sich andere, bessere aussuchen zu können, sowie die Scheu, aufzufallen und Anstoß zu erregen, dahin gehend aus, daß man sich mit den Gegebenheiten arrangiert und sich kurzschlüssig als zufrieden deklariert. Auch mögen hier und da trotz der Rechtsstellung der Arbeitnehmer in den Betrieben Repressionen gegen Unzufriedene ausgeübt werden.

4. Schließlich hat ein junger Mensch noch viele *andere Interessen* (Sport, Hobbies, Partnerbeziehungen, Urlaub etc.), die ihn vorläufig stärker beschäftigen als seine beruflichen, sozialen und politischen Verhältnisse und ihn auch eher geneigt machen, sich auf den Feldern geringeren *Stellenwertes* als zufrieden zu äußern.

5. Manche Forscher halten die Bekundung von Zufriedenheit für den Ausdruck einer „doppelt entfremdeten“ Einstellung zur Arbeit, das heißt von eigentlicher und tatsächlicher Unzufriedenheit, die in Zufriedenheitsbekenntnisse transponiert werde. Für den Nachweis einer derartigen Beantwortungstendenz auf seiten bestimmter Teilgruppen könnten folgende Bedingungen herangezogen und überprüft werden: Informationsmängel, niedrige Erwartungen, Passivität bei innerbetrieblichen Aktionsmöglichkeiten, Skepsis gegenüber Innovationsmöglichkeiten, Immobilismus in politischen (und speziell wirtschafts- und sozial-politischen) Einstellungen, geringer Stellenwert von Arbeit und Beruf unter den gegenwärtigen Lebenszielen der Jugendlichen, Mißerfolg in Berufswahl und -ausbildung, Hang zu gesellschaftlich erwünschten Antworten und Verhaltensweisen und kognitiver Konsonanz. Allerdings müßten diese Variablen, die „angepaßte“ gegenüber kritischen Stellungnahmen begünstigen, überprüft und korreliert werden, bevor man von einem solchen Typus „entfremdeter“ Zufriedenheit reden kann. Der Spielraum zwischen objektiven Gegebenheiten und subjektiven Erfahrungen und Deutungen muß empirisch hinreichend und vielseitig ausgeleuchtet werden. Das ist bisher in keiner einschlägigen Untersuchung geschehen.

Als „falsches Bewußtsein“ könnte man eher die Meinungsbildung in Richtung „Unzufriedenheit“ auffassen und überprüfen: In der In-

¹⁷⁾ Die jedem Sozialwissenschaftler vertraute Problematik von overt und covert behavior, von Antwort-Sets (z. B. im Sinne von social desirability, acquiescence) kann hier nicht ausführlich erörtert werden.

ternationalen Vergleichsuntersuchung 1973 bekundeten gerade die Jugendlichen in günstigeren Lebensverhältnissen (Schweiz, Schweden, USA, Bundesrepublik Deutschland, Japan) häufiger Unzufriedenheiten als die übrigen¹⁸⁾. Es sind gerade Privilegierte, die dies häufiger tun, was wohl nur aus einem fehlangesetzten Erwartungsniveau und der Distanz zu den erfragten Lebensbereichen zu erklären ist.

6. Da also für eine generelle Entwertung und Bagatellisierung der Zufriedenheiten keine empirischen Verifizierungen vorliegen, darf man vermuten, daß ein beachtlicher Teil der Zufriedenen *tatsächlich* in *befriedigenden* Verhältnissen lebt und diese angemessen zu den eigenen Leistungen und Möglichkeiten einschätzt.

7. Außerdem darf man damit rechnen, daß ein weiterer Teil der Jugendlichen bei aller Kritik im einzelnen doch zu einer Zustimmung im ganzen neigt und damit zu einer rasonablen Inkaufnahme alles dessen, was nun einmal zum modernen Arbeitsleben und zu einer Ausbildung gehört: Unterordnung, Abhängigkeit, Leistungsanforderungen, Fremdbestimmtheit, Unbequemlichkeit, Frustrationen usw., wie sie bei jeglicher Ausbildung oder zu Beginn einer Berufslaufbahn (in altständischen und erst recht in industriegesellschaftlichen Verhältnissen) zu bestehen sind — auch in durchaus anders gearteten, z. B. sozialistischen Systemen! Die weiter unten erörterte Differenzierung zwischen manifest Unzufriedenen und eigentlich Verdrossenen kann zur Bestärkung dieser Annahme beitragen.

Diese Art von „Einsicht in die Notwendigkeiten“ dürfte zusammenhängen mit den erwähnten Zustimmungen zu den *übergreifenden* Verhältnissen und Kontext-Variablen in den Subsystemen von Bildung und Wirtschaft wie auch zum Gesamtsystem unserer gegenwärtigen Gesellschaft. Die Zufriedenen neigen wahrscheinlich auch zu einer Anerkennung dessen, was das marktwirtschaftliche System ihnen an Spielräumen von Verdienst und Konsum, von Aufstieg und Berufswechsel, von Freizeit und besonders von Freiheit in politischer Betätigung bietet. Weder Umfragen noch explorative Intensiv-Interviews stützen die Vermutung, daß Jugendliche dies nicht zu sehen und zu würdigen vermögen.

Für die m. E. wichtigste und interessanteste Gruppe der „normalen“ und stabilen Jugendlichen, die Mängel in Kauf zu nehmen verste-

¹⁸⁾ E. K. Scheuch, Die Jugend gibt es nicht. Zur Differenziertheit der Jugend in heutigen Industriegesellschaften, in: Jugend in der Gesellschaft, München 1975 (dtv), S. 54—79.

hen, ohne im ganzen unzufrieden zu werden, gelten wahrscheinlich auch noch folgende überprüfbare Merkmale: positive Realerfahrung in der Familie und unter Gleichaltrigen ohne tieferegehende Einfluß- und Norm-Differenzen und Generationsspannungen (s. u.), Stabilität, Selbstvertrauen, Eigenkompetenz und positive Soziabilität¹⁹⁾ sowie die Selbstzurechnung von Erfolgen und Mißerfolgen im Sinne von Rotter.

Die Beachtung solcher psychologischen Variablen ist unerlässlich, will man den jugendlichen Akteur nicht zum bloßen Reakteur degradieren und seine Mitwirkung an seinen Einstellungen, Leistungen, Problemlösungen, Konsequenzen — kurz, seinen Beitrag von Selbststeuerung (Selbstsozialisierung) an seinem Leben und seine Einwirkungen auf Bezugspersonen und -gruppen und „Systeme“ — vergessen. Ferner zeigt die hier unterstellte Gruppe von Zufriedenen mehr integrative und kontinuierliche Wertpräferenzen für Fleiß, Tüchtigkeit, Leistungs- und Bildungsstreben, Gesundheit und Fairneß. Daß derart unverdrossen aktive und mobile Jugendliche sich mehr auf die „Forderung des Tages“ konzentrieren und weniger von „Politik“ erwarten, so wie sie Tagespflichten und Politik erleben und auffassen, muß man ihrem Typus zugute halten und weniger ihnen ankreiden als einem Teil der politischen Praxis und Publizistik. Einer weniger polarisierenden Politik in ruhiger Fahrt würden sie sich nicht verschließen,

denn die Breite der erwähnten Zustimmungen reicht quer über die jugendlichen Sympathisanten aller Parlamentsparteien.

8. Aus der Einstellung derart Zufriedener dürften Kontinuität, Zustimmung und Unterstützung zum „System“ und zu praktikablen Reformen folgen — weitab von Krankbetern, Konfliktstrategen und utopischen Innovatoren. Solchen Jugendlichen bzw. ihren Chronisten „Selbstgefälligkeit“ zu unterstellen, verkennt offenbar die Notwendigkeiten von Gesellschaften, speziell der westdeutschen im Europa und in der Welt von 1976. Derart Zufriedene entwickeln Abwehreinstellungen gegen übertriebene Schwarz-Weiß-Malerei der Verhältnisse. Sie reagieren mit solcher Zustimmung auf allzu lamentöse Totalkritik, die in Schule und Berufsausbildung, in Staat und Gesellschaft nichts Positives gelten läßt und die Welt in Böse und Gute zweiteilt, wodurch man womöglich vom Regen in die Traufe geringerer Freiheiten und strengeren Leistungsdruckes geriete, wie es jedem Lesewilligen z. B. das neue Jugendgesetz der DDR von 1974 und der IX. Parteitag der SED demonstriert.

Die von vielen Jugendlichen bei uns geäußerte Kritik und Protestbereitschaft im einzelnen schließt offenbar bei der Mehrheit Einverständnis und gedämpften Optimismus im ganzen ein. Darin liegt ein großes Kapital von Vertrauen und Stabilität und andererseits ein hoher aktueller Anspruch an die Verantwortlichen!²⁰⁾

V. Unzufriedenheiten

Gegenüber den „Zufriedenheiten“ darf man allerdings die Kehrseite, nämlich die Quoten für Unzufriedenheiten, nicht übersehen; auch muß man die mögliche Zunahme der Unzufriedenen im Zuge von Berufsausbildungs- und -einmündungsschwierigkeiten in Rechnung stellen. Dabei handelt es sich um:

- von der *Schule* Enttäuschte,
- von der *Berufsberatung* nicht Erreichte oder nicht hinreichend Beratene,
- in der *Berufsausbildung* und *Arbeit* Unzufriedene (sei es im gewählten Beruf oder im Betrieb oder in der Art der Ausbildung, in ih-

rer Systematik, ihrer Breite, Aktualität und Stil sowie ihrer Konzentration auf die eigentlichen Ausbildungsaufgaben nebst Beachtung der einschlägigen Ausbildungs-, Arbeitsschutz- und Jugendschutzbestimmungen),

— mit dem *Wirtschaftssystem*, seinen Chancen und Satisfaktionen Unzufriedene,

— und schließlich um diejenigen, die *Staat und Gesellschaft* in ihrer aktuellen westdeutschen Ausgestaltung ablehnen oder radikal verändern möchten oder sich resignierend abseits stellen.

¹⁹⁾ J. P. Guilford, *Persönlichkeit*, Weinheim 1967; H. J. Eysenck, *The Structure of Personality*, New York 1953; ders., *The Psychology of Politics*, London 1954; R. B. Cattell, *Die empirische Erforschung der Persönlichkeit*, Weinheim 1975; J. B. Rotter, *Generalized Expectancies for Internal Versus External Control of Reinforcements*, in: *Psychol. Monogr.*, 80, 1966, 1.

²⁰⁾ Zur Problematik von Zufriedenheit: O. Neuberger, *Theorien der Arbeitszufriedenheit*, Stuttgart 1974; ders., *Messung der Arbeitszufriedenheit*, Stuttgart 1974; W. Jaide, *Arbeitszufriedenheit bei Jugendlichen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1975, 3, S. 435—453; A. Brugemann, P. Groskurth, E. Ulrich, *Arbeitszufriedenheit*, Bern 1975.

Nach den Ergebnissen der hier herangezogenen Untersuchungen muß man je nach Themenbereich mit Quoten von ca. 10 bis 30 % Unzufriedener rechnen. Die Jugendlichen dieser Kategorie müssen allerdings sorgfältig differenziert werden. Neben konkret Unzufriedenen und wahrscheinlich real Benachteiligten (besonders aus den unteren Sozial-schichten) finden sich zwei genauer umschreibbare und beachtenswerte Gruppen oder Typen:

1. Zunächst findet sich eine Einstellungsgruppe, die man „Verdrossene“ nennen kann²¹); sie ist aufgrund der Daten der EMNID-Untersuchung 1975 ermittelt worden²²). Sie hat sich als eine zusammenhängende Gruppierung von Jugendlichen herausgestellt, die nicht nur mit Schule, Arbeit, Arbeitsplatz und Wirtschaftsordnung extrem unzufrieden sind, sondern sich zugleich von seiten der Eltern, Lehrer, ‚peers‘, älteren Erwachsenen in hohem Maße benachteiligt, verkannt, isoliert und gegängelt empfinden. Damit zusammenhängend schätzen sie ihre Lebens- und Berufschancen pessimistisch ein. Ebenso distanzieren sie sich von den Ansichten und Werteinstellungen ihrer Eltern und der sie umgebenden Gesellschaft und sind dementsprechend nicht bereit, das System zu akzeptieren. Diese nachweisbare Kumulation von sozialer Abgrenzung und Isolierung, von (zu Recht oder Unrecht) frustrierend empfundenen Nachteilen und als external und passivierend aufgefaßten Einschränkungen mit Normen- und Systemnegierungen läßt sich für etwa 10 % der Stichprobe errechnen. Diese Verdrossenen dürften die am stärksten gefährdete Gruppe innerhalb der Jugendbevölkerung darstellen.

2. Wichtiger und aufschlußreicher ist ein weiterer Typus von „Unzufriedenheit“, der besonders unter *Schülern* und *Studenten* anzutreffen ist. Darüber liegt u. a. eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung 1975 (Kaltefleiter, Does) vor, auf die hier zusammen mit anderen Daten nur knapp Bezug genommen werden kann. In einer weiterhin — trotz Aufholerfolgen des RCDS und liberaler Gruppen — vornehmlich zur linken Mitte bis extremen Linken tendierenden Studentenschaft leidet

die politische Meinungsbildung offenbar unter einer unkalkulierten, sowohl traditionellen wie auch „innovatorischen“ Überhöhung der Erwartungen und Ansprüche an ihre aktuellen Möglichkeiten und künftigen Positionen. Sie leidet außerdem an den Widersprüchen zwischen der Selbstdelegierung hochrangiger öffentlicher Verantwortung (besonders zwecks Durchsetzung systempolitischer Anliegen) einerseits und dem Verlangen nach mehr individuellem Glück, Lebensgenuß, Entfaltung und Freiheiten im privaten Umfeld andererseits. (Daß beides nicht vereinbar ist, würden die geflissentlich vermiedenen Vergleiche mit existierenden sozialistischen Systemen aufzeigen.)

Innerhalb der Spannungen, Frustrationen und „Krisen“, die sich aus diesen Diskrepanzen ergeben, hat sich bei einem kleinen, militanten Teil der Schüler und Studenten seit einem Jahrzehnt eine Subkultur des Protestes entwickelt, die jene Schwierigkeiten — trotz ihrer günstigen Lebenslage — als „Deprivationen“ und „Repressionen“ interpretiert und für hoch bedeutsam, vermeidbar und korrigierbar hält und mit viel Sophistikation ins kollektive Bewußtsein ihrer Konventikel und Mitläufer erhebt. Dabei weisen sie an sie selbst gestellte Anforderungen als überhöht, verkehrt oder obsolet ab.

Information und Engagement kreisen permanent um diese artifiziellen Unzufriedenheiten und suchen sich in Lektüreauswahl, Fächerpräferenz, Sprachgebrauch, Verhaltensweise, Kleidung etc. sowie in endlosen Auseinandersetzungen und Spaltungen ihren Ausdruck. Anhand überhöhter spekulativer Erwartungen werden dem „System“ bzw. den Subsystemen die „systematische“ Verantwortung für alle qualitativen und quantitativen Mängel zugesprochen.

Auf diese Vorgeschichte treffen die neuerlichen — nicht unerwartbaren, aber nicht gewärtigten — Ausbildungs- und Berufsschwierigkeiten, die in der Masse (und wohl auch in jenem Kern) zu verschiedenen Reaktionsweisen (beruflicher Pessimismus — Kaprizierung auf Studium und persönliche Leistung — Abwendung von prinzipiellen Makro-Problemen — mehr Neigung für das bestehende System im ganzen bei schärferer Sach- und Wertkritik im Detail — Radikalisierung) in verschiedenen Etappen des Bildungsganges führen²³).

²³) K. Allerbeck, Soziologie radikaler Studentebewegungen, München 1974; M. Kaase, Dynamics of Dissatisfaction and Protest Potential in Germany, Paper prepared for the 1975 APSA Convention.

²¹) W. Jaide, Systemverdrossenheit innerhalb der jungen Generation, in: Die Fachschulinformation 1975, Nr. 5 (Hrsg.: Bundesgrenzschutz, GSK Nord Duderstadt); ders., Verdrossene und Zufriedene — Zielgruppen neuer Untersuchungen, in: EMNID, Jugend zwischen 13 und 24, Vorstudie, Bielefeld 1975.

²²) Errechnet durch Prof. Kaase in ZUMA, Zentrum für Umfragen, Methoden, Analysen, Mannheim 1976.

Weitergehende Auskünfte über Zufriedenheiten bzw. Unzufriedenheiten an den Verhältnissen und damit über Stabilität oder Instabilität eines Systems ergeben sich aus einer Analyse der bevorzugten politischen *Partizipations-* und *Aktivitätsformen*. Wer am Status quo Genüge findet, wird eher zu konventionellen und legalen demokratischen Verhaltensweisen neigen als umgekehrt. Deshalb seien hier zur Charakterisierung der Verdrossenen, Oppositionellen und Unzufriedenen die verschiedenen politischen Aktionsmöglichkeiten in Betracht gezogen. Man kann sie folgendermaßen einteilen, wobei man konventionelle Aktivitäten in reguläre bzw. rezeptive und in spontane bzw. zusätzliche aufgliedern kann sowie die unkonventionellen in legale und illegale ²⁴⁾.

Konventionelle Aktivitäten:

- Teilnahme an Wahlen (regelmäßig);
- häufiges Sich-Informieren (Nachrichtensendungen, Zeitungen);
- Diskussionen über Politik im Bekannten- und Freundeskreis, in Schule und Betrieb (Freunde überzeugen);
- Mitgliedschaft in einer Partei oder einem Verband (Gewerkschaft);
- Besuch von Parteiveranstaltungen, Diskussionsabenden, Versammlungen;
- regelmäßige oder gelegentliche Funktionen in Partei oder Verband;
- aktive Beteiligung am politischen Geschehen in der eigenen Gemeinde;
- Kontakt zu Politikern;
- Leserbriefe.

Unkonventionelle Aktivitäten:

- Bürgerinitiativen (Unterschriftensammlungen etc.);
- genehmigte Demonstrationen (genehmigte Streiks);
- Anschreiben von Parolen;
- Boykott;
- Mietstreik;
- Aufhalten des Verkehrs, Störungen der öffentlichen Ordnung;
- wilder Streik;
- Besetzung von Gebäuden und Fabriken;
- Eigentumsbeschädigungen;
- Gewalt gegen Personen;

²⁴⁾ Kaase, a. a. O.; ferner M. Kaase u. A. Marsh, *Pathways to Political Action, Part II: Further Explorations*, ZUMA Mannheim, April 1976.

Die seit etwa zehn Jahren zunehmende Ausübung unkonventioneller Aktivitäten ist angesichts der Skepsis einzuschätzen, mit der viele Jugendliche die Wechselbeziehung und Transparenz zwischen Regierung und Regierten und die Möglichkeiten der formalen Einflußnahme der Bürger und besonders des „kleinen Mannes“ beurteilen (Wildenmann/Kaase 1969; Jaide 1970; Adenauer-Stiftung 1974/75; EMNID 1973). Allerdings wird in der EMNID-Studie 1975 die Mythologie von „denen da oben, die doch machen, was sie wollen“ nur von 17% geteilt. Obwohl diese Skepsis seit jeher glaubwürdiger und stärker von den weniger Privilegierten innerhalb der Jugendbevölkerung ausgesprochen wird, neigen gerade die privilegierten Schüler und Studenten zu unkonventionellen Aktionsweisen ²⁵⁾.

In der internationalen Vergleichsstudie EMNID 1973 ergibt sich folgende Aufteilung:

-
- ²⁵⁾ Über diese Aktionsweisen sind in verschiedenen Untersuchungen dreierlei Fragen gestellt worden:
- nach der Befürwortung der verschiedenen Aktivitäten;
 - nach der Einschätzung ihrer Wirksamkeit;
 - nach der Beteiligung an ihnen, sei es bereits geschehen oder dazu bereit.

Wenn man zunächst die Befürwortungen von seiten der Jugendlichen mit denen der Erwachsenen vergleicht, so ergeben sich folgende Unterschiede: Am höchsten befürwortet werden von beiden Bevölkerungsgruppen etwa gleichermaßen konventionelle Partizipationsformen (Wählen, politische Diskussionen), wobei die Jugendlichen etwas stärker spontane, zusätzliche Aktivitäten (Parteimitgliedschaft, Parteimitarbeit etc.) für gut halten. Ähnlich werden unkonventionelle Maßnahmen (genehmigte Demonstrationen) und erst recht illegale (Parolen schreiben, Ordnungsstörungen, Besetzungen) stärker von den Jugendlichen befürwortet. Unter den Heranwachsenden sprechen sich die Substichproben von Studenten zahlreicher für möglichst viele Aktivitäten sowohl konventioneller wie unkonventioneller und auch illegaler Art aus.

Bei der Einschätzung der Wirksamkeit auf seiten der Jugendlichen steht die Teilnahme an Wahlen obenan, relativ dicht (vor anderen konventionellen Partizipationen) gefolgt von genehmigten Demonstrationen und Bürgerinitiativen. Auf einem zweiten Rang stehen Boykott, Mietstreik, wilder Streik, Besetzungen, Ordnungsstörungen; auf einem dritten Rang der Effizienz: Parolen schreiben, Sachbeschädigungen und Gewalt gegen Personen. Bei den Studenten erhalten relativ hohe Wirksamkeitseinschätzungen neben der üblichen politischen Mobilisierung: Boykott von Lehrveranstaltungen, totaler Verwaltungstreik, Besetzung der Hochschule, und mit geringeren Werten: Störungen von Lehrveranstaltungen. Die Bereitschaft zur tatsächlichen Beteiligung geht etwa mit der Befürwortung und der Effizienzeinschätzung parallel. Nur ein Viertel bis die Hälfte der Studenten hat sich ausdrücklich von einer möglichen Beteiligung an illegalen Maßnahmen distanziert.

- Wählen und nichts weiter: 49 %;
- unkonventionelle, aber legale Aktivitäten: 33 %;
- Bereitschaft zu Gewalt und anderen illegalen Maßnahmen, falls notwendig: 6,2 %;
- drop out from society: 7,8 %.

Die erste Aussage ist z. B. bei den jungen Schweizern und Franzosen geringer besetzt, dagegen die zweite stärker, die dritte ähnlich stark und die vierte erheblich stärker. 6,2 % Bereitwilligkeit zu illegalen und gewalttätigen Maßnahmen würde hochgerechnet eine Masse von etwa 300 000 jungen Menschen in der Bundesrepublik bedeuten.

Über die Befürwortung unterschiedlicher politischer Aktionsweisen gibt auch die „Demokratie-Skala“ Auskunft, die Kaase entwickelt und in mehreren Studien modifiziert und ausgearbeitet hat²⁶⁾. Sie enthält Thesen über die Rolle der Parteien, der Opposition, des Bundestages, des Bundesverfassungsgerichts und über die Freiheitsrechte der Bürger und deren Grenzen etc. In den Ergebnissen zeigt sich eine weitgehende Internalisierung demokratischer (auch informeller) Regeln und die Ablehnung von Gewalt auf seiten der Bevölkerung wie der Jugend, wobei die letztere die Grenzen politischer Partizipation etwas weiter auslegt. Die Studenten gehen mit der Einkalkulierung von Störungen der öffentlichen Ordnung und von Gewalt bedeutsam großzügiger um als die übrigen Jugendlichen oder die Erwachsenen.

In diesen Daten zeigen sich Unterschiede zwischen den *Generationen*, die wahrscheinlich auf unterschiedliche Prägungserfahrungen

und Erfahrungshorizonte auf seiten der Erwachsenen zurückzuführen sind, weshalb diese mehr einer legalistischen Denk- und Verhaltensweise zuneigen. Vielleicht hat sich inzwischen auch bei den Jugendlichen herumgesprochen, daß zwar viele Basisaktivitäten unter systemkonträrer Flagge, Klassenkampfpapieren und arroganter Weltverbesserung gelaufen sind und z. T. mit Gewalttätigkeiten gegen Sachen oder Personen verbunden waren, ohne daß sie in der Sache und im Gefühl relativer Ohnmacht auf seiten des einzelnen viel zu ändern vermochten.

Wichtiger ist die Beantwortung der Frage, welche Absichten und Einstellungen mit der Nutzung der verschiedenen Aktionsmöglichkeiten innerhalb der Jugend zusammengehen. Daß ein Teil der engagierten und informierten Studenten und Schüler (und Werktätigen) zunehmend Übung, Kompetenz, Spielraum — und Enttäuschungen — sowohl in konventionellen wie auch unkonventionellen Aktivitäten gewonnen hat, ist sehr wahrscheinlich. Bei den oben erwähnten Verdrossenen und den schlechthin Unzufriedenen allerdings dürften, so weit es vorkommt, die Bevorzugung und das Mitmachen von überwiegend (oder ausschließlich) unkonventionellen und illegalen Aktionismen *nicht* mit politischen Interessen und Informationen zusammenhängen. Jene dürften eher als Zuschauer oder Zulufer bei Krawallen, Störungen, Gewalttätigkeiten in Betracht kommen, die von anderen in ihrem Umkreis angezettelt worden sind. So legt es eindrucklich eine internationale Studie über unkonventionelles politisches Verhalten nahe²⁷⁾.

VII. Generationskluff

Um die Alternativen „Zufriedenheit versus Unzufriedenheit“, „Unterstützung versus Opposition“ auf einer weiteren Dimension anzugehen, ist hier das Problem des sogenannten Generationskonfliktes zu erörtern. Gemeint ist dabei meist die große Generationsdistanz von ca. 20 Lebensjahren zwischen Eltern/Erziehern und Kindern/Jugendlichen. Übergangen wird dabei die kleine Generationsdistanz von fünf bis zehn Jahren gegenüber älteren Geschwistern, Jugendführern, Betriebskolle-

gen etc., die bei Generationszäsuren, ‚Tendenzwenden‘, Übersättigungen, Anti-Attitüden vermutlich eine wichtigere Rolle spielt als das Verhältnis zwischen Jugendlichen und ihren dekadeneren Erziehern. Was die ersten Unterschiede, Abgrenzungen und Verständnisschwierigkeiten zwischen den Generationen betrifft, so werden sie in den neueren Untersuchungen²⁸⁾, Infratest 1971, EMNID

²⁶⁾ M. Kaase, Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: R. Wildemann u. a. (Hrsg.), Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 2, München 1971; ders. Jugend und Politik, in: H. Reimann u. H. Reimann (Hrsg.), Die Jugend, München 1975.

²⁷⁾ Ph. E. Converse und R. Pierce, Die Mai-Unruhen in Frankreich. Ausmaß und Konsequenzen, in: K. R. Allerbeck und L. Rosenmayr (Hrsg.), Aufstand der Jugend?, München 1971; E. K. Scheuch, Die ausgebliebene Revolution, in: Zeitschrift für Politik 3, 1970.

²⁸⁾ BRAVO, Meinungsmacher junger Markt, Untersuchung, durchgeführt vom Contest-Institut, Frankfurt/M. 1971.

1973, EMNID 1975) von etwa zwei Dritteln der Jugendlichen in Abrede gestellt²⁹⁾. Wenn man diese Generationsrelationen speziell auf Differenzen zwischen Eltern und Kindern abstellt, so entkleidet sich der Generationsgegensatz in den Familien — von Minoritäten abgesehen — als Fabel. Gegenüber den Eltern bekunden (in EMNID 1975) 26 % Bewunderung und Verehrung, 88 % Achtung und Anerkennung. Vertrauens- und Identifikationspersonen werden — sofern überhaupt — wie jeher vorwiegend aus der Herkunftsfamilie genannt. Mißtrauen und Gegensätze werden von 60 bis 70 % in Abrede gestellt. Das verwundert nicht, wenn man die Dichte des Gedankenaustausches mit den Eltern und den Grad der Übereinstimmung der Ansichten, den partnerschaftlichen Erziehungs- und Umgangsstil heranzieht, wie er sich in den Daten manifestiert, sowie auch gegenseitige Angleichungen und Kompetenzzuweisungen, z. B. in Fragen des Konsums. Das bedeutet, es bestehen wesentlich seltener Divergenzen oder gar Brüche als viel häufiger Kontinuität (eventuell eine modifizierte, ausgefolgte Kontinuität) in den Lebensanschauungen und Werteinstellungen (z. B. bezüglich beruflicher Leistungen und Zuverlässigkeit, Sparsamkeit und Vorsorge, ehelicher Treue, Parteipräferenzen). Die Veränderung in den Werthaltungen ist viel geringer als modische Änderungen in Auftreten und Rhetorik. 51 % wollen sogar ihre eigenen Kinder so erziehen, wie sie selbst erzogen worden sind.

In der EMNID-Umfrage 1975 bekannten 80 % der Befragten, mit dem Familienleben sehr bzw. überwiegend zufrieden zu sein, in der internationalen EMNID-Studie 1973 betrug diese Zahl bei der deutschen Stichprobe 89 %. Das wird nicht dadurch entwertet, daß nur etwa 35 % genau so leben möchten wie ihre Eltern, während 51 % einmal anders leben möchten, wobei allerdings mehr an Kleidung, Möbel, Freizeit, Reisen gedacht wird. Eine ausgesprochene Nesthockertendenz zeigt sich im „Wohlfühlen“ im gegenwärtigen Jugendstatus und besonders in der Tatsache, daß von den Ledigen unter 25 Jahren nur ca. 350 000 (etwa 8 %) über einen eigenen Ein-Personen-Haushalt verfügen (1970).

Nur eine Minderheit (ca. 10 %; so auch Adelson) bezeichnet sich im Verhältnis zur Herkunftsfamilie als unzufrieden, beziehungslos, konfliktbehaftet, womöglich haßerfüllt oder

zumindest als sehr andersartig im Verhalten und in den Ansichten.

Diese Verhältnisse gelten etwas abgeschwächt bei der Generationenkonfrontation in Schule, Betrieb, Verband, Partei und Kirche. In der EMNID-Umfrage 1975 werden generelles Mißtrauen gegenüber den Älteren und Nicht-verstanden-Werden nur von etwa 10 bis 20 % der Jugendlichen geäußert.

Die herkömmliche Übereinstimmung zwischen Eltern und heranwachsenden Kindern in der *Wahlentscheidung* lag bei CDU/CSU-Wählern stets höher (über 80 %) als bei Wählern der SPD (ca. 70 %) und erst recht der FDP. Dabei war die Übereinstimmung bei den CDU/CSU-Wählern besonders groß mit den Müttern, bei den SPD-Wählern mit den Vätern. Veränderungen im Wahlverhalten und in den Wahlpräferenzen der Eltern (s. Allensbach-Umfrage März 1976 mit Mehrheiten für CDU/CSU unter den 30- bis 59jährigen Wählern) könnten sich im Zuge des zunehmend partnerschaftlichen Gedankenaustausches in den Familien auch über Politik als bestätigend für eine relativ erhöhte konservative Wahlpräferenz bei den Jugendlichen auswirken. Denn die Übereinstimmung in politischen Fragen mit den besten Freunden erscheint nur geringfügig höher als mit den Eltern (56 zu 53 %; EMNID 1975). Dies widerspricht früheren Befunden (Analyse der Bundestagswahl 1965 durch Scheuch und Wildenmann; Infratest 1971), nach denen Schul- und Arbeitskollegen, Bekannte und Freunde (im Gegensatz zur Familie) bei SPD-Präferenten viel zahlreicher analog wählten und eventuell häufiger bestärkend wirkten als bei CDU/CSU-Präferenten.

Immerhin muß man damit rechnen, daß auch heute weiterhin die Jugendlichen beim Eintritt in das Arbeitsleben und in die höhere Schul- bzw. Hochschulbildung eher in Richtung „Mitte links“ beeinflusst werden, wobei ihre Reaktionen ein weites Spektrum zwischen Anpassung — Integration — Innovation — Opposition — Systemveränderung umfassen. In diesem sekundären Sozialbereich haben sie es weniger mit den Eltern, sondern mit außerfamilialen Bezugspersonen und auch stärker mit der kleineren, intergenerativen Altersdistanz zu den älteren Partnern in Schule, Vertrieb, Verein, Verband etc. zu tun. Zu dieser *geringeren Generationendistanz* verfügt man nicht über derart präzise Daten, die etwa zwischen 18jährigen und 25jährigen unterscheiden und ihre Beziehun-

²⁹⁾ J. Adelson, What generation gap?, in: Dialogue, 1976, 9, 1, S. 24—32.

gen genauer erfassen³⁰⁾. Auch ist man nicht in der Lage, etwa durch Längsschnittuntersuchungen die heute 25jährigen seit ihrem 18. Lebensjahr zu begleiten und deren Entwicklung den heute 15- bis 18jährigen gegenüberzustellen. Was immerhin darüber zu vermuten ist, findet sich im folgenden unter den prognostischen Erörterungen.

Noch schwieriger und noch weniger gelöst ist das Problem einer intragenerativen bewußten Zusammengehörigkeit, Prägung oder Homogenität in Verhalten und Einstellungen bei denselben Altersgruppen. Vieles spricht dafür,

VIII. Prognosen

Häufig wird die Frage nach Trends bzw. Veränderungen in der politischen Meinungsbildung und Teilnahme nach ihren Ausmaßen, Ursachen und Folgen gestellt — besonders für die Zeit seit der letzten Bundestagswahl 1972. Diese Fragen sind nicht ohne Schwierigkeiten und Risiken zu beantworten. Man muß sie auf verschiedenen Ebenen angehen, die z. T. bereits erörtert worden sind und auf die hier noch einmal knapp zurückgegriffen werden soll:

- Problem-Prioritäten und -Kompetenzen;
- übergreifende Konstanten allgemeiner Zufriedenheiten oder Unzufriedenheiten, der Zustimmung oder Ablehnung, des Vertrauens oder Mißtrauens;
- Entsprechungen zwischen Eltern und Kindern in ihren Parteipräferenzen, Auswirkungen sozio-kultureller Mobilität;
- Wahlanalysen und -simulationen;
- Veränderungen der politischen „Großwetterlage“, Pro- und Anti-Attitüden.

1. Unter Beachtung der oben vorgetragenen Vorbehalte gegenüber den issue-Ermittlungen innerhalb der Untersuchungen lassen sich einige wenige Befunde heranziehen:

— Je mehr die Wirtschaftslage der Bundesrepublik als problematisch und kritisch empfunden wird, um so eher ist (bislang) eine Zuwendung zur CDU/CSU (oder auch FDP) zu unterstellen. Ähnliches dürfte für die innere und äußere Sicherheit gelten.

— Je mehr strukturelle Probleme der Demokratie, die Partizipation der Bürger an der

daß sich hierbei die internen Differenzen als größer erweisen als solche zwischen sogenannten Generationen, falls man diese global beschreiben könnte oder wollte. Statt dessen sollte man sich in einer soziopsychologischen Zeitgeschichte der einander folgenden Jugendjahrgänge auf umschriebene Teilgruppen (z. B. ungelernete Arbeiter, Studenten) beschränken und deren Veränderungen in Rekrutierungen, Lebensläufen oder Einstellungen etwa seit 1945 beschreiben; nur so sind auch interkulturelle Vergleiche möglich³¹⁾.

Politik oder sogenannte postakquisitorische Wertsetzungen als kritisch und reformbedürftig eingeschätzt werden, um so eher ist (bisher) eine Zuwendung zur SPD und FDP zu erwarten.

Da sich die Bedeutungen beider Problemkreise — der Effizienz versus der Legitimation — im ganzen und quer durch die Jugendbevölkerung in etwa die Waage halten, ist ein fortbestehendes Übergewicht der SPD-Präferenzen bei einem Aufholen der CDU/CSU-Präferenzen erklärlich, ohne daß es dabei dramatische oder rasche Veränderungen geben dürfte.

— Der Deutschland- und Europa-Politik dürfte (anders als 1972) kurzfristig wenig unterscheidende Bedeutung zukommen. Zu widersprüchlich bieten sich hierbei Maßnahmen und Konsequenzen positiver und negativer Art auf Seiten beider deutscher Staaten dar.

Beunruhigungen durch Vorgänge und Veränderungen im Ausland können sich in verschiedener Richtung auswirken, je nachdem, wie alarmierend und in welchem Sinne alarmierend sie erfaßt werden: Machtzuwachs der sozialistischen Länder, Restabilisierung in den USA, Volksfronttendenzen in Italien und Frankreich, Konflikte innerhalb der Dritten Welt könnten zu mehr Konsensus und evtl. mehr „Konservatismus“ im Innern anleiten oder auch zum gedanklichen Transfer aus sozialistischen „Modellen“ oder anderen „linken“ Experimenten.

— Welche politisierende Bedeutung Jugendarbeitslosigkeit, Numerus clausus und andere

³⁰⁾ W. Jaide, Die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters aus entwicklungspsychologischer Sicht. Gutachten, erstattet im Auftrag des Bundesministers der Justiz, 1973, in: Informationsrundschreiben 125—127 der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung, Münster 1974.

³¹⁾ Ders., Eine neue Generation?, München 1961; ders. u. B. Hille, Über Probleme und Möglichkeiten interkultureller Vergleiche bei Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1975, 3, S. 393—410.

Einschränkungen der beruflichen Entfaltung speziell bei den Betroffenen und den (meisten) übrigen Unbetroffenen haben bzw. haben werden, ist generell weder im Maß noch in der Richtung abzuschätzen. Immerhin war „Chancengleichheit“ und „soziale Gerechtigkeit“ seit längerem ein gewichtiges Anliegen von jungen Menschen.

— Kultur- und Schulpolitik dürften in der Bevölkerung nur für eine Minderheit politisch relevant und transparent sein — ebenso innerhalb der Jugend, auch der akademischen. Nur eine winzige Minderheit erkennt die Ursachen ihrer Zulassungsschwierigkeiten u. a. in einer problematischen Bildungspolitik.

2. Die erörterten *Zufriedenheiten* können auf eine stabile Kontinuität des westdeutschen Systems hindeuten — zumindest sofern man überprüfen kann, ob es sich um „aufgeklärte“ Zufriedenheiten handelt und ob in ihnen genügend Vertrauen in die Legitimität, Legalität, Effizienz und Flexibilität der staatlichen und gesellschaftlichen Organe und deren Funktionsweisen zum Ausdruck kommt. Die hohen Zustimmungswerten dürften allen vier demokratischen Parteien zugute kommen (eine Reichweite, die sicher politisch sehr positiv zu beurteilen ist) — mit Ausnahme derjenigen Gruppen in den Parteien, die aus Opposition oder auch nur aus Taktik auf Unzufriedenheit und Mißvergnügtheit setzen. Auch unter den Kritikern im Detail finden sich genügend Zustimmende zum ganzen und unter den Unzufriedenen genügend systembezogen innovatorisch Engagierte.

Die *Verdrossenen* sind der Zahl nach beachtlich; sie dürften in anderen Gesellschaften kaum geringer sein. Immerhin erscheinen sie gefährdet und gefährdend, wobei das letztere weniger von den realen Verhältnissen als dem politisch-ideologischen Klima, den Einwirkungen von Diffamierungskampagnen und illegalen Aktionismen von Mini-Minoritäten abhängen dürfte.

Wohin die apathisch, indifferent *Unzufriedenen* sich wenden werden, wird eher von der tatsächlichen Lage und deren Bewußtmachung, vom effektiven Funktionieren der Institutionen, vom Greifen entsprechender (innovatorischer) Maßnahmen zu ihren Gunsten und auch zu ihrer Intakthaltung von seiten der Schulen, Betriebe, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Jugendämter (und auch Polizei und Justiz) abhängen ³²⁾.

³²⁾ G. C. Behrmann, Politische Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher, in: H.-G. Wehling (Hrsg.), *Jugend zwischen Auflehnung und Anpassung*, Stuttgart 1973.

3. Die oben erwähnte Partnerschaft zwischen Eltern und Kindern selbst in politischen Fragen dürfte heute wieder etwas stärker zugunsten der Oppositionsparteien im Bundestag ausschlagen. Laut Landtagswahlanalysen haben „Arbeiter“ in geringerem Maße SPD gewählt als 1972 — sie haben sich evtl. der Stimme enthalten —, ebenso Familien des neuen Mittelstandes und Großstädter. Selbst wenn Landtagswahlentscheidungen nicht mit Bundestagswahlentscheidungen gleichzusetzen sind und die Jüngeren prozentual nach wie vor etwas weniger zur CDU/CSU tendieren, verbleibt aus der intergenerativen Konsonanz ein gewisser Bonus zugunsten der CDU/CSU.

Offen bleibt die Frage, wieweit und in welcher Richtung sich die seit längerem zunehmende Frequentierung der mittleren und höheren Bildungswege und die damit verbundene soziale *Aufstiegsmobilität* (bei 60 bis 70 % der Familien: EMNID 1975) auswirken werden. Auf lange Sicht dürften wie bisher innerhalb der Jugend mit sozialem Aufstieg eher progressiv-liberale, emanzipatorische Einstellungen zum Zuge kommen. Seit langem sind in vielen westlichen Gesellschaften (z. T. auch in sozialistischen) Einstellungen, die zur Akzeptierung des Status quo neigen, relativ stärker in Familien der sozio-kulturellen Unter- und Mittelschicht zu finden, von Minderheiten aktiver Gewerkschaftsmitglieder oder konfessioneller Gruppen abgesehen ³³⁾. Es sei denn, daß ganz besondere und besonders wirksame Konstellationen oder Ereignisse wie z. B. wirtschaftliche Rezession, berufsstrukturelle Veränderungen, politische oder militärische Krisen oder massive Eingriffe und Bevormundungen in die Wert- und Glaubenssysteme solche Zurückhaltung aufheben. Insofern gab es von jeher und gibt es auch heute in der Bundesrepublik kompakte *Status-quo-Einstellungen*, die zur Mitte oder rechts von der Mitte oder nach knapp links von der Mitte tendieren — besonders bei der Arbeitnehmerjugend. Auch werden die breiten mittleren Schichten — und die meisten Gymnasiasten stammen heute aus diesen — mit zunehmendem, egalitärem Wohlstand, verbesserter Ausbildung und bei eventueller Wiederaufwertung der „praktischen Bildung“ ihre überschaubaren Errungenschaften gegen fragwürdige Systemveränderungen verteidigen wollen — immerhin im Rahmen einer eher „sozialdemokratischen“ Grundeinstellung oder -stimmung. Die bereits zurückgehende und relativ umgrenzte Jugendarbeitslosigkeit dürfte hieran wenig verändert haben. Die weitere

³³⁾ S. M. Lipset, *Political man*, New York 1963; W. Jaide, *Jugend und Demokratie*, a. a. O.

Entwicklung ist allerdings abzuwarten — zumal ein Teil der Schüler und Studenten auf längere Sicht — anders als bisher — durch ihren zunehmenden „kulturrevolutionären“ Einfluß in sehr vielen Bildungs-, Publikations- und Kultureinrichtungen stärker als Meinungsbildner auch für die übrige Jugendbevölkerung wirksam werden dürften, falls solche Meinungsbildner nicht inzwischen an sich selbst irre werden ^{33a)}.

Andererseits hat die kritische, oppositionelle Einstellung unter *Schülern* und *Studenten* seit 1960 — unter speziellen Extremisierungen und Aktivierungen — stetig zugenommen und besteht auch weiter fort. Darüber dürfen nicht hinwegtäuschen eine gewisse Ruhe an höheren Schulen und Hochschulen (aufgrund erschwerter Zugänge zu den Hochschulen und erschwerter Berufschancen der Absolventen), aktuelle Enttäuschungen auf seiten der überwiegenden Mitte-Links-Mehrheit und eine gewisse Zunahme der CDU/CSU-Präferenzen unter der Schüler- und Studentenjugend. Die nicht ausgebliebenen (und unausbleiblichen) Frustrationen auf den höheren Schul- und Berufslaufbahnen können für viele in den nächsten Jahren sowohl zur Dämpfung und Ernüchterung der bevorzugten Tendenzen wie auch zur Radikalisierung oder einer Abkapselung in eine „Subkultur“ hinführen. Die letzteren Möglichkeiten könnten eine anachronistische Polarisierung zwischen Arbeitnehmerjugend und Schülerjugend, zwischen „Werk tätigen“ und „Akademikern“ mit sich bringen. Es wird darauf ankommen, welche Partei am besten mit den durch Bildungsreform, ‚Schülerberge‘ und Berufsansforderungen gegebenen Problemen fertig zu werden verspricht.

4. Im Rahmen der Trendprognosen spielt auch das *Wahlverhalten* der jüngeren Wähler (18 bis 25 bzw. 29/30 Jahre) eine wichtige Rolle. Was man Wahl-Simulationen und Wahl-Analysen seit der Bundestagswahl 1965 entnehmen kann, ist etwa folgendes ³⁴⁾:

In der *Stimmenverteilung* bei den Landtagswahlen seit 1972 hat sich eine Minderung des

^{33a)} E. K. Scheuch, Die indirekten Konsequenzen sind die wichtigsten, in: 11. Absatzwirtschaftliches Forum der Textilwirtschaft, Frankfurt/M. 1969.

³⁴⁾ S. u. a. Institut für Demoskopie, Allensbacher Berichte, Juli, September, November 1973, März 1976; oder: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim: Wahl in Berlin am 2. März 1975, Wahl in Rheinland-Pfalz am 9. März 1975, Wahl in Schleswig-Holstein am 13. April 1975, Wahl in Baden-Württemberg am 4. April 1976; Statistische Berichte des Bayerischen Statistischen Landesamtes 1973, des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg 1973, des Hessischen Statistischen Landesamtes 1973, des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg 1974.

Abstandes zwischen den Bonner Koalitionsparteien und der CDU/CSU zugunsten der letzteren ergeben. In der Bundestagswahl 1976 dürfte sich unter den jüngeren Wählern beinahe die Relation der Bundestagswahl 1969 wiederherstellen. Also keineswegs ein dramatisches *floating*, aber doch ein bedeutendes Wiederaufholen zugunsten der CDU/CSU, wie es sich auch in der Zunahme der Mitglieder der Jungen Union, des RCDS und der Schülerunion manifestiert. Falls die bisherige — in den Landtagswahlen verminderte — Stärke der SPD bei der männlichen, norddeutschen, protestantischen, großstädtischen, weitergebildeten Jugendbevölkerung auch in der Bundestagswahl abnimmt und eine gewisse Zunahme bei jungen Ungelernten und Facharbeitern demgegenüber nicht allzu stark ausfällt, können die Oppositionsparteien im Bundestag mit einem wieder etwas günstigeren Potential bei den jüngeren Wählern rechnen. Evtl. kommen ihnen auch Ballungseffekte in Süd- und Südwestdeutschland sowie in den Großstädten zugute ³⁵⁾.

³⁵⁾ Im einzelnen stecken hinter diesen Vermutungen einige statistische Probleme: Unter den 18- bis 24jährigen Wählern 1972 war das Verhältnis zwischen Koalition und Opposition ca. 70 : 25, wenn man die ca 75 % Wahlbeteiligten dieser Jahrgänge als Bezugsgruppe nimmt. Nach einer Wahlsimulation der Konrad-Adenauer-Stiftung, Frühjahr 1975, wäre dieses Verhältnis heute bei den 15- bis 23jährigen etwa 60: 30. Nach einer Allensbach-Umfrage (März 1976) lautet das Verhältnis bei den 18- bis 29jährigen mit konkreter Parteiangabe 56 : 42. Gliedert man allerdings die 18- bis 24jährigen bei der BT-Wahl 1972 unter Einschluß der Nichtwähler, so ergibt sich folgendes Bild (in Prozenten):

| | |
|------------------------------|----|
| Nichtwähler ca. | 25 |
| SPD-Wähler | 44 |
| FDP-Wähler | 10 |
| CDU/CSU-Wähler | 16 |
| andere und ungültige Stimmen | 5 |

Die Marge der Nichtwähler und Präferenten anderer Parteien war also relativ hoch und läßt sich auch z. Zt. nur schwer durchleuchten. Auch in Wahl-Simulationen geben nur ca. 90 % eine Wahlpräferenz an; bei der Frage nach der Neigung für eine Partei sind es etwa 70 %; darunter ca. 10 % mit schwachen Neigungen (Infratest 1971). Alles das hängt wahrscheinlich mit einem mehr distanzierten Wahlverhalten ab, das weniger zur „Treue“ gegenüber einer Partei und weniger zur Polarisierung oder Verketzerung der Gegenpartei neigt, wie es von Almond und Verba (1963) als *open partisanship* beschrieben worden ist. Wer sich so verhält, bleibt im Entscheidungsspielraum flexibler, weshalb die jüngeren Jahrgänge auch einen höheren Anteil an Wechselwählern (ca. 25 % etwa im Zeitraum zwischen zwei Bundestagswahlen) aufweisen. Mit einer solchen eher „wählerischen“ Einstellung hängt es vermutlich zusammen, daß man bei Unentschiedenheit oder Unsicherheit lieber gar nicht zur Wahl geht. Als Gründe für die geringere Wahlbeteiligung kann man ferner anführen: Höheres Mißtrauen gegenüber den Parteien und ihren Funktionären, persönliche Inkompetenz, Desinteresse und Desinformiertheit über die Parteien, ihre Ziele und

5. Der Anteil der Wechselwähler und Einstellungswwechsler ist, wie erwähnt, unter den Jugendlichen und den jüngeren Wählern relativ größer als bei den älteren. Dieses Hin und Her könnte weniger aus Änderungen im *Zielbild* als vielmehr aus Änderungen der *Abwehrhaltung* resultieren. Vielfach wissen Jugendliche genauer, was sie nicht billigen, als was sie für erstrebenswert halten. Auch kalkulieren sie die möglichen Konsequenzen der abgelehnten Maßnahmen anscheinend sicherer und präziser als die Folgen von befürworteten Programmen und Reformen. Diese Pro-versus Anti-Attitüden (neben indifferenten Non-Attitüden) bedürfen noch der genaueren Erforschung. Sie sind zwar demokratisch legitim, doch sind Zielvorstellungen und Alternativ-Programme für eine Demokratie fruchtbarer und stabilisierender als bloße Negationen. Das gilt sicher besonders für die Meinungsbildung der Jugend. Der Widerstand gegen vorherrschende Meinungen sollte bei ihnen durch eigenständige Gegenkonzepte, die Sorge vor Fehlentwicklungen und Verlusten an bisherigen Errungenschaften durch differenzierte und praktikable Gegenmaßnahmen ausbalanciert werden. Darüber liegen bei den zur „Mitte“ bzw. nach „rechts“ orientierten Jugendlichen m. E. noch keine aktuellen Informationen vor.

Für dieses Konzept von Ziel- versus Abwehr-Einstellungen ist auch ein in der Sozialpsychologie üblicher Aspekt der „Sättigung“ oder Übersättigung einzubeziehen. Obwohl es über solche Erscheinungen des Überdrusses oder Widerwillens gegenüber gleichbleibenden, überakzentuierten, permanent wichtig gemachten Appellen, Informationen, Maßnahmen, Tendenzen im Berufs- und Arbeitsleben,

bei Verbands- und Vereinsmitgliedschaften, im Sozial-, Kommunikations- und Informationsverhalten genügend Konzepte und Untersuchungen gibt, ist dergleichen im politischen Meinungsraum m. E. bisher nicht erforscht worden.

Die Penetranz, mit der in speziellen Milieus seit etwa zehn Jahren bestimmte Theorien und Theorie-Kompetenzen mit Totalansprüchen, Sprach-Codes und Verbal-Emphatik, Partial-Aktionismus und Partial-Korporationen, Konflikt-Strategien und Feindbilder offeriert, praktiziert und indoktriniert worden sind, legt den Gedanken nahe, daß demgegenüber bei einem bestimmten Teil der Jugendlichen Übersättigungsprozesse in Gang gekommen sind und daß sich ihnen Wege zum Gegenteil wie praktikabler Gemeinsamkeiten, bruchloser Pragmatik und überschaubaren Engagements für bestimmte Aufgaben und Gruppen eröffnet haben. Soweit diese Vermutung zu Recht besteht, kann man als Korrelat dazu annehmen das bemerkbare generelle Abklingen der Politisierungswelle und des Politikfetischismus und eine Rückkehr zur Normalität einer delegativen Demokratie westlichen Zuschnitts — mit allerdings erheblich verbesserter Kommunikation zwischen Berufspolitikern und Bürgern³⁶⁾. Zu diesen prognostischen Vermutungen wird die Bundestagswahl im Oktober 1976 ein wichtiges Faktum hinzufügen.

ihre bisherige Praxis. Immerhin scheint die Zahl der Heranwachsenden zu steigen, die eine der vier Parlamentsparteien als Wahlalternative bejaht (ca. 70 %).

³⁶⁾ W. Jaide, Rechtsruck in den Klassenzimmern?, in: Aspekte, 1975, 6, S. 36—39; ders., Rückt die Jugend nach rechts?, in: Evangelische Kommentare, 1974, 9, S. 547 ff.

Anhang

Tabelle 1

FRAGE: *Wie beurteilen Sie selbst ihre derzeitige Arbeit?*

— Antwortmöglichkeiten vorgegeben —

| | Sehr zu- frieden | Über- wie- gend zu- frieden | Nur z. T. zu- frieden | Eher unzu- frieden | Ganz unzu- frieden | Keine Ant- wort | | |
|-------------------------------------|---------------------|---|--------------------------------|--------------------------|--------------------------|-----------------------|-----|------|
| | % | % | % | % | % | % | % | Anz. |
| Gesamtdurchschnitt | 16 | 40 | 20 | 5 | 2 | 17 | 100 | 1505 |
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Männlich | 17 | 41 | 20 | 5 | 2 | 15 | 100 | 772 |
| Weiblich | 15 | 40 | 19 | 5 | 3 | 19 | 100 | 733 |
| Altersgruppen | | | | | | | | |
| 13 — 15 Jahre | 10 | 29 | 19 | 4 | 1 | 37 | 100 | 358 |
| 16 — 17 Jahre | 18 | 32 | 23 | 7 | 2 | 18 | 100 | 222 |
| 18 — 21 Jahre | 14 | 50 | 18 | 5 | 3 | 10 | 100 | 420 |
| 22 Jahre u. ä. | 22 | 44 | 19 | 4 | 2 | 8 | 100 | 505 |
| Schulbildung | | | | | | | | |
| Geringe Bildung | 18 | 37 | 23 | 6 | 6 | 10 | 100 | 181 |
| Hauptschule mit Berufsausbildung | 22 | 41 | 19 | 4 | 2 | 12 | 100 | 618 |
| Mittlere Bildung | 10 | 41 | 20 | 4 | 2 | 24 | 100 | 472 |
| Höhere Bildung | 11 | 38 | 18 | 12 | 2 | 20 | 100 | 127 |
| Hochschulbildung | 18 | 42 | 15 | 6 | — | 19 | 100 | 62 |
| Berufsgruppen | | | | | | | | |
| Arbeiter | 6 | 32 | 34 | 11 | 14 | 3 | 100 | 65 |
| Schüler, Student, Lehrling | 12 | 32 | 22 | 4 | 1 | 30 | 100 | 674 |
| Facharbeiter, Handwerker | 27 | 50 | 17 | 4 | 1 | 1 | 100 | 188 |
| Angestellter, Beamter | 21 | 53 | 16 | 5 | 2 | 3 | 100 | 395 |
| Selbständiger | — | 45 | 18 | 18 | — | 18 | 100 | 11 |
| Hausfrau | 19 | 31 | 20 | 5 | 2 | 24 | 100 | 126 |

(aus EMNID 1975)

Tabelle 2

FRAGE: *Empfinden Sie Ihre Arbeit in erster Linie als:*

— Antwortmöglichkeiten vorgegeben —

| | Schwere Last | Notwendiges Übel | Möglichkeit, um Geld zu verdienen | Befriedigende Tätigkeit | Erfüllung einer Aufgabe | Keine Antwort | | |
|----------------------------------|--------------|------------------|-----------------------------------|-------------------------|-------------------------|---------------|-----|------|
| | % | % | % | % | % | % | % | Anz. |
| Gesamtdurchschnitt | 2 | 14 | 28 | 22 | 20 | 13 | 100 | 1505 |
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Männlich | 2 | 16 | 31 | 20 | 20 | 11 | 100 | 772 |
| Weiblich | 2 | 13 | 25 | 23 | 21 | 16 | 100 | 733 |
| Altersgruppen | | | | | | | | |
| 13 — 15 Jahre | 2 | 21 | 18 | 12 | 21 | 26 | 100 | 358 |
| 16 — 17 Jahre | 2 | 17 | 27 | 19 | 21 | 13 | 100 | 222 |
| 18 — 21 Jahre | 2 | 12 | 30 | 24 | 22 | 10 | 100 | 420 |
| 22 Jahre u. ä. | 2 | 11 | 34 | 27 | 18 | 8 | 100 | 505 |
| Schulbildung | | | | | | | | |
| Geringe Bildung | 6 | 20 | 37 | 10 | 15 | 12 | 100 | 181 |
| Hauptschule mit Berufsausbildung | 2 | 11 | 34 | 24 | 20 | 9 | 100 | 618 |
| Mittlere Bildung | 1 | 18 | 20 | 19 | 24 | 18 | 100 | 472 |
| Höhere Bildung | 1 | 15 | 25 | 26 | 21 | 12 | 100 | 127 |
| Hochschulbildung | 2 | 5 | 11 | 40 | 24 | 18 | 100 | 62 |
| Berufsgruppen | | | | | | | | |
| Arbeiter | 11 | 23 | 49 | 8 | 3 | 6 | 100 | 65 |
| Schüler, Student, Lehrling | 2 | 19 | 21 | 17 | 21 | 21 | 100 | 674 |
| Facharbeiter, Handwerker | 1 | 8 | 42 | 26 | 19 | 4 | 100 | 188 |
| Angestellter, Beamter | 1 | 9 | 36 | 34 | 17 | 3 | 100 | 395 |
| Selbständiger | — | 18 | 36 | 27 | 18 | — | 100 | 11 |
| Hausfrau | 5 | 17 | 13 | 10 | 30 | 24 | 100 | 126 |

(aus EMNID 1975)

Tabelle 3

FRAGE: Würden Sie im ganzen sagen, daß Ihre Familie erheblich oder etwas aufgestiegen ist, hat sich die Lage Ihrer Familie praktisch kaum verändert oder ist Ihre Familie etwas oder sehr abgestiegen?

— Antwortmöglichkeiten vorgegeben —

| | Sehr aufgestiegen | Etwas aufgestiegen | Unverändert | Etwas abgestiegen | Sehr abgestiegen | Keine Antwort | | |
|----------------------------------|-------------------|--------------------|-------------|-------------------|------------------|---------------|-----|------|
| | % | % | % | % | % | % | % | Anz. |
| Gesamtdurchschnitt | 18 | 52 | 22 | 2 | 1 | 5 | 100 | 1505 |
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Männlich | 17 | 53 | 23 | 2 | 0 | 4 | 100 | 772 |
| Weiblich | 18 | 51 | 21 | 2 | 1 | 7 | 100 | 733 |
| Altersgruppen | | | | | | | | |
| 13 — 15 Jahre | 19 | 47 | 22 | 1 | 0 | 12 | 100 | 385 |
| 16 — 17 Jahre | 21 | 53 | 18 | 3 | 0 | 5 | 100 | 222 |
| 18 — 21 Jahre | 18 | 54 | 21 | 3 | 1 | 3 | 100 | 420 |
| 22 Jahre u. ä. | 15 | 55 | 24 | 2 | 0 | 3 | 100 | 505 |
| Schulbildung | | | | | | | | |
| Geringe Bildung | 12 | 46 | 32 | 1 | 1 | 8 | 100 | 181 |
| Hauptschule mit Berufsausbildung | 16 | 53 | 23 | 2 | — | 6 | 100 | 618 |
| Mittlere Bildung | 21 | 52 | 18 | 3 | 1 | 5 | 100 | 472 |
| Höhere Bildung | 21 | 52 | 20 | 2 | 2 | 2 | 100 | 127 |
| Hochschulbildung | 23 | 55 | 19 | 2 | — | 2 | 100 | 62 |
| Berufsgruppen | | | | | | | | |
| Arbeiter | 17 | 34 | 35 | 3 | — | 11 | 100 | 65 |
| Schüler, Student, Lehrling | 21 | 48 | 21 | 2 | 0 | 7 | 100 | 674 |
| Facharbeiter, Handwerker | 11 | 56 | 30 | 1 | — | 3 | 100 | 188 |
| Angestellter, Beamter | 18 | 56 | 21 | 4 | 1 | 2 | 100 | 395 |
| Selbständiger | — | 82 | 18 | — | — | — | 100 | 11 |
| Hausfrau | 8 | 64 | 18 | 2 | 2 | 6 | 100 | 126 |

(aus EMNID 1975)

Tabelle 4

FRAGE: Was würden Sie sagen: Sind die Chancen, im Leben zu etwas zu kommen, in der Bundesrepublik gleich verteilt oder sind sie es nicht?

— Antwortmöglichkeiten vorgegeben —

| | Chancen sind gleich verteilt | Chancen sind nicht gleich ver- teilt | Keine Antwort | | |
|-------------------------------------|------------------------------------|---|------------------|-----|------|
| | % | % | % | % | Anz. |
| Gesamtdurchschnitt | 37 | 55 | 8 | 100 | 1505 |
| Geschlecht | | | | | |
| Männlich | 38 | 55 | 8 | 100 | 772 |
| Weiblich | 36 | 56 | 8 | 100 | 733 |
| Altersgruppen | | | | | |
| 13 — 15 Jahre | 36 | 51 | 13 | 100 | 358 |
| 16 — 17 Jahre | 36 | 58 | 6 | 100 | 222 |
| 18 — 21 Jahre | 42 | 50 | 8 | 100 | 420 |
| 22 Jahre u. ä. | 33 | 62 | 5 | 100 | 505 |
| Schulbildung | | | | | |
| Geringe Bildung | 34 | 54 | 13 | 100 | 181 |
| Hauptschule mit Berufsausbildung | 42 | 51 | 8 | 100 | 618 |
| Mittlere Bildung | 33 | 59 | 8 | 100 | 472 |
| Höhere Bildung | 32 | 65 | 3 | 100 | 127 |
| Hochschulbildung | 37 | 58 | 5 | 100 | 62 |
| Berufsgruppen | | | | | |
| Arbeiter | 34 | 42 | 25 | 100 | 65 |
| Schüler, Student, Lehrling | 37 | 53 | 9 | 100 | 674 |
| Facharbeiter, Handwerker | 45 | 49 | 6 | 100 | 188 |
| Angestellter, Beamter | 35 | 61 | 4 | 100 | 395 |
| Selbständiger | 64 | 36 | — | 100 | 11 |
| Hausfrau | 30 | 59 | 11 | 100 | 126 |

(aus EMNID 1975)

Tabelle 5

FRAGE: Wenn in einer öffentlichen Diskussion unsere heutige Staatsform angegriffen würde, wie würden Sie dann zu unserem heutigen Staat Stellung nehmen?

— Antwortmöglichkeiten vorgegeben —

| | Sehr positiv | Etwas positiv | In-diffe-rent | Etwas negativ | Sehr negativ | Keine Antwort | | |
|----------------------------------|--------------|---------------|---------------|---------------|--------------|---------------|-----|------|
| | % | % | % | % | % | % | % | Anz. |
| Gesamtdurchschnitt | 24 | 41 | 18 | 5 | 3 | 10 | 100 | 1505 |
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Männlich | 24 | 41 | 16 | 6 | 4 | 8 | 100 | 772 |
| Weiblich | 24 | 39 | 19 | 4 | 2 | 12 | 100 | 733 |
| Altersgruppen | | | | | | | | |
| 13 — 15 Jahre | 21 | 39 | 17 | 4 | 2 | 17 | 100 | 358 |
| 16 — 17 Jahre | 25 | 40 | 15 | 5 | 3 | 10 | 100 | 222 |
| 18 — 21 Jahre | 24 | 43 | 15 | 7 | 5 | 7 | 100 | 420 |
| 22 Jahre u. ä. | 24 | 39 | 21 | 4 | 3 | 7 | 100 | 505 |
| Schulbildung | | | | | | | | |
| Geringe Bildung | 22 | 38 | 23 | 2 | 3 | 11 | 100 | 181 |
| Hauptschule mit Berufsausbildung | 24 | 39 | 19 | 5 | 4 | 11 | 100 | 618 |
| Mittlere Bildung | 23 | 42 | 16 | 5 | 4 | 10 | 100 | 472 |
| Höhere Bildung | 30 | 43 | 10 | 11 | 3 | 3 | 100 | 127 |
| Hochschulbildung | 38 | 37 | 14 | 7 | 3 | 2 | 100 | 62 |
| Berufsgruppen | | | | | | | | |
| Arbeiter | 23 | 32 | 26 | 8 | 6 | 5 | 100 | 65 |
| Schüler, Student, Lehrling | 23 | 41 | 16 | 5 | 2 | 12 | 100 | 674 |
| Facharbeiter, Handwerker | 22 | 41 | 22 | 5 | 4 | 6 | 100 | 188 |
| Angestellter, Beamter | 24 | 43 | 18 | 5 | 4 | 7 | 100 | 395 |
| Selbständiger | 18 | 27 | 18 | — | — | 36 | 100 | 11 |
| Hausfrau | 25 | 34 | 19 | 3 | 2 | 17 | 100 | 126 |

(aus EMNID 1975)

Zur Lebenssituation arbeitsloser Jugendlicher

Ergebnisse eines sozialpädagogischen Projekts

I. Problemlage

Jugendliche sind gegenwärtig am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Zugleich zeichnet sich die Gefahr der kurz- und mittelfristigen Jugendarbeitslosigkeit bis in die Mitte der achtziger Jahre hinein ab. Nach Ansicht der Ministerpräsidenten der Länder müssen umgehend „länderübergreifende Schritte“ eingeleitet werden, um das Problem wenigstens zu „mildern“. Es bleibt deshalb „nicht viel Zeit“, um für Lösungsvorschläge zu sorgen.

In der vorliegenden Auswertungsstudie¹⁾ über ein vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen gefördertes Projekt wird versucht, eine erste Bestandsanalyse zur Lebenssituation arbeitsloser Jugendlicher vorzulegen und sozial- und freizeitpädagogische Ansätze zur Lösung des Problems aufzuzeigen. Dabei geht es insbesondere um die Frage der Realisierung von Zielen zur Überwindung bzw. Milderung der psycho-sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit durch

- Stabilisierung des Selbstwertgefühls,
- Überwindung der Isolierung,
- Förderung der Eigeninitiative,
- Stärkung der Arbeitsmotivation,
- Erhaltung der Berufsperspektive.

Die bisher vorliegenden Untersuchungen zur Jugendarbeitslosigkeit beschränken sich vor-

¹⁾ Die Untersuchung hätte nicht durchgeführt werden können ohne das Entgegenkommen und die Mithilfe von Herrn Schuster (Arbeiterwohlfahrt Duisburg) und Herrn Saatkamp (Jugendamt Duisburg) sowie den Herren Buchholtz und Kinold (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW). Ihnen ist der Verfasser zu Dank verpflichtet. Ganz besonders hervorzuheben ist die Mitarbeit und das Engagement des Streetworker-Teams: Hermann Bühren, Lothar Josting, Ingeborg Mroß, Ruth Neumann, Gunnar Vogel. Sechs Monate haben sie praktische Sozialarbeit ‚vor Ort‘ geleistet und gleichzeitig für die wissenschaftliche Auswertung Beobachtungs-, Befragungs- und Gesprächsberichte angefertigt. Ihnen verdankt der Verfasser viele Anregungen und Hinweise.

wiegend auf die Auswertung von Statistiken sowie auf Aussagen über mögliche Ursachen und vermuteten Umfang der Jugendarbeitslosigkeit. Darüber hinaus wird über die unterschiedlichen Förderungsmaßnahmen berichtet und die mangelnde Koordination und Effektivität von Einzelprojekten beklagt. Die Aussagen über die konkrete Lebenssituation von arbeitslosen Jugendlichen bleiben vage, bewegen sich im Bereich des Spekulativen, zumindest im Bereich des nicht Beleg- und Nachweisbaren. Ursachen hierfür sind zu meist „Materialfindungsschwierigkeiten“, was auch unumwunden zugegeben wird. In ihrer regionalen Untersuchung über „Die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in West-Berlin“ erklärt beispielsweise die Arbeitsgruppe an der PH West-Berlin: „So konnten wir den weitergehenden Fragen nach den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf den Erfahrungszusammenhang der Jugendlichen, auf deren subjektive Arbeits- und Reproduktionsfähigkeit sowie deren Widerstandsformen etc. nicht nachgehen.“²⁾

Hauptursache für die bisher fehlenden Untersuchungen über die Lebenssituation arbeitsloser Jugendlicher, ihre persönliche Situation, ihre Situation in Familie und Freizeit, ihre Berufsperspektive und ihre Einstellung zu Öffentlichkeit und Politik ist die Schwierigkeit, arbeitslose Jugendliche in ihren sozialen Bezügen „vor Ort“ zu erreichen. Die Erfahrung, daß arbeitslose Jugendliche kaum erreichbar und ansprechbar sind, ist immerhin schon vier Jahrzehnte alt. Jahoda (u. a.) berichtete in der 1933 veröffentlichten Untersuchung „Die Arbeitslosen von Marienthal“, daß es trotz zahlreicher Versuche nicht gelang, „mit diesen Jugendlichen in Kontakt zu kommen... (Sie) blieben unzugänglich... sie kamen einfach nicht. Sie verschwinden von der Bildfläche und ‚treiben sich herum‘. Auch die Führer der beiden politischen Jugendgruppen

²⁾ Arbeitsgruppe an der PH West-Berlin: Die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in West-Berlin, in: jugendliche arbeitslos, Frankfurt/M. 1976, S. 135.

bestätigten, daß es das Hauptproblem ihrer Organisation sei, der jungen Leute überhaupt habhaft zu werden.“³⁾

Die zweifellos vorhandenen methodischen Probleme dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß manche Untersuchungen mehr der eigenen Standortbestimmung und Identitätsfindung der Verfasser dienen als der Darstellung der Lebensprobleme der unmittelbar Betroffenen. W. Hätscher und H. Schmitt machen dies deutlich: „Dabei steht nicht die Untersuchung des Problems der Arbeitslosigkeit

mit den spezifischen Folgen für die betroffenen Jugendlichen im Vordergrund, sondern die Problematik der Zusammenarbeit von linken Intellektuellen und Arbeiterjugendlichen.“⁴⁾

Diese Darstellung bezieht sich nicht auf „irgendeine“ Situation, sondern konkret auf die Lebensbedingungen arbeitsloser Jugendlicher in Duisburg-Hamborn, einem Zentrum und Brennpunkt der Jugendarbeitslosigkeit. Hier ist jeder dritte bis vierte Arbeitslose ein Jugendlicher unter 20 Jahren.

II. Zum Forschungsstand über die Lebenssituation von arbeitslosen Jugendlichen

1. Bedeutung und Vergleichbarkeit der Aussagen

Der vor 25 Jahren durchgeführten Befragung einer repräsentativen Auswahl arbeitsloser Jugendlicher und einer Vergleichsgruppe beschäftigter Jugendlicher in den Untersuchungsgebieten Bayern, Hamburg, Schleswig-Holstein und West-Berlin steht bis heute nichts Gleichwertiges gegenüber. Die seinerzeit vom DGB geförderte und von der „Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung von Jugendfragen“ unter Leitung von H. Schelsky durchgeführte Erhebung⁵⁾ bezog sich auf 1978 arbeitslose und 308 beschäftigte Jugendliche. H. Kluth untersuchte hierbei speziell die Bindungen des arbeitslosen Jugendlichen an die außerfamiliäre gesellschaftliche Umwelt. Dabei ging er von folgenden drei Fragen aus:

1. Kann die Arbeitslosigkeit die Fähigkeit des Jugendlichen beeinflussen, Kontakt mit seinen Mitmenschen aufzunehmen?
2. Welche Rolle spielen die sozialen Kontaktbeziehungen wie Freundschaft, Clique, Organisation usw. in der spezifischen Situation der Arbeitslosigkeit?
3. Können die bestehenden Kontaktbeziehungen die Verhaltensweisen des Jugendlichen in wirksamer Weise beeinflussen?

Im folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse der Repräsentativuntersuchung von

³⁾ M. Jahoda (u. a.), Die Arbeitslosen von Marienthal (1933), Frankfurt/M. 1975, S. 80.

⁴⁾ W. Hätscher u. H. Schmitt, „Was nützt uns Euer Geschwätz?“ Erfahrungen beim Versuch, Arbeiterjugendliche gegen Lehrstellenknappheit und Jugendarbeitslosigkeit zu organisieren, in: jugendliche arbeitslos, a. a. O., S. 175.

⁵⁾ H. Schelsky (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, 2 Bände, Köln 1952.

Kluth⁶⁾, soweit sie für die heutige Situation relevant und vergleichbar (wenn nicht gar übertragbar) erscheinen, ausgewertet.

2. Ausfall der beruflichen Tätigkeit als „Bestätigungssituation“

Der Jugendliche besitzt ein gewisses *Anspruchsniveau*, das mit zunehmendem Alter und qualifizierter Vor- und Ausbildung steigt, d. h. breiter und differenzierter wird. Die für das Anspruchsniveau wichtigsten Faktoren sind

- der Anspruch auf eine der eigenen Persönlichkeit gerecht werdende und damit die eigene Persönlichkeit bestätigende *Leistung* und
- der Anspruch auf ein angemessenes *Sozialprestige*, d. h. auf Anerkennung der eigenen Persönlichkeit.

Dieses Anspruchsniveau wird in der Regel weitgehend befriedigt, solange der Jugendliche eine seiner Leistungsfähigkeit angemessene berufliche Tätigkeit ausübt. Die Arbeitskollegen bilden einen adäquaten Bestätigungskreis; die Freizeit und ihre sozialen Beziehungen erfüllen hierbei zumeist nur eine ergänzende Funktion in partiellen Bereichen.

Fällt nun die berufliche Tätigkeit als Bestätigungssituation aus, weil sie durch Arbeitslosigkeit ganz unterbunden oder weit unter der tatsächlichen oder vorgestellten Leistungsfähigkeit liegt (z. B. bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen), dann trägt der Jugendliche

⁶⁾ H. Kluth, Der arbeitslose Jugendliche in seinen Bindungen an die außerfamiliäre gesellschaftliche Umwelt, Phil. Diss., Berlin 1952.

unbewußt oder manchmal auch bewußt den Wunsch nach einer *Bestätigungssituation* und einem *Bestätigungskreis* in die „Freizeit“ und ihre Kontaktverhältnisse hinein. Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, um so stärker wird dieser Wunsch und um so schwächer werden die Kontaktbeziehungen zu den (ehemaligen) Arbeitskollegen.

3. Veränderung der Freizeitgewohnheiten

Gleichzeitig steigen die Ansprüche, die der arbeitslose Jugendliche nun an seine unfreiwillige „Freizeit“ stellt. Diese *Anspruchssteigerungen* stehen aber im Widerspruch zu den allmählich innerhalb der Freizeit auftauchenden „Lücken“, weil der arbeitslose Jugendliche eine Reihe von Freizeitgewohnheiten — meist aus finanziellen Gründen — einschränken oder gar aufgeben muß.

Durch die Arbeitslosigkeit wird der „Zeitplan“ des Jugendlichen erheblich verändert; es entstehen „Zeitlücken“. Der Jugendliche wird mit der ihm zur Verfügung stehenden freien Zeit nicht mehr fertig. Zwar ist er den ganzen Tag über irgendwie beschäftigt, so daß man von „Nichtstun“ eigentlich nicht sprechen kann. Den arbeitslosen Jugendlichen aber bedrückt die *Ziel- und Planlosigkeit* seines Tuns. Einzelne Tätigkeiten könnten genausogut durch andere ersetzt werden, sie sind zufällig, planlos, ziellos. Dem arbeitslosen Jugendlichen geht nicht die Fähigkeit ab, in der freien Zeit „etwas“ zu tun, sondern die Fähigkeit, die Zeit ziel- und planvoll zu verwenden.

4. Eindruck der Langeweile: Produkt von Ziellosigkeit, Planlosigkeit und Zufälligkeit

Dies erklärt auch den negativen Eindruck, den Häuser der offenen Tür auf arbeitslose Jugendliche machen: Weil dort jeder machen kann, was er „will“ und keiner weiß, was er machen „soll“. Die den Jugendlichen ohnehin bedrückende Ziel- und Planlosigkeit des Tätigseins wird in den Häusern der offenen Tür noch verstärkt. Weil die Inhalte der Zeitverwendung rein zufällig sind, der arbeitslose Jugendliche davon eigentlich nicht „betroffen“ ist, entsteht bei dem Jugendlichen, auch wenn er sich den ganzen Tag über „beschäftigt“, der Eindruck der Langeweile, das Gefühl, daß man nicht zu dem kommt, was man eigentlich tun „müßte“.

Die freie Zeit, die als „Feierabend“, „Wochenende“ usw. einen festen Platz im Tagesablauf des Beschäftigten hat, verändert und

verliert teilweise ihre ursprüngliche Funktion. Es fehlt die unmittelbare Beziehung zum Beschäftigtsein. Eine Ausnahme bildet hierbei die weibliche Gruppe.

5. Geringere Betroffenheit der arbeitslosen weiblichen Jugendlichen

Der Prozentsatz der arbeitslosen weiblichen Jugendlichen, die oft Langeweile haben (23,1 %), ist wesentlich geringer als der der männlichen Jugendlichen (33,5 %). Dies hängt damit zusammen, daß die weiblichen Jugendlichen, sobald sie arbeitslos werden, sehr viel stärker in den Ablauf der *häuslichen Arbeiten* eingespannt werden, die — unabhängig davon, ob sie gern oder ungerne getan werden — von den weiblichen Jugendlichen doch als eine relativ „angemessene“ Tätigkeit und planvolle Beschäftigung angesehen werden. Die im Haushalt beschäftigten weiblichen Jugendlichen haben das Gefühl einer weitgehend planvollen Zeitverwendung. Hinzu kommen die sachverwandten Beziehungen zwischen der notwendigen Haushaltsarbeit und der freiwillig ausgeübten Handarbeit (Nähen, Stricken u. a.). Die Haushaltsarbeit hat für die weiblichen Jugendlichen sehr viel stärker einen *planvollen Arbeitscharakter* als etwa die Bastelarbeit für die männlichen Jugendlichen. Infolgedessen beschäftigen sich auch sehr viel mehr weibliche Jugendliche seit ihrer Arbeitslosigkeit mit Handarbeit (46,1 %) als männliche Jugendliche mit Bastelarbeit (32,2 %).

Die Verwendung der freien Zeit ist für den arbeitslosen Jugendlichen um so problemloser,

— je planvoller die ausgeübte Beschäftigung ist,

— je stärker der Zweck- und Arbeitscharakter der Beschäftigung ist,

— je ausgeprägter und entwickelter die ursprüngliche Fähigkeit zur Selbstbeschäftigung ist und

— je mehr das eigene Anspruchsniveau (Leistungsanspruch, Prestigebedürfnis u. a.) des Jugendlichen mit dem Gesamtniveau der Kontaktpersonen, der Gruppe, der Clique u. a. übereinstimmt.

6. Isolierung gegenüber der sozialen Umwelt

Das Anspruchsniveau ist bei den jüngeren Arbeitslosen noch so wenig inhaltlich geprägt, daß es weitgehend in der eigenen Clique verwirklicht werden kann. Äußere Dinge

wie Kleidung, Geld usw. werden noch nicht als unbedingt notwendige Attribute der „Persönlichkeit“ angesehen. Mit zunehmendem Alter oder zunehmender Bildung werden Leistungsanspruch und Prestigebedürfnis zielgerichteter, die Interessensphäre wird breiter und differenzierter und das Bedürfnis, Ansehen zu gewinnen, d. h. in seiner Persönlichkeit bestätigt zu werden, wird ausgeprägter. Für dieses hohe Anspruchsniveau aber bestehen während der Arbeitslosigkeit nur geringe oder gar keine Chancen der Verwirklichung. Je größer die „Voraussetzungen“ (Alter, Vorbildung, Berufsausbildung etc.) sind, die der Jugendliche mitbringt, desto stärker ist auch der Wunsch nach einem angemessenen „Bestätigungskreis“ und um so größer ist das Mißverhältnis zwischen dem Anspruch, den das Kontaktverhältnis während der Arbeitslosigkeit selbst an ihn stellt, und der Funktion, die es für den Jugendlichen erfüllt. Das Mißverhältnis führt bei längerer Dauer der Arbeitslosigkeit zur Isolierung.

Vier verschiedene Formen der Isolierung lassen sich unterscheiden:

1. die *aktive Isolierung* (der Jugendliche sucht bewußt oder unbewußt die Kontaktlosigkeit);
2. die *passive Isolierung* (der Jugendliche sucht weder die Bindung noch die Bindungslosigkeit);
3. die *situationsbedingte stabile Isolierung* (der Jugendliche paßt sich dem Arbeitslosendasein an und reduziert seine Kontaktwünsche);
4. die *situationsbedingte labile Isolierung* (der Jugendliche hält seine Kontaktwünsche aufrecht, auch wenn sie der Realsituation nicht entsprechen).

7. Problemlösung: Aufgabenstellung mit Dauercharakter

Längere Arbeitslosigkeit begünstigt und beschleunigt die Entwicklung einer konsequenten Isolierung gegenüber der sozialen Umwelt und führt schrittweise zu einem Absinken des eigenen Anspruchsniveaus. Dies kann nur verhindert werden, wenn es gelingt, dem Jugendlichen eine Aufgabe zu stellen, die seinem Leistungspotential gerecht wird und ihm die Chance bietet, seine Persönlichkeit bestätigt zu sehen. Dabei ist der rein materielle Aspekt (Geldverdienen) zwar wichtig, aber nicht ausschlaggebend. Die Jugendlichen waren oftmals bis zum Beginn der Arbeitslosigkeit (Schule, Ausbildung usw.) ohnehin auf die materielle Hilfe der Eltern angewiesen, so daß sich unter Umständen die materielle Si-

tuation nur geringfügig veränderte. Mit der Dauer des erzwungenen Nichtstuns aber wächst das Gefühl, „übrig“ zu sein und keine Aufgabe zu haben.

Temporäre Lösungen (z. B. zeitlich begrenzte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) ändern daran wenig, da ihnen von dem Jugendlichen nicht der für eine „echte“ Aufgabe notwendige *Dauercharakter* zuerkannt wird. Dies gilt um so mehr für Jugendliche, die

— in einem durch örtliche Gegebenheiten (Größe des Wohnorts, Fremdheit usw.) unüberschaubaren sozialen Raum leben (z. B. Großstadtjugendliche, Ausländerjugendliche) oder

— nicht mehr in vollem Umfang auf die Familie „ausweichen“ können (z. B. Jugendliche in nicht mehr intakten Familien).

8. Zwischenlösung: Bindung an interessenbestimmte Gruppen

Wo es nicht gelingt, eine Aufgabenstellung mit Dauercharakter für den arbeitslosen Jugendlichen zu finden, bietet sich als Zwischenlösung die Bindung an eine interessenbestimmte Gruppe an. Dabei wird das spezifische Interesse (z. B. Beatband, technisches Werken, Sportausübung) zum verbindenden Moment für die Aufrechterhaltung oder Erneuerung sozialer Beziehungen. Die bestimmenden Interessengebiete sind von der Situation der Arbeitslosigkeit relativ unabhängig, weil sie eine spezifische Bedürfnissphäre des Jugendlichen ansprechen, in der Regel auch Leistungsanforderungen stellen und das eigene Anspruchsniveau (zumindest bis zu einem gewissen Grade) befriedigen können. Die Zeitverwendung erscheint planvoller und auf ein bestimmtes Ziel abgestellt. Hier bietet sich die Chance, etwas zu leisten und anerkannt zu werden („... man merkt beim Sport, daß man noch etwas kann“). Die negativen sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit können dadurch teilweise kompensiert werden. Die ständige Anforderung, die die Erfüllung eines qualifizierten Interesses stellt, hält auch die Leistungsbereitschaft bis zu einem gewissen Grade aufrecht.

Der durch längere Arbeitslosigkeit hervorgerufene Prozeß des „Auseinanderlaufens“ von Leistungsanspruch und Leistungsbereitschaft wird in starkem Maße verlangsamt. Die Intensität hängt allerdings davon ab,

— wie hoch ursprünglich Leistungsbereitschaft und Leistungsanspruch waren,

— wie hoch die interessenbestimmten Anforderungen sind,

— wie stark der Jugendliche in der Tätigkeit selbst „engagiert“ ist und

— wie groß die Einflüsse der interessenbestimmten Gruppe sind.

Es zeigt sich, daß Jugendliche in interessenbestimmten Gruppen am ehesten mit der Arbeitslosigkeit „fertig“ werden, und zwar nicht im passiven Sinne des „Akzeptierens“, sondern im aktiven des „Überwindens“ von Leeren und Ungebundenem.

Bei allen feststellbaren positiven Wirkungen muß berücksichtigt werden, daß die Leistungssituation der interessenbestimmten Gruppen nur eine Zeitlang ein Ausgleich für die „echte“ Leistungssituation der Arbeit und des Berufs sein, sie aber auf Dauer nicht ersetzen kann.

9. Konzeptionelle Konsequenzen

Die Auswertung der Repräsentativuntersuchung von H. Kluth über die Lebenssituation von arbeitslosen Jugendlichen zwingt zu konzeptionellen Konsequenzen. Die von Kluth ermittelten Verhaltensformen, Reaktionsweisen und Kontaktbeziehungen enthalten durchaus mit der heutigen Jugendarbeitslosenproblematik vergleichbare Aussagen. Aus den Ergebnissen läßt sich zur Vermeidung bzw. Milderung der psycho-sozialen Folgen der Jugendarbeitslosigkeit ein Kriterienkatalog ableiten, der für die Durchführung von Förderungsmaßnahmen bedeutsam ist. Die in den Projekten zu vermittelnden Inhalte sollten vorrangig auf solche Eigentätigkeiten und Beschäftigungsarten gerichtet sein, die mög-

lichst viele der folgenden sieben Kriterien erfüllen:

1. Dauercharakter

Keine zeitlich begrenzte „Lösung“, sondern auf längere Dauer angelegte Tätigkeit.

2. Regelmäßigkeit

Tätigkeit, die eine gewisse Regelmäßigkeit der Ausübung bzw. Kontinuität der Teilnahme — z. B. in der Gruppe — voraussetzt.

3. Zweckbestimmung

Unmittelbar zweckbestimmte Tätigkeiten mit arbeitsähnlichem Charakter in einem entsprechenden Sach- und Sinnzusammenhang.

4. Zielorientierung

Keine nur zufällig beliebige, sondern planvolle, auf ein bestimmtes Ziel gerichtete Tätigkeit.

5. Prestigebefriedigung

Eine die Anerkennung der eigenen Persönlichkeit fördernde und bestätigende Tätigkeit.

6. Leistungsanspruch

Eine der individuellen Leistungsbereitschaft und -fähigkeit angemessene Tätigkeit.

7. Interessengruppierung

Eine die spezifischen Interessen berücksichtigende, soziale Beziehung erhaltende und erneuernde Tätigkeit.

III. Skizzierung des Projekts „street-corner-work“

1. Chancen und Probleme

Insbesondere die Arbeit mit drogengefährdeten und drogenabhängigen Jugendlichen in den letzten Jahren hat gezeigt, daß durch „Institutionen“ (Beratungsstellen, therapeutische Kliniken u. a.) nur ein kleiner, bestimmter Kreis erreicht werden kann. Diese Erfahrung hat bewirkt, daß in verschiedenen europäischen, vorwiegend skandinavischen Ländern und den USA neue Wege erprobt wurden und werden. Als besonders erfolgreich hat sich die sogenannte „street-corner-work“ erwiesen, bei der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen als Straßen-Berater („Streetworker“) eingesetzt wurden, um Jugendliche

— an Orten der Gefährdungen aufzusuchen und

— zu motivieren, Hilfen (z. B. Vermittlung von Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, Anregung von Aktivitäten im Freizeitbereich) anzunehmen.

Nach A. Peters⁷⁾ lassen sich die Aufgaben des Streetworkers wie folgt beschreiben:

— Oberster Grundsatz ist die Anonymität. Die Beratung ist vertraulich und nicht von der Angabe der Personaldaten abhängig.

— Die informative Beratung ist nicht auf Dauerbetreuung und Therapie ausgerichtet, wohl aber schließt sie Elemente einer umweltorientierten Einzelfallhilfe ein.

⁷⁾ A. Peters, Streetwork in der Drogenszene, in: Neue Praxis, 3/1 (1973), S. 32 f.

— Streetworker knüpfen zu unterschiedlichen Zeiten an Orten, die als Treffpunkte Jugendlicher bekannt sind, erste Kontakte. Dabei sollen akute Notsituationen herausgefunden und Wege für Hilfsmöglichkeiten eröffnet werden.

— Aus Sicherheitsgründen erfolgt der Einsatz der Streetworker grundsätzlich nur zu zweit. Tag- und Nachtdienstwechsel sind dabei unvermeidbar.

— Streetworker müssen die Wertmaßstäbe der Jugendlichen kennen und ihre Sprache sprechen können.

— Den Streetworkern müssen „reale Hilfsmöglichkeiten“ und entsprechende Folgeeinrichtungen zur Verfügung stehen (z. B. Unterbringungs-, Wohnmöglichkeiten; spezielle Freizeitangebote; Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung). Ohne diese Hilfsmöglichkeiten sind sie ständigen Mißerfolgen ausgesetzt und in der Breitenwirkung nicht erfolgreich.

— Für ausführlichere Beratungsgespräche muß eine „Anlaufstelle“ (z. B. Jugendclub, Jugendzentrum, Haus der Offenen Tür) außerhalb von (behördlichen) Anlaufstellen vorhanden sein.

Kennzeichnend für die street-work-Hilfeleistung ist, daß sie im allgemeinen *unmittelbar und kurzfristig* ohne „Intake-Phase“ im traditionellen Sinne erfolgt. Es wird also nicht auf jenen Katalog anamnestischer Fragen zurückgegriffen, die nach der Methodik der Einzelfallhilfe als Voraussetzung für die Diagnosestellung am Beginn des Klientenkontakts zu stehen haben⁸⁾. Diese formalisierte, zeitlich und personell von der eigentlichen Beratung getrennte und von Jugendlichen leicht als unangemessen („Verhör“) empfundene Handhabung würde die „street-corner-work“ von vornherein zum Scheitern verurteilen.

Nach diesem Prinzip arbeitet in München ein Streetworker-Team bereits seit zwei Jahren, dessen praktische Erfahrungen⁹⁾ in die Konzeption des Hamborner Projekts einbezogen wurden. Während aber bei der Münchner Gruppe die Randgruppenarbeit und der spezielle Auftrag zur Bekämpfung jugendlicher Banden dominieren, arbeitet das Hamborner Team präventiv und rehabilitativ zugleich. An die Stelle der ambulanten Betreuung und „Steuerung“ tritt in Hamborn die offene Beratung, das Aufzeigen von Berufsmöglichkeiten, Freizeitangeboten u. a. Die arbeitslosen Ju-

gendlichen gelten nicht als Klienten mit potentiell krimineller Energie.

Trotz dieser grundsätzlichen Unterschiede sind hinsichtlich Konzeption und Methode Gemeinsamkeiten festzustellen:

— Beide Streetworker-Gruppen haben es mit Jugendlichen zu tun, die überwiegend aus unterprivilegierten Schichten kommen.

— Beide Projekte sind von anderen sozialpädagogischen Maßnahmen abgehoben durch die Arbeit an Ort und Stelle mit Jugendlichen.

— Beide Projekte verstehen sich als neue und praktikable Wege und Methoden der direkten Einwirkung auf Jugendliche.

— Beide Streetworker-Gruppen sind auf den eventuellen Vorwurf gefaßt, nur am Symptom zu arbeiten und nicht das Übel an der Wurzel zu fassen: „Demgegenüber ist zu bedenken, daß in der Symptombekämpfung überhaupt der erste Ansatz für mögliche Veränderungen innerhalb der Gruppen, beim einzelnen Jugendlichen und in den Beziehungen zur Umwelt liegt. Denn es gibt viele Symptome, die von ihrer historischen Entstehung abgelöst sind und ein automatisiertes Eigenleben führen bzw. sich selbst am Leben erhalten, zumal nach ihrer Aufhebung häufig die ursprünglich verursachenden Faktoren gar nicht mehr wirksam oder vorhanden sind. Deshalb wollen und müssen die Streetworker ihren Blick auf den Unterschied zwischen sich selbst erhaltenden und solchen Symptomen schärfen, die von einer erkennbaren Ursache immer wieder erzwungen werden.“¹⁰⁾

— Beide Streetworker-Gruppen setzen sich aus einem Team von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen zusammen. Die Hamborner Gruppe ist der Duisburger Arbeiterwohlfahrt, die Münchener Gruppe dem Stadtjugendamt (Fachgruppe 1/Gesetzlicher Jugendschutz) verwaltungs- und dienstaufsichtsmäßig angegliedert und unterstellt.

Auch hinsichtlich der Zielgruppe entwickeln sich Gemeinsamkeiten. Die Münchener Gruppe hat es vornehmlich mit Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß, ohne berufliche Vorbildung, mit dem Gesetz in Konflikt Geratenen, mit Jugendlichen ohne jeglichen Rückhalt im Elternhaus und Kindern von Gastarbeitern zu tun — mit einem Personenkreis also, der zuerst und in der Hauptsache von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen ist. Hier treffen Präventiv- und Korrektivmaßnahmen zusammen. Street-corner-work kann niemals nur Freizeit-

⁸⁾ M. Hülster, Innovationsorientierte Jugendberatung in den Niederlanden, in: Neue Praxis 2/3 (1972), S. 366—373.

⁹⁾ Jugendschutz heute 11./12. Folge, München 1975, S. 1—4.

¹⁰⁾ Jugendschutz, a. a. O., S. 3.

pädagogik oder nur Sozialarbeit sein. Beratung, Anregung und Aktivierung können je nach Problemlage Einzelfallhilfe, soziale Gruppenarbeit und Stadtteilarbeit ebensowenig ersetzen wie dies umgekehrt auch nicht der Fall ist. Auch die theoretische Frage, ob es angesichts der Massenarbeitslosigkeit der Jugend zweckmäßiger ist, mit sozialpädagogischen Methoden zur Eigeninitiative anzuregen, berufspädagogische Förderungsmaßnahmen vorrangig anzubieten oder mit politischen Mitteln das Beschäftigungssystem radikal zu verändern, ist müßig, wenn es darum geht, unmittelbar in Not Geratenen zu helfen, die psychischen und sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit für den Jugendlichen zu mildern und das Abgleiten in eine Ziel- und Planlosigkeit des Tagesablaufs zu verhindern.

2. Rahmenbedingungen

Die Arbeiterwohlfahrt Duisburg setzte mit finanzieller Unterstützung des nordrhein-westfälischen Sozialministers von Oktober 1975 bis März 1976 ein Team von fünf Sozialpädagogen und Sozialarbeitern ein. Bedingung hierfür war u. a., daß die Mitarbeiter bereits am Ort oder in der Nähe wohnten, so daß

auch nach Beendigung des Projekts die Kontakte mit den Jugendlichen erhalten werden konnten. Darüber hinaus haben die Streetworker vielfältige Außenkontakte (z. B. Kontaktaufnahme zu 45 Hamborner Institutionen, Einrichtungen, Behörden, Organisationen, Gruppen) geschaffen, um eine überleitende und dauerhafte Kommunikation für die Zeit „danach“ zu gewährleisten.

Auswahlkriterien für die Einrichtung der Anlauf- und Beratungsstelle in der Hamborner Friedrich-Engels-Straße waren:

- Konzentrierung von Großindustrie
- Arbeiterviertel
- Verkehrsgünstige Lage
- Wohnhaus (keine Behördeneinrichtung)
- Informelle und formelle Treffpunkte von Jugendlichen in der näheren Umgebung.

Hier fand auch die erste Info-Fete statt, an der über dreißig arbeitslose Jugendliche teilnahmen. Die Streetworker und der wissenschaftliche Leiter des Modellversuchs führten regelmäßige gemeinsame Projektbesprechungen über konzeptionelle, methodische, organisatorische und technische Fragen sowie über Fragen der wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung durch.

IV. Strukturanalyse Hamborns¹¹⁾ als Brennpunkt der Jugendarbeitslosigkeit

Die nachfolgende ausführliche Strukturanalyse Hamborns soll das soziale Umfeld, in dem und mit dem arbeitslose Jugendliche leben müssen, erschließen und zugleich deutlich machen, wie strukturelle Defizite eines Stadtteils und strukturelle Arbeitslosigkeit eines ganzen Landes sich zu doppelter Benachteiligung für die davon Betroffenen auswirken können. In der Strukturanalyse Hamborns als einem Zentrum der Jugendarbeitslosigkeit spiegelt sich ein wesentlicher Teil der Lebenssituation arbeitsloser Jugendlicher wider. Die explosive Entwicklung Hamborns vom Bauerndorf zur Industriegroßstadt und schließlich zum infrastrukturell vernachlässigten und kulturell unterversorgten Arbeiter-

viertel mit sinkendem Lebensstandard ist ein Symbol für frühkapitalistischen Wohlstand und spätkapitalistische Verelendung. Der Zusammenhang zwischen dem vom Verfall bedrohten Wohnbereich und den von Arbeitslosigkeit bedrohten Bewohnern ist evident.

1. Demographische Aspekte

Hamborn, ehemals Abtei, Kirchspiel und Zusammenschluß verschiedener „Bauernschaften“, hat eine — selbst für das Ruhrgebiet — außergewöhnliche Bevölkerungsentwicklung hinter sich. Innerhalb von zwei Jahrzehnten wurde aus einer im Jahre 1890 erst 7 983 Einwohner zählenden Gemeinde eine Großstadt, die August Thyssen aufgrund der von ihm vorangetriebenen Entwicklung von Bergbau und Hüttenindustrie in amerikanischem Tempo aus dem Boden stampfte. Die Gesamtentwicklung der Hamborner Bevölkerung und die Siedlungsentwicklung der einzelnen Hamborner Ortsteile zeigen den funktionellen Zusammenhang zwischen der Bergbau- und In-

¹¹⁾ Zugrunde gelegte Literatur: H.-H. Wehrmann, Hamborn, eine wirtschaftsgeographische Untersuchung (1959); H. Domke, Duisburg (1960); G. von Roden, Geschichte der Stadt Duisburg, Bd. II (1974); E. Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet (1970); Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher (Jan. 1975); Bundesanstalt für Arbeit, Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit Ende Sept. 1975 (Dez. 1975).

dustrieentwicklung in den Hamborner Einzelbezirken und dem Bevölkerungswachstum. Darin spiegelt sich die von den Unternehmern betriebene Siedlungspolitik wider, deren Ziel es war, die Belegschaften in möglichst unmittelbarer Nähe der Arbeitsstätten anzusiedeln. 1797 zählte Hamborn 927 Einwohner. In den folgenden hundert Jahren nahm die Einwohnerzahl nur geringfügig zu (1818: 1 388; 1871: 2 710). Im Jahre 1900 war die Zahl plötzlich auf 28 000 angestiegen und zwölf Jahre später hatte Hamborn bereits 100 000 Einwohner.

Infolge der gewaltigen Bergbau- und Industrieexpansion in Hamborn und der damit verbundenen großen Nachfrage nach Arbeitskräften war das Reservoir der freien Arbeitskräfte im Ortsbereich und in den angrenzenden Nachbargemeinden bald erschöpft. Die Hamborner Großunternehmen begannen infolgedessen mit der planmäßigen Anwerbung von Arbeitskräften in den Bergbaugebieten Ostdeutschlands und des östlichen Auslands. Neben Polen und Österreich-Ungarn (Siebenbürgen, Kroaten, Slowenen) wurden auch Holländer und Italiener angeworben. Der für das Jahr 1900 erstmalig ausgewiesene Anteil von 12 Prozent ausländischen Arbeitskräften stieg bis 1905 auf rund 23 Prozent an und nahm ab 1914 relativ und absolut wieder ab. In den Jahren 1919—1925 setzte eine starke Abwanderungswelle — vor allem nach Österreich-Ungarn und Polen — ein. Seitdem ist der Ausländeranteil kontinuierlich zurückgegangen.

1910 lebten in Hamborn 17 432 Polen, was einem Anteil von 17,4 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach. Damit lag Hamborn noch unter den vergleichbaren Sätzen anderer Ruhrgebietsstädte, wie der Polen-Anteil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Jahre 1910 zeigt: Recklinghausen (23,1 %), Herne (21,6 %) und Gelsenkirchen (17,7 %).

Hamborn hat heute eine Einwohnerzahl von rund 113 000. Die Bevölkerungsentwicklung ist in den letzten Jahren (1956: 126 975 Einwohner) deutlich rückläufig. 1939 hatte beispielsweise der Hamborner Ortsteil Bruckhausen eine Einwohnerzahl von 19 079. 1950 war die Zahl auf 15 420 zurückgegangen; 1961 sank sie erneut auf 13 225 und erreichte schließlich 1970 den Tiefstand von 9 988. Die Abwanderungsbewegung hält weiter an.

2. Sozialhistorische Aspekte

Die gewaltige Bevölkerungsexpansion Hamborns schuf — im groben Vergleich mit der Gegenwart — ein nach Arbeitsbedingungen

wie nach Wohn- und Lebensverhältnissen entsprechendes „Gastarbeiter“-Milieu riesigen Ausmaßes. Dieses Milieu bildete den Nährboden für soziale Unruhen und drohte schließlich der Kontrolle der gewerkschaftlichen Organisation zu entgleiten.

Als die Gewerkschaften im November 1918 auf Unternehmerdruck hin eine in Hamborn bereits erkämpfte 7¹/₂-Stunden-Schicht wieder auf 8 Stunden heraufsetzen wollten, traten die Hamborner Bergleute in den Streik: „Mit dieser Entscheidung der Hamborner Bergleute gegen ihre Gewerkschaften begann die eigentliche *Revolution im Ruhrgebiet* von 1918/19.“¹²⁾ Die Hamborner zogen in großen Demonstrationen zu den Nachbarzechen, um deren Solidarisierung zu erreichen, was ihnen auch gelang. Immer mehr Belegschaften schlossen sich dem Streik an und forderten die „Hamborner Sätze“ (7¹/₂-Stunden-Schicht). Es kam zur bewaffneten Auseinandersetzung mit der Reichswehr, in der „Hamborn mit seinem bekannt militanten Proletariat“ (E. Lucas) eine dominierende Rolle spielte. Im Hamborner Rathaus bildete sich eine regelrechte Gefechtsleitung, die den anrückenden Truppen massiven Widerstand entgegensetzte. Die „Hölle von Hamborn“ war nach dem Tagebuch des Regiments „wohl mit das Beispielloseste . . . , was selbst alte kriegsgewohnte Offiziere und Unteroffiziere mitgemacht haben. Auf die Truppe wurde andauernd aus Häusern und Kellerluken, von Dächern und Fabriken, von Halden und Bahndämmen, ja selbst aus Kessel- und Maschinenhäusern geschossen, so daß sie in viele kleine Teile zerriß.“¹³⁾ Die Politikerin und Alterspräsidentin des deutschen Reichstages, Clara Zetkin (1857 bis 1933), hat die Hamborner Arbeiter „das reifste Proletariat der Welt“ genannt¹⁴⁾. Damit charakterisierte sie die Radikalität der Hamborner Arbeiterschaft hinsichtlich ihres Bewußtseins und ihres Handelns.

Auch im Dritten Reich bewahrten die Hamborner, so lange es ging, unter der Devise „Nazis raus aus Hamborn“ ihre Eigenständigkeit¹⁵⁾. Mit der kommunalen Unterordnung unter die Großstadtverwaltung Duisburg gingen jedoch zunehmend proletarisches Selbstbewußtsein und Eigenstolz der Hamborner Arbeiter verloren. Hamborn und „Hambornisierung“ bekamen in Duisburg eine pejorative Bedeutung und gelten heute als Synonym für Proletarisierung und Unterprivilegierung.

¹²⁾ E. Lucas, a. a. O., 26.

¹³⁾ Lucas, a. a. O., S. 302.

¹⁴⁾ Volksstimme 06—06/07, Duisburg 1925.

¹⁵⁾ Vgl. G. von Roden, Geschichte der Stadt Duisburg, Bd. II, a. a. O.

3. Wirtschaftsstrukturelle Aspekte

Von den 66 Hochöfen des Ruhrgebiets stehen heute 39 in Duisburg. Rund 32 Prozent der Roheisen- und rund 27 Prozent der Rohstahlerzeugung der Bundesrepublik entfallen auf Duisburg. Das größte Stahlwerk Europas, die August-Thyssen-Hütte, befindet sich in Duisburg-Hamborn. In der August-Thyssen-Hütte (ATH) sind derzeit 15 238 Arbeiter und 6 637 Angestellte beschäftigt. In dem Duisburger Bergbau- und Industriestadtteil Hamborn dominiert die August-Thyssen AG, von der die Bevölkerung, der Handel und das Kleingewerbe mehr oder minder abhängig sind. Um sich neben der industriellen Fertigung behaupten zu können, muß sich insbesondere das Handwerk darauf spezialisieren, die industrielle Gütererzeugung zu ergänzen. Gleichzeitig aber ist das Handwerk der permanenten Abwanderungsgefahr seiner Beschäftigten ausgesetzt, die aus höheren Löhnen und z. T. günstigeren Arbeitsbedingungen der ATH resultiert. Ähnlich verhält es sich mit der Bauindustrie, die im wesentlichen von Renovierungs-, Änderungs- und Erweiterungsbauten der Großindustrie lebt. Insgesamt bleiben Handel, Handwerk und Dienstleistungen der Großindustrie nachgeschaltet.

Hamborn hat seine Selbständigkeit (nicht sein Eigenleben) verloren. Hamborn ist heute ein Stadtteil Duisburgs und „Duisburg ist Thyssen“. Dies erklärt auch, warum Massenentlassungen und die gleichzeitige Ausschüttung einer zweistelligen Dividende (Lokalpresse: „Die Krise konnte Thyssen bisher nichts anhaben“) ohne Argwohn oder Widerspruch hingenommen werden. Massive Kritik oder Demonstrationen gegen das Unternehmen hätten zugleich Betriebsrat, Stadtrat, Institutionen, Zeitungen und einen Großteil der Duisburger gegen sich.

Trotz unübersehbarer Massenentlassungen wird der Duisburger Stahlindustrie Großmut bescheinigt: „Schwache Schulabgänger hätten die Möglichkeit, sich in den Lehrwerkstätten einiger Großbetriebe zu bewähren, allerdings ohne Lehrvertrag.“¹⁶⁾ Die bloße Bereitstellung von Arbeit — ohne Anspruch auf Qualifizierung — wird von der Lokalpresse als unternehmerische Leistung gewürdigt. Dabei bleibt unerwähnt, daß Ungelernte viel schneller entlassen werden können als Facharbeiter, die nicht so leicht ersetzbar sind. Die vorhandenen Beschäftigungsprobleme werden durch Hinweise auf ATH-Werte (Betriebstreue, Betriebsfamilie) kaschiert: „Bei der Einstellung

wurden vorwiegend Söhne und Töchter unserer Mitarbeiter berücksichtigt. Das soll nicht heißen, daß in der großen ‚Thyssen-Familie‘ nur noch ganze Sippen untergebracht werden.“¹⁷⁾

4. Siedlungsgeographische Aspekte

Die übliche, von einem Siedlungskern ausgehende Stadtwerdung ist in Hamborn entgegengesetzt verlaufen. Hamborn entwickelte sich mit der Ansiedlung von Bergbau und Industrie an verschiedenen Stellen. So wuchsen die verschiedenen Siedlungsteile kreis- und fächerförmig, bis sie sich einander näherten und schließlich im Bereich von Alt-Hamborn-Mitte zusammentrafen. Auf diese Weise vollzog sich eine siedlungsgeographische und städtebaulich unorganisch anmutende Entwicklung.

Das Siedlungsbild Hamborns wird von dem stark hervortretenden industriellen Charakter bestimmt. Breite Industrieflächen ziehen sich durch die Wohngebiete, die den Eindruck von „Siedlungsinseln“ erwecken. Aufgrund seiner bergbaulichen und industriellen Sonderstellung wirkt Hamborn wie ein von Duisburg losgelöstes Siedlungsphänomen.

5. Wohnungs- und städtebauliche Aspekte

Die jahrzehntelange Siedlungspolitik der Großunternehmen, die Arbeitnehmer in unmittelbarer Nähe der Betriebe unterzubringen, prägte die äußere Erscheinung der industrieangrenzenden Wohnviertel. Charakteristisch hierfür ist der übermäßig hohe Anteil an firmeneigenen Häusern und Wohnungen. Nach H.-H. Wehrmanns Untersuchung von 1959/60 lag der Anteil von sogenannten werkseigenen Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand bei rund 39 %¹⁸⁾. Die relativ geringe Zahl von Neubauten läßt darauf schließen, daß auch gegenwärtig noch etwa jede dritte Hamborner Wohnung in Werksbesitz ist. Dabei entfallen etwa drei Viertel der Häuser und Wohnungen auf das Eigentum der Rheinischen Wohnstätten AG (Fr. Thyssen- und Hamborner Bergbau AG; August-Thyssen-Hütte); den Rest teilen sich im wesentlichen die Bergbau und Industrie AG Neumühl und die Grillo-Werke AG. (1925 betrug der Anteil der werkeigenen Wohnungseinheiten am seinerzeitigen Wohnungsbestand noch 56 %.)

Die Wohngebäude des Hamborner Ortsteils Bruckhausen stammen fast ausnahmslos aus

¹⁷⁾ Westdeutsche Allgemeine Zeitung v. 3. 9. 1974.

¹⁸⁾ Wehrmann, a. a. O., S. 153.

¹⁶⁾ Westdeutsche Allgemeine Zeitung v. 15. 7. 1974.

der Zeit von 1900 bis 1948. Neubauten gibt es nicht. 41,8 Prozent besitzen kein eigenes Bad und WC. Die Investitionsbereitschaft im Hinblick auf Neubauten oder Modernisierung der Altbauten wird durch die Ausweitung der August-Thyssen-Hütte und der immer stärker werdenden Industrialisierung des Gebiets verhindert.

Neben Dortmund gehört Duisburg zu den in der Bundesrepublik am meisten mit der Industrie verzahnten Stadtgebieten. In Duisburg-Hamborn leben Zehntausende von Menschen hautnah mit den Industrieanlagen zusammen. Eine Verbesserung der Wohnqualität durch Abriß überalterter und in der Bausubstanz schlecht gewordener Häuser kommt kaum in Frage, da nach dem sogenannten Abstandserlaß der nordrhein-westfälischen Landesregierung Neubauten von einer 1,1 Kilometer messenden industrieanlagenfreien Bannmeile umgeben sein müssen. Diese Auflage kann die Stadt Duisburg nicht erfüllen.

Am stärksten von der Verzahnung zwischen Hochöfen und Wohngebieten ist der Bereich in und um Hamborn betroffen. Die Hamborner bleiben so lange in ihren Altbauten wohnen, bis diese verrotten. Wenn diesem Prozeß der „Hambornisierung“ Einhalt geboten werden soll, müssen u. a. die Immissionen so radikal gesenkt werden, daß keine Gesundheitsgefährdung mehr zu befürchten ist. Dem unaufhaltsamen Aufstieg Hamborns vom Dorf zur Großstadt folgt nicht der ebenso plötzliche Fall, sondern vermutlich eine lange Periode sozialen Siechtums.

6. Sozialstrukturelle Aspekte

Bei den durch Bergbau- und Schwerindustrie angezogenen Arbeitskräften war die Sozialstruktur Hamborns von Anfang an sehr einseitig auf einen hohen Anteil von Arbeitern an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen ausgerichtet. Als Hamborn im Jahre 1910 die 100 000-Grenze erreichte, waren von den rund 37 500 Erwerbstätigen 33 000 (= 88 %) Arbeiter, Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge. Bergbau und Industrie bestimmen und prägen auch heute noch die Sozialstruktur, so daß der nachrückende bzw. sich im Laufe der Zeit bildende Mittelstand die bestehenden „Soziallücken“ kaum ausgleichen kann.

71,6 Prozent der Einwohner von Hamborn-Bruckhausen haben nur Volksschulabschluß. Entsprechend niedrig liegen die Quoten bei weiterführenden Abschlüssen. Das stark industrielle Element dieses Stadtteils kommt auch

darin zum Ausdruck, daß 72,9 Prozent nach ihrer beruflichen Stellung Arbeiter sind.

Schmidthorst-Neumühl, ein weiterer Ortsteil Hamborns, hat einen hohen Anteil an Jugendlichen, da die sozial auffälligen Familien aus dem gesamten Stadtgebiet hier untergebracht werden. Gerade hier ist ein hoher Anteil an arbeitslosen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß vorhanden. 64,1 Prozent sind Arbeiter, 66,9 Prozent der Einwohner besitzen nur den Hauptschulabschluß. Die Quote derjenigen, die Abitur oder Mittlere Reife haben, ist um die Hälfte niedriger als in der Stadt Duisburg.

Der Anteil der Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 21 Jahren im gesamten Duisburger Stadtgebiet beträgt 8,2 Prozent (Bundesdurchschnitt: 7,7 %). Daran gemessen liegt der Jugendlichenanteil in Hamborn noch erheblich höher. Dies gilt insbesondere für die Ortsteile Obermarxloh (8,8 %), Bruckhausen (9,1 %) und Schmidthorst-Neumühl (9,7 %). Dieser überdurchschnittlich hohe Jugendlichenanteil in Verbindung mit dem hohen Bevölkerungsanteil an Arbeitern und Bewohnern mit Volksschulbildung erklärt die hohe Arbeitslosenquote bei Jugendlichen im Arbeitsamtsbezirk Duisburg: Mehr als jeder vierte Arbeitslose (26,3 %) war im September 1974 in Duisburg unter 20 Jahre alt. Im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen (14,8 %) oder gar zum Bundesgebiet (12,5 %) hält Duisburg die Spitze.

Die vorliegende Statistik der Arbeitsamtsbezirke enthält keine aufgeschlüsselten Zahlen für einzelne Stadtteile. Für Hamborn muß daher aufgrund der ermittelten sozialstrukturellen Daten davon ausgegangen werden, daß die Jugendarbeitslosenquote noch erheblich über dem Duisburger Durchschnittswert liegt. Damit kann Hamborn als *das in der Bundesrepublik am stärksten von der Jugendarbeitslosigkeit betroffene Großstadtgebiet* angesehen werden. Unter Einschluß der „Dunkelziffer“ (insbesondere bei arbeitslosen Mädchen) ist *etwa jeder dritte bis vierte arbeitslose Hamborner ein Jugendlicher unter 20 Jahren*. In diesem Brennpunkt der Jugendarbeitslosigkeit ein sozialpädagogisches Handlungs-Forschungs-Projekt durchzuführen, war für den Projektträger — die Arbeiterwohlfahrt Duisburg — Pflichtaufgabe und Chance zugleich. Hier konnten direkte, situationsbezogene Hilfen angeboten und unmittelbare Vor-Ort-Einsichten über die Lebenssituation arbeitsloser Jugendlicher gesammelt werden.

1. Problemorientierte Gespräche

Im Verlauf von sechs Monaten (Herbst 1975/ Fröhjahr 1976) haben die fünf Streetworker zu etwa 130 arbeitslosen Jugendlichen in Hamborn Kontakt aufgenommen. Angesichts der vorhandenen relativ geringen realen Hilfsmöglichkeiten haben die Streetworker in den letzten sechs bis acht Projektwochen davon abgesehen, neue Gesprächskontakte aufzunehmen. Vielmehr kam es ihnen jetzt darauf an, die gewonnenen Kontakte zu intensivieren und die Jugendlichen auf die Zeit nach

der Beendigung des Projekts vorzubereiten. Dazu wurden zunächst von den Streetworkern, anschließend auch von den Jugendlichen selbst Zusammenkünfte organisiert.

Mit vierzig Jugendlichen wurden intensive, problemorientierte Einzelgespräche geführt. Die Streetworker bedienten sich dazu eines eigens hierfür entwickelten Fragen-Rasters, der auf fünf nicht isoliert zu sehende Erfahrungsbereiche (Person-Familie-Arbeit/Beruf-Freizeit-Öffentlichkeit/Institutionen) Bezug nahm¹⁹⁾. Der Fragen-Raster wurde von den

¹⁹⁾ Auf diese Weise sind eine Reihe von Einzelfallschilderungen entstanden, die als Grundlage für die nachfolgende Darstellung der Projektergebnisse und der sich abzeichnenden Tendenzen dienen. Der Abdruck dieser Gesprächsprotokolle würde den Rahmen dieser zusammenfassenden Darstellung sprengen. Um eine Vorstellung von Form und Inhalt der Gespräche zu erhalten, wird im folgenden exemplarisch das Gespräch mit B. wiedergegeben.

B., weiblich, 17 Jahre, neun Monate arbeitslos

Zu 1: Person

B. beurteilt ihre derzeitige Situation rein emotional als „mies“. Die derzeitige Situation sieht B. indirekt als selbstverschuldet an (Krankheit). Bei intensiver Befragung schränkt B. ein: „Wenn weniger Arbeitskräfte da wären, hätte er mich nicht entlassen.“ Im Vordergrund stehen vor allem finanzielle Probleme: „Ich muß mich ganz schön einschränken mit dem bißchen Arbeitslosengeld.“ Im persönlichen Bereich sieht sich B. als „nicht mehr so ausgeglichen“ an. „Früher habe ich gearbeitet und bin kaputt nach Hause gekommen und habe mich aufs Duschen gefreut. Nachher war man ein völlig neuer Mensch. Man wußte, wofür man arbeitet (Geld). Heute habe ich oft Längeweile und weiß nicht, was ich tun soll.“

Zu 2: Familie

„Von meiner Arbeitslosigkeit sind natürlich alle betroffen“, meint B. „Andauernd liege ich meiner Mutter auf der Tasche, und dabei fühle ich mich nicht wohl und bin oft launisch.“ „Meine Mutter meint auch, daß ich entlassen wurde, weil ich krank bin“, fügt B. hinzu; ihre Mutter ist aber auch der Meinung, daß „meine Entlassung auch mit den zu vielen Arbeitskräften zusammenhängt“. „Wir sprechen nicht viel darüber, warum so viele arbeitslos sind. Da hat sicher die Regierung was falsch gemacht.“ B.'s Pläne sind durch ihre Arbeitslosigkeit kaum beeinflusst worden. Sie würde zwar lieber Geld zur Gründung ihres Hausstandes verdienen, um somit auch etwas unabhängiger von ihrem Verlobten zu sein: „Daß W. alles bezahlen muß, finde ich ja auch nicht nicht gut.“ „Ich mache jetzt immer den Haushalt, aber das finde ich nicht so schlimm.“

Zu 3: Arbeit/Beruf

Wenn B. Ende April aus dem Krankenhaus entlassen wird, tritt sie zusammen mit ihrer Mutter und ihrem Verlobten ihre erste Urlaubsreise an.

„Bis zum Urlaub möchte ich keine feste Arbeitsstelle, vielleicht halbtags putzen. Nach dem Urlaub gehe ich in die Fabrik, denn dann gelte ich als erwachsen, weil ich nicht mehr in die Berufsschule brauche.“ B. möchte endlich Geld verdienen: „Geld ist wichtiger als die Art der Arbeit. Mein Berufswunsch ist Friseur. Aber ich bekomme ja Ekzeme an den Händen von der Farbe; sonst hätte ich den Beruf erlernt.“ (B. absolvierte während ihrer Schulzeit ein Praktikum bei einem Friseur, der ihr eine Lehrstelle anbot. B. konnte die chemischen Substanzen jedoch nicht vertragen.) Weitere Berufsaussichten schiebt B. angesichts ihrer Heiratspläne auf. „Ich möchte erst mal heiraten, dafür spar ich ja auch; außerdem bekomme ich bei meiner Berufsschulpflicht sowieso keine Arbeit.“ Kontakte zu anderen Arbeitskollegen bestehen seit ihrer Entlassung nicht mehr.

Zu 4: Freizeit

B. beschäftigt sich hauptsächlich mit der anfallenden Hausarbeit. „Jeden Tag wird geputzt. Das Essen kocht mal meine Mutter, mal ich. Sonst lese ich (Hefte, Romane), handarbeite, sticke, stricke, häkele, nähe“ (im Hinblick auf ihren Hausrat). „Oft gehe ich mit meinem Verlobten zur Schwiegermutter. — Wir haben noch eine alte Clique von früher, der Schule und so. Wir kennen uns jetzt schon seit vier Jahren, so lange ich hier wohne. Aber mein Verlobter sieht das nicht gerne, wenn ich mit den anderen zusammen bin. Dann stehen wir vor den Türen oder gehen auf den Spielplatz. Ich bin dann so albern, sagt W. Wir wollen uns jetzt mal alle wieder treffen und dann alles machen, was wir schon früher gemacht haben (Schwimmen, Spazierengehen). Dadurch, daß ich arbeitslos bin, hat sich in der Clique nichts geändert. Alle sind genauso wie früher.“ Eine Verringerung der Kontakte hängt nach B.'s Meinung nicht mit ihrer Arbeitslosigkeit zusammen: „Das hängt davon ab, ob wir rausgehen. Seit ich meinen Verlobten kenne, habe ich viele Menschen kennengelernt. Ich bin natürlich jetzt immer zu Hause, aber Leute kann ich wohl immer kennenlernen. Freizeitgewohnheiten brauche ich nicht aufzugeben, weil mein Verlobter alles bezahlt. Aber sonst muß ich immer rechnen mit dem Geld und drehe es dreimal um, bevor ich es ausbebe. Ich muß schon zurückstecken.“

Zu 5: Öffentlichkeit/Institutionen

„Ja, ich hab oft so ein Gefühl, daß ich schlechter bin als die, die arbeiten. So auf der faulen Haut

Jugendlichen keineswegs als störend empfunden, weil er nur in den Fällen, in denen längere Kontakte vorhanden und auch ein Vertrauensverhältnis zwischen Jugendlichen und Streetworker gegeben war, als „Tischvorlage“ für den Streetworker Verwendung fand. Ansonsten diente er als allgemeiner Orientierungsrahmen.

Wie die Streetworker berichteten, stellte der Fragen-Raster eine gute methodische Hilfe für sie dar. Die Gespräche verliefen zielstrebig, strukturierter, systematischer. Dabei bedeutete die starre Form keine Barriere oder eine Abgrenzung für andere Themenbereiche. Oft betonten die Jugendlichen selbst: „Das halt' ich auch noch für wichtig“ oder sie schweiften ab und berichteten von aktuellen Ereignissen und Problemen (z. B. „Krach mit der Oma“). Das Abschweifen war auch in der Frage- und Gesprächstechnik begründet. „Ja“- und „Nein“-Antworten sollten möglichst vermieden werden. Dazu war es erforderlich, den Jugendlichen durch einzelne Fragen herauszufordern oder gar zu provozieren: „Warum bist Du eigentlich arbeitslos?“

Problemorientierte Gespräche anhand des Fragen-Rasters dauerten durchschnittlich ein bis zwei Stunden, da ein allzu konzentriertes Vorgehen eine Überforderung der Jugendlichen bedeutet hätte. Darüber hinaus hatte der Streetworker auch darauf zu achten, mit dem Jugendlichen während des Gesprächs allein zu sein (ohne Eltern, Verwandte, Freunde). Wie wichtig dies war, zeigte sich in einem Gespräch, als ein berufstätiger Freund hinzukam und sich der jugendliche Gesprächsteilnehmer urplötzlich verschloß und jedes weitere Gespräch abblockte.

In einigen Intensivgesprächen konnten die Streetworker auch ihre eigenen Probleme einbringen. Dabei wurde beispielsweise das

liegen, die anderen arbeiten und ich tu nichts. Aber es hat mir noch niemand etwas gesagt.“ Zu den Presseberichten meint B.: „Die können große Worte kloppen. Die schreiben zwar viel über Arbeitslos-Sein, aber wie es wirklich ist, das wissen die ja auch nicht. Die sind ja nicht arbeitslos. Die Regierung sollte mal nicht so viel anderen Ländern helfen, sondern uns selbst. Das ist wichtiger. Von Politik habe ich nicht viel Ahnung.“ Hilfen und Leistungen von seiten der Institutionen sieht B. skeptisch: „Irgendwo ist immer ein Haken. Ich habe schlechte Erfahrungen mit dem Arbeitsamt gemacht. Die haben oft Vorurteile gegenüber Arbeitslosen. Kurse beim Arbeitsamt bringen auch nicht viel ein.“ Über die Angebote von Jugendhäusern urteilt sie: „Die machen viel im Bürgerhaus. Ich würde gerne hingehen, aber mein Verlobter hat keine Lust. Aber das Angebot war schon besser, jetzt ist so viel Durcheinander. Es sind auch nicht mehr so viele Leute da.“

Streetwork-Projekt sowohl aus der Perspektive der Jugendlichen als auch aus der der Streetworker bzw. des Trägers her behandelt. In angstfreier, offener Gesprächsatmosphäre haben die arbeitslosen Jugendlichen die Notwendigkeit und Begrenztheit der Arbeit der Streetworker kennengelernt. Je intensiver die Gespräche auf beiden Seiten geführt wurden, um so offener verliefen sie (und umgekehrt). Hier wurde das Beratungsgespräch zum wechselseitigen Kommunikationsprozeß.

2. Möglichkeiten und Grenzen konkreter Hilfen

Im folgenden sollen exemplarisch eine Reihe von Handlungsansätzen und Hilfsangeboten skizziert werden.

U., männlich, 19 Jahre, drei Monate arbeitslos

Nach mehreren Gesprächen erklärte sich U. grundsätzlich interessiert und bereit, den Hauptschulabschluß nachzumachen. Die Streetworker versprachen, sich um die notwendigen Formalitäten zu kümmern. Zunächst erfuhren sie, daß U. 300 DM Kursgebühren bezahlen müßte, wozu U. aber nicht in der Lage war. Die Streetworker bemühten sich deshalb, den Verein für Jugendhilfe dafür zu gewinnen, die anfallenden Kosten zu übernehmen. Als die Streetworker U. die Mitteilung machen mußten, daß der Kurs aus organisatorisch-technischen Gründen frühestens in einem halben Jahr beginnen könne, reagierte U. ungehalten: „Dann geh' ich arbeiten als Hilfsarbeiter.“ Drei Wochen später war er als Bauhilfsarbeiter tätig.

Die Streetworker-Hilfe scheiterte letztlich an der mangelnden Flexibilität von VHS und DGB-Berufsförderungswerk, die ihre Kurse zu festgesetzten Zeiten beginnen lassen (unabhängig davon, ob nicht eine größere Anzahl von Interessenten die Einrichtung eines Kurses zu einem früheren Zeitpunkt rechtfertigte).

B., weiblich, 17 Jahre, neun Monate arbeitslos

B. lebt in einem unvollständigen Elternhaus. Sie hat den Sonderschulabschluß mit der Durchschnittsnote 2 erreicht. Auch hier gelang es den Streetworkern, B. zum Nachholen des Hauptschulabschlusses zu bewegen. Der Verein für Jugendhilfe erklärte sich bereit, die Fahrtkosten zu übernehmen und einen Taschengeldbeitrag zu zahlen. Den gemeinsamen Planungen machte B.'s Verlobter, Schlosser bei ATH, einen Strich durch die Rech-

nung. Mit der Begründung „Du brauchst nicht mehr die Schulbank zu drücken, wir heiraten bald“ überredete er sie, von ihren Schulplänen Abstand zu nehmen. B. nahm daraufhin eine Putzstelle an, um möglichst schnell viel Geld zu verdienen. Wiederholt haben die Streetworker bei ihren Hausbesuchen feststellen müssen, daß geschlechtsspezifische Vorurteile das größte Hindernis für die Weiterqualifizierung der Mädchen sind (Beispiel: „Wat wollen'se denn schon wieder hier. Meine Tochter hat letzte Woche geheiratet; damit ist das Problem erledigt.“)

K., männlich, 17 Jahre, sechs Wochen arbeitslos

K. hat Hauptschulabschluß, aber keine Lehre. Er war immer nur kurzfristig beschäftigt (Eltern: „Zu aufmüpfig am Arbeitsplatz“). Nach Gesprächen mit den Streetworkern sah K. ein, daß die gelegentlichen Hilfsarbeiter-Jobs kein Dauerzustand seien. Als Lieblingsberuf nannte K. „Zimmermann“. Um dieses Ziel zu erreichen, erklärt sich K. auch zu einer Ausbildung oder Umschulung bereit. Vom Arbeitsamt erfahren die Streetworker, das Arbeitsförderungsgesetz werde gerade geändert, die neuen Bestimmungen seien nicht vor Mitte Februar zu erwarten. Im übrigen sei der Zimmermann-Beruf nicht förderungswürdig, außerdem sei auch noch eine Eignungsprüfung erforderlich. Als K. dies hört, zieht er seine Bereitschaft zurück: „Wenn ich 'n Job krieg, bleib ich da.“ K. brach den Kontakt mit den Streetworkern ab. Als ein Streetworker K. wenige Wochen später auf der Straße trifft, macht K. dem Streetworker heftige Vorwürfe, weil er inzwischen mit seinen Eltern Ärger bekommen hat, die ihm ständig wegen der von den Streetworkern angebotenen Berufsausbildung in den Ohren liegen. Dem Streetworker ruft er zum Schluß zu: „Laß mich bloß in Ruhe, sonst krieg'ste mal eines Tages eine vor die Schnauze.“ Hier haben die Streetworker Konflikte ausgelöst, ohne sie lösen zu können.

In anderen Fällen wurde die Arbeitslosigkeit ‚totgeschwiegen‘; Hilfsangebote der Streetworker wurden empört abgewiesen: „Kümmern Sie sich um Ihren Dreck; mein Sohn ist nicht arbeitslos.“ Es kam auch vor, daß vereinbarte Gesprächstermine mit Jugendlichen nicht zustande kamen, weil die Eltern interveniert hatten.

3. Die Immobilität der Institutionen als Hemmschuh

Ein Haupthindernis für die Aktivitäten der Streetworker bildete die mangelnde Koopera-

tionsbereitschaft der Institutionen. Nur in einem konkreten Fall wissen die Streetworker davon zu berichten, daß es ihnen gelang, drei arbeitslose Jugendliche erfolgreich an DGB-Schulungen teilnehmen zu lassen. Die Jugendvertreter des DGB setzten sich daraufhin verstärkt für die drei Jugendlichen ein und bemühten sich persönlich um die Vermittlung einer Arbeitsstelle. Ansonsten verschanzten sich die Institutionen hinter Bürokratismen. Das Arbeitsamt sah sich beispielsweise außerstande, ohne Genehmigung der „Hauptstelle“ ein Plakat zur Einladung arbeitsloser Jugendlichen für eine Fête auszuhängen. Die Lehrer einer Berufsschule sagten spontan Hilfe zu, ohne — nachweislich — in den Jungarbeiterklassen und Klassen arbeitsloser Jugendlicher darüber ein Wort zu verlieren. Befragungsaktionen der Streetworker in der Schule selbst wurden von der Direktion unter Hinweis auf die Genehmigungspflicht durch das Kultusministerium untersagt.

Generell ist festzustellen, daß arbeitslose Jugendliche bei den Institutionen als ‚schwierig‘ gelten. Als einzelne werden sie akzeptiert; jedoch als Gruppe hält man sie sich fern, weil sie angeblich einen nicht kalkulierbaren ‚Risikofaktor‘ darstellen.

Am meisten machten den Streetworkern die Immobilität der Institutionen zu schaffen, ihre Unfähigkeit, flexibel auf neue Probleme zu reagieren. Anstatt in der derzeitigen Notsituation verstärkt offene Jugendarbeit anzubieten, werden Heimverbote von ein bis drei Jahren ausgesprochen (nach drei Jahren ist der Betroffene kein Jugendlicher mehr!) oder es wird nur noch geschlossene Jugendarbeit durchgeführt (wie z. B. im städtischen Jugendheim Marxloh).

Dem neuen Problem der Jugendarbeitslosigkeit stehen die Einrichtungen etwas konzept- und hilflos gegenüber. Es wird als „zusätzliche“ Belastung empfunden, für das eigentlich eine Aufgabenerweiterung und zusätzliche Fachkräfte erforderlich wären. Um nicht auf akute Probleme reagieren zu müssen, werden Probleme der Zuständigkeiten und Kompetenzen vorgeschoben.

4. Individualisierung vor Solidarisierung

Ständig wechselnde Ziel-, Problem- und Randgruppen (Halbstarke, Rocker, Gammler, Hippies, Drogensüchtige usw.) kennzeichnen die Jugend- und Sozialarbeit der letzten Jahre. Die offene, offensive und mobile Jugendberatung durch Streetworker ersetzt nicht, son-

dem ergänzt notwendigerweise nur die herkömmlichen Formen der Beratung und Hilfe. Allerdings erweisen sich von den Streetworkern ausgehende Ansätze zur Solidarisierung der arbeitslosen Jugendlichen nur dann als sinnvoll, wenn über den Impuls und den beginnenden Solidarisierungsprozeß hinaus eine kontinuierliche Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe gewährleistet werden kann (z. B. ‚heißer Draht‘ zu den Institutionen, Fahrgelderstattung für Zusammenkünfte, organisatorisch-technische Hilfen). Als die Streetworker erkannten, daß mit der Gruppenbildung die Erwartungen der arbeitslosen Jugendlichen an jedes einzelne Gruppenmitglied und insbesondere an die Initiatoren (Streetworker) anstiegen, ohne daß begründete Aussicht bestand, diese Erwartungen in konkrete Handlungen umzusetzen, verstärkten sie die *Individualhilfe*. Mit Mitteln der Gesprächstherapie versuchten sie, die innere Festigung des einzelnen Jugendlichen zu erhalten oder zu erreichen, indem sie ihnen individuelle Möglichkeiten für schulische, berufliche und politische Weiterbildung aufzeigten.

VI. Projektergebnisse

1. Typologie der arbeitslosen Jugendlichen

Unter Berücksichtigung typusbildender Unterschiede wurden die arbeitslosen Jugendlichen im Hinblick auf ihre Einstellung und Haltung zum Leben zwei „Haltungsgruppen“ (Ungebrochene/Gebrochene)²⁰⁾ mit je zwei „Haltungstypen“ (Zuversichtliche/Pragmatische/Resignative/Apathische) zugeordnet. Diese Unterscheidung sollte nach Aufzeichnung und Zuordnung der direkten Aussagen der arbeitslosen Jugendlichen zu ihrer Lebenssituation das tatsächliche Ausmaß ihrer Betroffenheit widerspiegeln, die psycho-sozialen Folgen der Jugendarbeitslosigkeit deutlich machen und insbesondere über die unterschiedliche Verteilung der einzelnen Haltungstypen Aufschluß geben.

Dabei sollten die Auswirkungen sozialisationsspezifischer Einflüsse auf das Verhalten während der Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende Haltung zum Leben näher untersucht werden. Entsprechend der Idealtypik waren nur die „wesentlichen“ und deutlich hervortretenden Haltungskriterien für die Zuordnung zu einem Haltungstyp ausschlaggebend. „Unwesentliche“, nicht dominierende

Die Streetworker waren sich dabei des Vorwurfs der Problemverschiebung (Individualisierung anstelle von Kollektivierung des Problems, Kurieren von Symptomen) durchaus bewußt. Wenn aber schon die strukturellen Rahmenbedingungen nicht verändert werden können, sollten wenigstens Einstellungs- und Verhaltensänderungen bei den einzelnen Jugendlichen angestrebt werden. Ihr Nahziel war eine *Stabilisierung des einzelnen auf Zeit* (ohne sie allerdings auf Dauer sichern zu können).

Die einzelnen Jugendlichen haben (im Vergleich zu erwachsenen Arbeitslosen) relativ kurzfristige Erfahrungen von Arbeitslosigkeit. Ihr politisches Bewußtsein von der gesamtgesellschaftlichen Problematik ist kaum ausgeprägt. Für die Streetworker war daher die soziale Gruppenarbeit ein Mittel (nicht ein Ziel, wie ursprünglich in der Konzeption vorgesehen), um allgemeine Probleme deutlicher sichtbar zu machen, individuelle Schuldgefühle abzubauen und damit zur Stärkung des persönlichen Selbstwertgefühls beizutragen.

Merkmale blieben unbeachtet, weil die Typologie Haltungen lediglich modellhaft verdeutlichen, nicht aber exakt bestimmen sollte. Die einzelnen Haltungstypen lassen sich wie folgt charakterisieren:

Zuversichtliche

Haltungskriterien: Ungebrochener Mut trotz einzelner Rückschläge; Hoffnung auf die Zukunft; Erwartungshaltung („vielleicht klappt's“); hohe Frustrationstoleranz; Vertrauen auf die eigenen Fähigkeiten; unbeirrtes Vorgehen; Bedürfnis nach Selbstbestätigung; uneingeschränkte Arbeitsbereitschaft.

Pragmatische

Haltungskriterien: Sachlich-nüchterne Grundhaltung; Arbeitslosigkeit wird als strukturelles (nicht individuelles) Problem erkannt („irgendwie pack ich's schon“); Konsumentenhaltung; lassen die Zukunft auf sich zukommen; „meistern“ die derzeitige Situation durch Aufbau von (z. T. illusionären) Abwehrmechanismen wie z. B. überbetonter, ‚aufgesetzter‘ Lässigkeit („brauche nicht zu arbeiten, kriege trotzdem Geld“); „mir kann's doch gar nicht besser gehen“ zum Selbstschutz; stark familienorientiert; wenig eingeschränkte Arbeitsbereitschaft.

²⁰⁾ Vgl. Jahoda, a. a. O., S. 70 ff.

Resignative

Haltungskriterien: Getäuschte Hoffnung („Ich möchte mal wissen, warum ich mich so abgeschunden habe“); unerwartete Ernüchterung; Enttäuschung; keine Zukunftspläne („das ist ganz weit weg“); keine Erwartungen („da nimmt mich ja doch keiner“; „aber wirklich können wir ja nichts tun“); keine zielstrebige Arbeitssuche, kaum noch berufsmotiviert; eingeschränkte, selektive Arbeitsbereitschaft.

Apathische

Haltungskriterien: Teilnahmslosigkeit („für mich gibt es sowieso nichts“); Gleichgültigkeit; völlige Planlosigkeit; Mutlosigkeit; energieloses, tatenloses Zusehen (es hat ja sowieso keinen Sinn“); Selbstaufgabe („schaff ich doch nicht mehr“); soziale Isolierung; Alkoholismus; keine Arbeitssuche mehr; äußerst geringe Arbeitsbereitschaft.

Nach den Beobachtungen der Streetworker tendiert derzeit etwa jeder zweite arbeitslose Jugendliche zur Haltungsguppe „Pragmatische“ und jeder dritte zur Haltungsguppe „Resignative“. Der Anteil der „Aktiven“ und „Apathischen“ beträgt je etwa zehn Prozent. Die einzelnen Haltungstypen stellen weniger stabile Lebenseinstellungen dar als vielmehr mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sich verändernde Handlungsphasen sowie z. T. auch von einzelnen Tagesereignissen abhängige Stimmungslagen (Mischformen). Diese Varianz von Einstellung und Verhalten der arbeitslosen Jugendlichen macht die Typologie keineswegs überflüssig, weil sie bei allem Wechsel die grundsätzliche Verteilung der einzelnen Haltungstypen nicht wesentlich ändert. Der derzeitig vorherrschende Typus „Pragmatische“ bleibt auch bei individuell wechselnden Tagesstimmungen einzelner Jugendlicher grundsätzlich erhalten. Auch ist je nach Dauer der Arbeitslosigkeit eine durchaus kontinuierliche Entwicklung von mehr „positiven“ zu mehr „negativen“ Grundeinstellungen zu beobachten. Aktiv-zuversichtliche Grundhaltungen schlagen tendenziell mit längerer Dauer der Arbeitslosigkeit in pragmatische und schließlich in resignative und apathische Haltungen um, während der umgekehrte Prozeß weder beobachtbar noch wahrscheinlich ist.

2. Solidaritätsfunktionen der Familie

Für die Familie gilt die Arbeitslosigkeit in der Regel nicht als persönlich verschuldet. Die Familie macht infolgedessen hauptsächlich die gesellschaftlichen Verhältnisse, de-

nen sie selbst „ausgeliefert“ ist, dafür verantwortlich²¹). Nicht zuletzt die Berichterstattung in den Massenmedien (insbesondere Fernsehen) hat dazu beigetragen, daß Arbeitslosigkeit als strukturelles Problem erkannt wird. Weil die Familie aber die allgemeinen Verhältnisse selbst nicht ändern kann, reagiert sie darauf durch eine Verfestigung der in ihr entwickelten familienbezogenen Anschauungen und Tendenzen („Für meinen Sohn Sorge ich alleine; die Arbeit besorge ich ihm schon selbst. Ich brauche keine fremde Hilfe“). Einmischungen „von anderen“ werden nicht geduldet.

Die Familie wird vollends zur Not- und Solidargemeinschaft in den Fällen, wo sie als Ganzes von der Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht ist, wie z. B. im Falle des 48jährigen Maurers B., dessen beide Söhne arbeitslos sind: „Noch kann ich ja für sie sorgen, aber wat is, wenn se mich auch rausschmeißen.“

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen (insbesondere den Ursachen der Arbeitslosigkeit) wird aus der Familie weitgehend herausgehalten, um die Stabilität des familiären Zusammenhalts zu erhöhen und solidarische Verhaltensweisen in der Familie zu ermöglichen. Die allgemeine gesellschaftliche Unsicherheit (Bleibt die Massenarbeitslosigkeit? Wann kommt der wirtschaftliche Aufschwung?) wirkt in die Familie hinein und erschwert oder verhindert gar die Erfüllung der Erziehungsaufgaben der Familie. Unter dem Deckmantel („Er hat ja sonst nichts vom Leben“) werden Verhaltensprobleme arbeitsloser Jugendlicher heruntergespielt („Aber die beiden schlafen noch, was sollen se denn auch sonst machen... Nun ja, wenn man bis zum Sendeschluß Fernseh' sieht, muß man ja morgens lange schlafen“).

In Notzeiten wird von der Familie bewußt der Zusammenhalt aller Familienmitglieder angestrebt. Die Familie wird als letzter und entscheidender Lebensraum („Schutzwall“) empfunden, was den Verbleib der arbeitslosen Jugendlichen in der Familie begünstigt. Dies trifft verstärkt für weibliche Jugendliche zu. Bei den weiblichen Jugendlichen wird die länger währende Arbeitslosigkeit sehr viel weniger als Zerstörung des Lebensplans emp-

²¹) Vgl. F. Rudolph, Der jugendliche Arbeitslose und seine Familie, in: H. Schelsky, a. a. O., S. 43 (Die Querverweise auf die Repräsentativuntersuchung von 1952 erfolgen immer dann, wenn vergleichbare Entwicklungen und Gemeinsamkeiten in den Verhaltensformen und Reaktionsweisen feststellbar sind).

funden²²⁾. Sie helfen meist im Haushalt und erhalten dafür von den Eltern nicht selten das nunmehr ‚erarbeitete‘ Taschengeld („Freizeit, haben wir nicht. Bei fünf kleinen Kindern ist immer etwas zu tun“). Die stärkere Integration der weiblichen Jugendlichen in die Familie trägt mit dazu bei, daß Mädchen länger als Jungen arbeitslos bleiben („Meine Oma findet es ganz gut, daß ich zu Hause bin. Ist doch klar; ich schmeiß den ganzen Haushalt“). Auch männliche Jugendliche halten nicht mehr starr an ihrer geschlechtsspezifischen Rolle fest: „Wenn ich mal nicht weiß, was ich machen soll, dann helf‘ ich zu Hause. Zu tun ist eigentlich immer was“).

Je stärker die von der Arbeitslosigkeit betroffene Familie von ihrer Außenwelt sozial isoliert wird, um so stabiler wird ihre Solidaritätsfunktion nach innen. Mit der Zunahme des Außendrucks wächst auch die Solidaritätsleistung der Familie — bis hin zum kleinfamiliären Gruppenegoismus („Das lassen Sie mal meine Sorge sein; meiner Tochter besorge ich schon die Arbeit“). Diese Einstellung kann sich zu einer Vorwurfshaltung gegenüber der Gesamtgesellschaft verstärken.

3. Entwicklungsgefährdung und Reduzierung der Kontakte

Die Abschirmfunktion der Familie bewirkt weiterhin eine Reduzierung der sozialen Kontakte. Besucher, Bekannte und Freunde werden meist schon an der Haustür ‚abgefertigt‘ („Meine Alte regt sich immer unheimlich auf, wenn ich einen mitbringe“). In bestimmten Fällen kann sich der Einfluß der Familie negativ auf die Dauer der Arbeitslosigkeit auswirken, indem sie zum Durchhalten der Arbeitslosigkeit rät, um ein Abgleiten in tieferstehende oder als solche angesehene Berufsschichten zu verhindern. Die Aufstiegs- bzw. Wiederaufstiegswünsche können so eine spätere Lösung von der Elternfamilie²³⁾ bewirken. In manchen Fällen führt die Arbeitslosigkeit dazu, daß eine schon vorhandene Selbständigkeit wieder rückgängig gemacht wird („Zu Hause habe ich nichts mehr zu melden“). In anderen Fällen wird durch die Arbeitslosigkeit eine geplante Lösung von der Elternfamilie verzögert („Ach, meine Mutter ist ganz in Ordnung. Wenn ich die nicht hätte“).

²²⁾ Vgl. E. Päch-Beck, Das Verhältnis der weiblichen jugendlichen Arbeitslosen zu Arbeit und Beruf, in: H. Schelsky, a. a. O., S. 330.

²³⁾ Vgl. Rudolph, a. a. O., S. 46.

Die solidarische Haltung der Familie verdeckt innerfamiliäre Konflikte. Die ökonomisch-materielle Abhängigkeit reduziert mühsam gewonnene Selbständigkeiten und kritische Grundhaltungen. So erweist sich die Familie als getreues Spiegelbild einer arbeitsorientierten Leistungsgesellschaft, in der gesellschaftliche (in diesem Falle familiäre) Macht mit ökonomisch begründeter Macht einhergeht. Ob die länger andauernde „Fürsorge“ der Familie für den arbeitslosen Jugendlichen auch mit einer psychischen Retardierung verbunden ist, kann anhand des vorliegenden Materials nicht eindeutig belegt werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß bei länger andauernder Arbeitslosigkeit und der dem Jugendlichen immer spürbarer werdenden Abhängigkeit vom Elternhaus („Zu Hause habe ich nichts mehr zu melden“) eine *entwicklungsgefährdende Asynchronie* eintritt, d. h. eine Nichtübereinstimmung zwischen dem erreichten physiologisch-psychischen und geistigen Entwicklungsstand einerseits und den nachhinkenden individuellen Emanzipationsmöglichkeiten andererseits. In der *irreparablen Verzögerung (Retardation) des sozialen Reifeprozesses* muß die größte Gefahr einer Dauerarbeitslosigkeit von Jugendlichen gesehen werden. Soziale Entwicklungsdefizite in Verbindung mit Ziellosigkeit und dem Verlust von Berufs- und Zukunftsperspektiven machen die davon Betroffenen zwangsläufig zu Problemgruppen von heute und zu Randgruppen von morgen.

Schon sind eindeutige Tendenzen einer freiwilligen Isolierung (Einzelgängertum) feststellbar:

— Die Kontakte zu ehemaligen Arbeitskollegen werden fast völlig abgebrochen („interessieren mich nicht mehr“). Zusammenkünfte mit berufstätigen Jugendlichen werden als „Treffen mit anderen“ bezeichnet. Die Arbeitswelt der Berufstätigen ist für arbeitslose Jugendliche die „andere“ Welt.

— Die Kontakte zu Freunden und Freundinnen werden insgesamt reduziert oder materieller Vorteile wegen am Leben erhalten („Meine Freundin sieht gar nicht gut aus, aber wegen des Geldes ist mir das egal“).

— Die Jugendlichen begeben sich in eine selbstgewollte Isolierung, um nicht als Arbeitslose in der Öffentlichkeit diskriminiert zu werden. Mit der Begründung: „Früher war es hier schöner, da wurde noch was gemeinsam gemacht; jetzt ist hier nichts mehr los“, versuchen Jugendliche, ihre Flucht in die Familie sowie ihre eigene Passivität zu kaschieren.

4. Wandel der Einstellung zur Arbeit

Als Hauptursachen für die persönliche Arbeitslosensituation werden von den Jugendlichen die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes und die Pflicht zum Berufsschulbesuch angesehen. Nur etwa jeder zweite arbeitslose Jugendliche (z. B. 32 von etwa 70 Jugendlichen in einer Duisburger Berufsschule) besucht regelmäßig die Berufsschule („Ich bin da nicht gemeldet, noch nie da gewesen, und die haben mich auch noch nicht geholt. Wenn ich jetzt da auftauche, bekomme ich keine Arbeit mehr“). Die Aussichten, eine Lehrstelle zu bekommen, werden als sehr gering eingeschätzt.

Die *Arbeitssuche* der Jugendlichen wird bestimmt und eingegrenzt durch eine Reihe von subjektiven und objektiven Bestimmungsfaktoren²⁴⁾.

Subjektive Bestimmungsfaktoren:

- die Einflußnahme von Eltern, Freunden, Bekannten u. a. auf die Stellensuche,
- altersspezifische Unterschiede,
- die Ernsthaftigkeit der Stellensuche,
- die Kontinuität der Stellensuche,
- die persönlichen Berufsvorstellungen u. a.

Objektive Bestimmungsfaktoren:

- die Arbeitsbedingungen,
- die beruflichen Ziele in ihrem Verhältnis zu den Realisierungschancen,
- das Ansehen bestimmter Arbeiten/Berufe,
- der Bekanntheitsgrad der Stellenangebote u. a.

In besonderem Maße ist die Arbeitssuche abhängig von dem Grad des Arbeitswillens und den Berufsvorstellungen. Unter *Arbeitswille* wird dabei das durch Anlage und soziales Schicksal entwickelte Verhältnis zur Arbeit und unter *Berufsvorstellungen* die Gesamtheit der Wünsche, Ziele, Wertvorstellungen und Ansprüche, die das berufliche Streben beeinflussen, verstanden²⁵⁾. Nach den Beobachtungen der Streetworker haben die arbeitslosen Jugendlichen ihre Berufsvorstellungen beinahe vollkommen ‚materialisiert‘, d. h.,

²⁴⁾ Vgl. U. Lohmar, Wirksamkeit und Ansehen der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung im Urteil Jugendlicher, in: H. Schelsky, a. a. O., S. 402.

²⁵⁾ Vgl. G. Wurzbacher, Das Verhältnis der männlichen jugendlichen Arbeitslosen zu Arbeit und Beruf, in: H. Schelsky, a. a. O., S. 245 ff.

nicht mehr das Berufsbild ist für sie entscheidend, sondern „einen Job haben“ und „Geld verdienen“. Berufswünsche auf lange Sicht oder gar für die Zukunft fallen diesem konkreten Nahziel zum Opfer.

Was jahrzehntelang als erstrebenswert galt (einen ‚Beruf fürs Leben‘ zu erlernen), ist für die arbeitslosen Jugendlichen bedeutungslos geworden. Arbeit hat für sie einen anderen Stellenwert bekommen, indem sie aus dem existentiellen Gesamtbezug herausgelöst und in zeitlich befristete, unmittelbar situationsbezogene Teil-Jobs aufgeteilt wird. Der von den Streetworkern in einer Gaststätte registrierte Warnruf: „Vorsicht Jungens, die wollen Euch Maloche geben“, ist als eine solche Absage an herkömmliche Formen von „Arbeit“ bzw. „Maloche“ (Lernen in der Schule, berufliche Ausbildung, betriebliche Fortbildung, Weiterbildung, Umschulung u. a.) zu verstehen. Der Ausspruch eines 19-jährigen Jugendlichen: „Ich möchte mal wissen, warum ich mich so abgeschunden habe...“, deutet auf die geänderte Einstellung zu „Arbeit“ (=malochen) und „Job“ (=Geld verdienen) hin.

Der erkennbare Einstellungswandel ist Ergebnis eigener materieller Erfahrungen und nicht Produkt eines Reflexionsprozesses, der die arbeitslosen Jugendlichen angeblich davon abhält, „sich überhaupt noch mal den fremdbestimmten Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung im Lohnarbeitsverhältnis auszusetzen“²⁶⁾. Den Jungarbeitern ein derartiges Problembewußtsein und Abstraktionsniveau zu unterstellen heißt, ihre derzeitigen konkreten Lebensbedürfnisse nicht kennen.

5. „Kriminalisierung der Jugend“ — eine schichtenspezifische Spekulation?

In der Bundesrepublik herrscht in der öffentlichen Meinung die Auffassung vor, daß Jugendliche, die längere Zeit arbeitslos sind, in besonderer Weise der Verwahrlosung und Kriminalisierung ausgesetzt sind. Diese Auffassung spiegelt die Selbstgerechtigkeit einer vergangenen Epoche bürgerlicher Sicherheit wider, „die als Grundlage der Arbeitslosigkeit sich meist nur die Arbeitsscheu, auf jeden Fall aber nur ein persönliches Verschulden der davon Betroffenen vorzustellen vermochte. Die Wurzel der heutigen Ansicht liegt also in Wirklichkeit in der *früheren* Erfahrung, daß nicht Arbeitslosigkeit die Ver-

²⁶⁾ M. Kappeler, Die Jugendarbeitslosigkeit als praktisches Problem in der Jugendarbeit, in: *deutsche jugend*, 24/3, 1976, S. 112.

wahrlosung, sondern gerade umgekehrt die Verwahrlosung die Arbeitslosigkeit nach sich zog" 27).

Gegenwärtig kann nicht von einem „zwingenden“ Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität gesprochen werden, da die Massenarbeitslosigkeit breiter Berufsschichten zwangsläufig zu persönlich „unverschuldeten“ Arbeitslosigkeiten geführt hat. Nach Untersuchungen des Amerikaners Lowell J. Carr 28) hat beispielsweise die große Wirtschaftskrise in den USA im Jahre 1929 und die mit ihr verbundene Massenarbeitslosigkeit eine „ganz erhebliche Senkung der Kriminalität“ bewirkt, was darauf zurückgeführt werden kann, daß die Familienmitglieder durch die Notsituation enger zusammengeführt und so die gegenseitige Kontrolle verstärkt wurde. Dieselben Beobachtungen wurden auch in der Schweiz gemacht.

In den fünfziger Jahren wertete Beermann 176 Akten der Jugendgerichtshilfe in Hamburg aus, die Angaben über 14- bis 17jährige Straffällige für den Zeitraum von November 1946 bis April 1951 enthielten. An drei kriminellen Merkmalen verglich er das Verhalten arbeitsloser und nicht arbeitsloser Straffälliger: 1. kriminelle Zellenbildung (Bandenbildung), 2. kriminelle Energie (Einbruch) und 3. kriminelle Verwahrlosung (Rückfall).

Beermann ermittelte, daß bei hundert Delikten, die von arbeitslosen Jugendlichen begangen wurden, elf mehr gemeinsam, zehn mehr im Rückfall, jedoch nur 1,5 mehr Einbrüche ausgeübt wurden. Dies deutet daraufhin, daß sich die Kriminalität arbeitsloser Jugendlicher kaum in einer Steigerung der kriminellen Energie (Einbruch), sondern allenfalls in Richtung der kriminellen Kontaktaufnahme (verstärkte Bandenbildung) und der höheren Rückfallquote äußerte. Dabei waren die Ursachen für die Straffälligkeit der arbeitslosen Jugendlichen eher in der seelischen als in der materiellen Not zu suchen.

In der Bundesrepublik gibt es bisher keine gesicherten Aussagen über die mögliche Wechselwirkung von Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität. Die die Öffentlichkeit beunruhigenden, durch Pressemeldungen vielfach verbreiteten Meldungen über eine erschreckende Zunahme der Jugendkriminalität und die Entstehung neuer Rocker- und Rauschgiftwellen verdanken ihren Ursprung eher düsteren Spe-

27) F. Beermann, Arbeitsschicksal und Kriminalität der Jugendlichen, in: H. Schelsky, a. a. O., S. 237.

28) Delinquency Control (vgl. Beermann, a. a. O., S. 255).

kulationen denn empirischen Beobachtungen. Deutlich kommt dies etwa in einer Pressemeldung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter zum Ausdruck: „Als Folge der Jugendarbeitslosigkeit haben sich überall in der Bundesrepublik neue Rockergruppen gebildet, und bestehende Gruppen erhalten weiteren Zulauf. Diese Beobachtungen teilte der Vorstand des Bundes Deutscher Kriminalbeamter ... mit. Die *Berufsorganisation für Kripo-Beamte erwartet* bei zunehmender Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen einen explosionsartigen Anstieg der Straftaten, insbesondere gewalttätiger Jugendlicher'. Für Aufklärung und Vorbeugung stünden *nicht annähernd genügend Beamte zur Verfügung*, heißt es in der Erklärung." 29)

Nicht ganz so vordergründig und etwas wissenschaftlich verbrämter geben die Richter und Staatsanwälte ihre Meinung kund. Unter der Überschrift „Die Jugendarbeitslosigkeit fördert das Bandenwesen. Mehrere hundert kleine Gruppen tyrannisieren Passanten mit ‚unberechenbarer Brutalität‘“ lassen sie am 5. April 1976 durch die Deutsche Presse-Agentur folgende Meldung verbreiten: „Eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen *könnte die Strafrechtspflege in der Bundesrepublik vor ‚etliche‘ Probleme stellen*. Zu diesem Ergebnis sind Richter und Staatsanwälte aus allen Bundesländern Ende letzter Woche auf einer Tagung in der Deutschen Richterakademie in Trier gekommen. Nach Statistiken der Vertreter der bundesdeutschen Gerichtsbarkeit haben gegenwärtig mehr als 50 Prozent der Mitglieder jugendlicher Banden keinen Arbeitsplatz. Allerdings hätten auch zahlreiche Jugendliche ein zuvor festes Arbeitsverhältnis einer Bandenmitgliedschaft geopfert, berichtete die Richterakademie ... Zahlreiche Bundesbürger würden ‚zu jeder Tageszeit‘ und an jedem Platz aus unergründlichen Anlässen unbarmherzig zusammengeschlagen, stellten die Juristen fest.“

Daß in Zeiten allgemeiner Massenarbeitslosigkeit etwa jedes zweite Mitglied einer jugendlichen Bande keinen Arbeitsplatz hat, überrascht nicht angesichts der Tatsache, daß das Gros der Mitglieder krimineller Banden ökonomisch, sozial und bildungsmäßig ohnehin an der ‚untersten Skala‘ rangiert. Daraus folgt allenfalls: Kriminelle sind in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit bedroht. Daraus kann aber nicht gefolgert werden: Arbeitslose sind in besonderem Maße von Kriminalität bedroht.

29) Der Tagesspiegel vom 22. 1. 1975.

Es ist bezeichnend, daß gerade Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, die unmittelbar ‚vor Ort‘ in den einzelnen Praxisfeldern tätig sind, Kriminalisierungstendenzen nicht feststellen, ja gegenläufige Entwicklungen beobachten können. So ist beispielsweise die Jugendkriminalität in München seit 1973 kontinuierlich zurückgegangen³⁰⁾. Hier ist ein besonders starker Rückgang von 1974 auf 1975 feststellbar — zur gleichen Zeit also, in der ein rapider Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit registriert wurde. Gruppenspezifische Delikte (wie z. B. Rocker-Kriminalität) sind in München 1975 im Vergleich mit dem ersten Halbjahr 1974 von 197 auf 113 Straftaten zurückgegangen, was einem Rückgang von über 40 Prozent entspricht³¹⁾.

Bezogen auf die unmittelbare Situation in Duisburg-Hamborn ist festzustellen, daß die Zahl der Jugendgerichtsfälle seit 1971 kontinuierlich sinkt, während im gleichen Zeitraum die Quote der Jugendarbeitslosigkeit rapide ansteigt. Die amtliche Statistik zeigt einen Tiefstand der Jugendgerichtsfälle zur Zeit der Rezession 1967/68 und einen Höchststand zur Zeit der Hochkonjunktur 1971/72. Die neue Wirtschaftskrise 1974/75 brachte wiederum einen deutlichen Rückgang der Jugendgerichtsfälle und zugleich den tiefsten Stand seit etwa fünf Jahren.

Für diese Entwicklung (Hochkonjunktur/Vollbeschäftigung/Anstieg der Jugendkriminalität — Wirtschaftskrise/Jugendarbeitslosigkeit/Rückgang der Jugendkriminalität) sind in Hamborn im wesentlichen zwei Gründe anzuführen:

a) Die von den Streetworkern beobachteten Solidaritätsfunktionen der Familie bewirken eine Abschirmung nach außen („Meine Alte regt sich immer unheimlich auf, wenn ich einen mitbringe“) und eine verstärkte familiäre Kontrolle („Zu Hause habe ich nichts mehr zu melden“). Dadurch werden Kriminalisierung und Bandenbildung wenn nicht verhindert, so doch erheblich erschwert. Dies gilt zumindest für die überwiegende Mehrheit der intakten, d. h. vollständigen Familien.

b) Der Duisburger Stadtteil Hamborn stellt ein gewachsenes Arbeiterviertel inmitten von drei Großindustriebetrieben dar, von denen allein die August-Thyssen-Hütte AG über 15 000 Arbeiter beschäftigt. Die relativ homogene Zusammensetzung der Bevölkerung wie auch die seit Kriegsende weitgehend unverändert gebliebenen Wohnstrukturen (fast aus-

schließlich Altbauten) des Stadtteils bilden keinen günstigen Nährboden für Kriminalität. Als potentielle Brutstätten für Jugendkriminalität gelten vielmehr die Betonmilieus trostloser Vor- und Satellitenstädte und ihre Dürftigkeit an Freizeitangeboten für Jugendliche.

6. Nachbarlich-ökologische Solidarität und soziale Kontrolle

Neben die Solidaritätsfunktionen der Familie und die familiäre Kontrolle treten in Hamborn der Zusammenhalt des Arbeiterviertels und seine gewachsenen sozialen Kontrollen, die um so stärker wirken, je mehr sich die Menschen angesichts äußerer Not zusammenschließen. In Zeiten der Wirtschaftskrise und allgemeinen Arbeitsunsicherheit wächst die Bedeutung von Familie, Nachbarschaft und Stadtteil. Dieses wohnquartier- und stadtteilbezogene Zusammengehörigkeitsgefühl wirkt wie eine *ökologische Solidarität*.

Die gemachten Beobachtungen stellen die vorherrschenden Generalisierungen über einen gefährlichen Anstieg der Jugendkriminalität grundsätzlich in Frage. In einer von der Deutschen Presseagentur am 4. Februar 1976 verbreiteten Pressemeldung hieß es: „Jugendliche Arbeitslose neigen eher zu Kriminalität, Drogen- und Alkoholmißbrauch, politischem Radikalismus und sind stärker selbstmordgefährdet als ihre beschäftigten Altersgenossen. Ihre Sorge über diese Entwicklung äußerten am Dienstag übereinstimmend das NRW-Arbeits- und Sozialministerium sowie der Landschaftsverband Rheinland. Nach Auffassung des Landschaftsverbandes ist die Arbeitslosigkeit für zahlreiche Jugendliche nicht Ursache, sondern ‚der letzte Tropfen, der das Faß persönlicher Defizite zum Überlaufen bringt‘ ... Bereits wenige Monate ohne Beschäftigung genügten, um labile Jugendliche ‚den vielfältigen Ablenkungsmöglichkeiten der Konsumgesellschaft‘ erliegen zu lassen.“

Die Streetworker haben in sechs Monaten rund 130 arbeitslose Jugendliche gesprochen, beraten, mit ihnen diskutiert und ihnen Hilfe angeboten. In diesem Zeitraum haben sie weder eine größere objektive Kriminalitätsgefährdung noch eine größere subjektive Kriminalitätsneigung bei den Jugendlichen feststellen können. In der Abschlußbesprechung daraufhin befragt, antwortete ein Streetworker: „Familie und nähere Umgebung wirken sozial kontrollierender als zehn Polizisten.“ Diese *Disziplinierungsfunktion des Arbeiterviertels* wird von den Jugendlichen durchaus wahrgenommen und zum Teil sogar als lästige Kontrolle empfunden: „Hier kannst‘e nicht mal

³⁰⁾ Münchener Stadtanzeiger vom 23. 5. 1975.

³¹⁾ Süddeutsche Zeitung vom 30. 7. 1975.

nach Hause kommen, ohne daß Du beobachtet wirst — ob Du um zehn oder um zwei nach Hause kommst.“ Die Jugendlichen betrachten die wirksame Sozialkontrolle des Wohnviertels als eine gewisse Beeinträchtigung ihrer Privatsphäre. Objektiv gesehen stellt die von Nachbarschaft und Gemeinwesen ausgeübte Kontrolle einen für den einzelnen Bewohner sehr viel sichereren Schutz vor Gefährdung dar als jede noch so perfektionierte Form institutionalisierter Rechtsaufsicht. Die gewachsene nachbarliche bzw. ökologische Solidarität schließt das Recht zur Aufsicht ebenso ein wie die Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung. Der hohe Integrationsgrad des Stadtviertels verhindert in Notzeiten eine Des-Integration des einzelnen. Dies wird begünstigt durch die räumliche Konzentration einer relativ homogenen Bevölkerungsgruppe (Arbeiter). Insofern ist Duisburg-Hamborn nicht typisch für die Vielzahl moderner Satellitenstädte in der Bundesrepublik, in denen Problem- und Randgruppen in den von den Stadtplanern übriggelassenen Nischen bzw. im Untergrund agieren müssen. Die von der modernen Stadtplanung angestrebte Vermischung heterogener Bevölkerungsgruppen macht die Wohnbereiche unüberschaubar und eignet sich von daher eher als Brutstätte für Kriminalität.

7. Keine Flucht in Alkoholismus, Drogenkonsum und Kriminalität

Der in der öffentlichen Meinung bei den arbeitslosen Jugendlichen vermutete Mißbrauch von Drogen und Alkohol konnte von den Streetworkern nach sechsmonatiger intensiver Beobachtungszeit nicht bestätigt werden. Die arbeitslosen Jugendlichen zeigen ein typisches, durchaus alltägliches Arbeiterjugend-Verhalten, zu dem eben „zwei/drei Gläschen Bier“ gehören. Das geringere Taschengeld-Budget verhindert jede Art von Flucht in den Alkohol. Die Jugendlichen haben Mühe, ihren täglichen Rauch-Bedarf und ihr Glas Bier in der Gastwirtschaft zu bestreiten. Als ausgesprochen luxuriös gilt es, wenn ein Junge in der Lage ist, seiner „Perle“ eine Cola auszugeben.

Alle Vermutungen, Interpretationen und Hypothesen greifen fehl, die sich als Kompensation für den Verlust an Arbeit und Geld nur das Ausweichen in Subkulturen (Cliquesbildung, Rocker, Drogen, Alkoholismus, Zunahme von Versorgungsdelikten u. a.) vorstellen können. Die Arbeitsgruppe Kommunal- und Verwaltungsforschung der Universität Essen/Gesamthochschule prognostizierte bei-

spielsweise den Aufbau einer Ersatz- und Gegenwelt, die die arbeitslosen Jugendlichen als „Operationsbasis zur Beschaffung des benötigten Konsums ‚nutzen‘ (Zunahme von Versorgungsdelikten) und aus der heraus sie sich Anerkennung und Beachtung ‚erkämpfen‘ (Gefahr der Brutalisierung)“³²⁾.

Das Abgleiten in eine kriminelle Subkultur und die Gefahr der Brutalisierung sind deshalb nicht gegeben, weil die meisten arbeitslosen Jugendlichen nicht den Weg in Clique und Subkultur, sondern in Vereinzelung und Isolierung suchen. Sie fühlen sich als Stigmatisierte, als von der Arbeit Ausgeschlossene (outcasts), denen die Möglichkeit verwehrt ist, durch produktive Tätigkeiten ihre eigene Existenz zu sichern. Ein abweichendes Verhalten durch Ausüben einer Straftat (z. B. Diebstahl) würde sie noch mehr in die Außenseiterrolle drängen und ihr ramponiertes Selbstwertgefühl gerade nicht stärken. Aus diesem Grunde vermeiden arbeitslose Jugendliche jede Art von „Auffälligkeit“; sie mischen sich in vorhandene Cliques und Gruppen und verbergen ihren Arbeitslosen-Status. Sie bauen keine Gegenwelt auf, sondern versuchen im Gegenteil durch *Überanpassung* ihre Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit mit den Berufstätigen zu dokumentieren. Dieser selbstgewählte Anpassungszwang stellt das größte Hindernis für mögliche Solidarisierungen unter arbeitslosen Jugendlichen dar. Nicht durch demonstrativen Freizeitkonsum, sondern durch lukrative Zeitjobs, Nebenbeschäftigungen und Schwarzarbeiten wollen sie sich auf eine Ebene mit den Berufstätigen stellen und sich von den vom gleichen Arbeitslosenschicksal Betroffenen distanzieren. Den größten Prestigegewinn kann der arbeitslose Jugendliche für sich buchen, der über den geldträchtigsten Nebenjob zu berichten weiß. Die Art der Beschäftigung spielt dabei keine Rolle.

An die Stelle der Beschäftigungs-, Arbeits- und Berufsorientierung tritt die ausschließliche *Job- und Erwerbsorientierung* („Job-Hopper“). Diese totale Fixierung auf das Geld kann so weit führen, daß die Möglichkeit, am nächsten Tag einen befristeten Job als Buch-Club-Werber anzunehmen, der Aussicht auf den Erhalt einer festen Arbeitsstelle zwei oder vier Wochen später vorgezogen wird.

Die finanzielle Abhängigkeit der arbeitslosen Jugendlichen vom Elternhaus sowie die mit

³²⁾ Arbeitsgruppe Kommunal- und Verwaltungsforschung der Universität Essen/Gesamthochschule, Jugendarbeitslosigkeit als Problem kommunaler Politik und Verwaltung, Vervielf. Manuskript Essen 1975, S. 5.

der Dauer der Arbeitslosigkeit immer bewußter und spürbarer werdende Unfähigkeit, viel Freizeit „mit wenig Geld“ auszufüllen, bewirken eine *Materialisierung* der gesamten Lebenshaltung. Die Jugendlichen erfahren, daß das *Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben* mehr

zur Erhaltung des Selbstwertgefühls beiträgt als das zielstrebig-systematische Bemühen um einen Arbeitsplatz (ohne zwischenzeitliche Erfolgserlebnisse und allenfalls mit einer größeren Wahrscheinlichkeit auf eine Daueranstellung).

VII. Praktische Konsequenzen

1. Konsequenzen im konzeptionell-organisatorischen Bereich

In einem wesentlichen Punkt muß das Projekt-konzept modifiziert werden: Die räumlichen Grenzen können nicht eng genug gezogen werden. Wie die Streetworker beobachtet haben, reicht der tatsächliche *Kontakt- und Aktivitätsradius* der arbeitslosen Jugendlichen nicht weiter „als bis zum Jugendheim oder zur Stammkneipe“. Intensivere Kontakte und gemeinsames Arbeiten sind nur im unmittelbaren Nahbereich möglich. Eine noch so zentral gelegene Anlauf- und Beratungsstelle wird zum ‚Austrocknen‘ verurteilt, weil sie außerhalb des Alltagslebens der arbeitslosen Jugendlichen liegt. Daraus folgt die Notwendigkeit der Einrichtung *mobiler Beratungsstellen*, die periodisch wechselnd, d. h. regelmäßig und an bestimmten Tagen in den einzelnen Wohnbezirken ihre ‚Zelte aufschlagen‘.

Da gegenwärtig grundsätzlich jeder Jugendliche von Arbeitslosigkeit bedroht ist oder bedroht werden kann, stellen die arbeitslosen Jugendlichen auch keine homogene Gruppe dar. Das gleiche Merkmal „Arbeitslosigkeit“ hebt die vorhandenen ökonomischen, sozialen und bildungsmäßigen Unterschiede nicht auf. Es gibt nicht *die* arbeitslosen Jugendlichen, sondern allenfalls die *zur Zeit arbeitslosen* Jugendlichen, die größtenteils über kurz oder lang wieder beschäftigt sein werden. — Die arbeitslosen Jugendlichen stellen eine *Zielgruppe auf Zeit bzw. auf Abruf* dar.

Die Zielgruppe „Arbeitslose Jugendliche“ ist nur über ihren Bezugsort und ihre Bezugsgruppe psycho-sozial erreichbar und ansprechbar. Deshalb ist es auch gelungen, eine relativ homogene Gruppe für das Projekt Job-Freizeit in Essen zu gewinnen. Sie kamen überwiegend aus Jugendwohnheimen und nahmen als Clique bzw. Kleingruppe (nicht als einzelne) an dem Projekt teil. Bei vergleichbaren Projekten sollten daher

— Jungarbeiterklassen, Klassen arbeitsloser Jugendlicher in Berufsschulen, Volkshochschulen u. a.

- Vereins-, Sportgruppen, Jugendwohnheimgruppen
- Freizeit-, Interessen-, Jugendgruppen
- Cliques, „peer groups“

gezielt angesprochen werden. Wie das street-work-Projekt gezeigt hat, ist es auch möglich (wenn auch schwierig und zeitaufwendig), *neue Bezugsgruppen auf Zeit* zu schaffen. Den Streetworkern war es gelungen, einzelne und freiwillig-unfreiwillig Sich-Ver-einzelnde und -Isolierende zu einer solchen Bezugsgruppe auf Zeit zusammenzufassen, die auch zu gemeinsamen Unternehmungen bereit gewesen wäre. Street-corner-work ist als projektvorbereitende Maßnahme vor allem dann unerläßlich, wenn es gilt, auch *Unorganisierte* und sich weniger in formellen Gruppen Engagierende (z. B. arbeitslose Mädchen) anzusprechen.

Auf street-corner-work als erprobter und bewährter Methode informeller Jugend- und Sozialarbeit kann nicht verzichtet werden. Nur dadurch lassen sich einzelne arbeitslose Jugendliche ohne erkennbare Bezugsquellen (z. B. Schulklasse, Jugendwohnheimgruppe) oder Bezugspersonen (z. B. Lehrer, Heimleiter) erfolgreich ansprechen und gegebenenfalls motivieren und aktivieren. Um den personellen Aufwand relativ gering zu halten, empfiehlt es sich, *Teams mit je drei Streetworkern* zu bilden, denen allerdings in einem Stadtviertel mehrere *Anlaufstellen bzw. Stützpunkte* zugeordnet werden sollten. Wenigstens ein Streetworker des Teams muß im Stadtviertel aufgewachsen oder bekannt sein. Nach Aussagen der Streetworker schafft der persönliche Bekanntheitsgrad fast fünfzig Prozent der Erfolgsvoraussetzungen, so daß sich die vorhandenen Kontakte nach dem Schneeballsystem „vermehrten“.

Als eine konsequente Fortsetzung der von den Streetworkern ausgehenden Selbstorganisationsimpulse erscheint die Einrichtung einer von arbeitslosen Jugendlichen selbstverwalteten Werkstätte. Hier sollten die Kommunen nach Klärung der haftungsrechtlichen Fragen *organisatorische und finanzielle Hil-*

ten zur Selbsthilfe leisten. Erst dann sind die Voraussetzungen geschaffen, um aus spontanen Einzelinitiativen auf längere Dauer angelegte und von arbeitslosen Jugendlichen gemeinsam getragene *Selbsthilfewerke* zu machen.

2. Konsequenzen im administrativ-politischen Bereich

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat aus den Ergebnissen des vom NRW-Sozialministers geförderten Hamborner Streetworker-Projekts die notwendigen Konsequenzen administrativ-politischer Art gezogen. Im Frühjahr 1976 beschloß die Landesregierung in ihrem Anschlußprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine Verbesserung der Beratung und Betreuung arbeitsloser Jugendlicher durch sozialpädagogische Fachkräfte. Ihre sozialpolitische Entscheidung begründete und erläuterte die Landesregierung wie folgt: „Die bisherigen Erfahrungen mit dem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ergeben, daß rund zwei Drittel der arbeitslosen Jugendlichen von sich aus die angebotenen Hilfen nicht aufgreifen. . . Sozialpädagogen sind von ihrer Ausbildung und Berufspraxis her in der Lage, jugendliche Arbeitslose an ihren Treffpunkten bzw. zu Hause aufzusuchen, zu beraten, zu motivieren und in ihrer Persönlichkeit zu stabilisieren. . . Deshalb sollen im Rahmen der örtlichen Jugendhilfe bei freien oder öffentlichen Trägern sozialpädagogische Koordinierungs-, Beratungs- und Betreuungsstellen eingerichtet werden. Diese Stellen sollen zunächst in Arbeitsamtsbezirken mit hoher Jugendarbeitslosigkeit aufgebaut und mit sozialpädagogischen Fachkräften besetzt werden. Dafür sind 70 sozialpädagogische Fachkräfte in diesem Aufgabenbereich vorgesehen“. Dieses Förderungsprogramm ist geeignet, bessere Voraussetzungen für weitergehende arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen zu schaffen.

Aus den Hamborner Projekterfahrungen lassen sich noch weitere Forderungen von administrativ-politischer Bedeutung ableiten. *Jugendzentren, Häuser der Jugend* und *Offene Türen* müssen durchgehend von 10.00 Uhr bis 22.00 Uhr geöffnet werden. Der damit verbundene erhöhte Personalaufwand ist mit haupt- und nebenamtlichen Fachkräften (z. B. Sozialpädagogen im Anerkennungsjahr, Praktikanten des Sozialpädagogik- und Diplompädagogienstudiums) abzudecken.

An *Berufsschulen* sind umgehend *Planstellen für Sozialpädagogen* bereitzustellen. Aufgabe

dieser Sozialpädagogen ist die Beratung und Betreuung arbeitsloser Jugendlicher in ihren persönlichen, familiären, beruflichen und freizeitbezogenen Problemen. Dabei muß der Neigung der Schuladministration, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter ausschließlich für ‚schul- und sozialpolizeiliche Aufgaben‘ einzusetzen, durch entsprechende Bestimmungen entgegengewirkt werden. Es empfiehlt sich daher, das Jugendamt als Anstellungsträger vorzusehen. Durch detaillierte Tätigkeitsfeldbeschreibungen ist dafür Vorsorge zu treffen, daß die Sozialpädagogen nicht vormittags Hausbesuche und nachmittags Verwaltungsarbeiten machen, also für die einzelnen Schüler kaum oder gar nicht erreichbar und ansprechbar sind. Sozialpädagogen an Berufsschulen müssen eine Mittlerfunktion zwischen Schüler, Schule und Betrieb wahrnehmen.

Berufspädagogik, Sozialpädagogik und *Freizeitpädagogik* sind an den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten als neue fachübergreifende Lernaufgaben im Rahmen der Lehrerausbildung verbindlich zu machen. Bisher gelten diese drei Bereichspädagogiken nur als individuelle Studienschwerpunkte für Diplompädagogikstudenten. Studierende für das Lehramt an allgemein- und berufsbildenden Schulen brauchten bisher nur Grundkenntnisse in Allgemeiner Pädagogik und Schulpädagogik vorzuweisen³³). Da mittlerweile jeder Schüler von Numerus clausus und Arbeitslosigkeit bedroht ist, dürfen sich auch die Schulen diesen psycho-sozialen Problemen nicht verschließen.

Die Volkshochschulen sollten verstärkt *Kurse nach Bedarf bzw. auf Abruf* für arbeitslose Jugendliche bereitstellen. Wie die Erfahrung zeigt, werden durch bürokratische Auskünfte wie „Der nächste Kurs beginnt im Herbst“ oder „im Frühjahr“ grundsätzlich vorhandene Motivationen und Interessen wieder abgebaut. Arbeitslose Jugendliche planen nur für den Augenblick und nicht für die Zukunft. Die hohe Fluktuation der Teilnehmer kann er-

³³) Bezeichnend für die gegenwärtige Situation ist folgendes Beispiel: Die im Rahmen eines offiziellen Lehrauftrags geplante Lehrveranstaltung zum Thema „Pädagogische Ansätze zur Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit und ihrer sozialen Folgen“ wurde vom zuständigen Fachbereich Erziehungswissenschaft der Gesamthochschule Siegen im Sommer 1976 mit der Begründung zurückgewiesen, die Behandlung dieses Themas sei innerhalb der Ausbildung von Studierenden für das Lehramt an allgemein- und berufsbildenden Schulen „nicht notwendig“!

heblich reduziert werden, wenn die Kursleiter methodisch-didaktisch auf ihre besondere Aufgabe vorbereitet werden (evtl. durch Wochenendlehrgänge), so daß sie sich auf die konkreten Interessen und vorhandenen Fähigkeiten der arbeitslosen Jugendlichen besser einstellen können.

Den arbeitslosen Jugendlichen ist die *kostenlose Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs* zu ermöglichen. Der Aktionsradius der arbeitslosen Jugendlichen reicht oft nicht weiter als bis zum Jugendheim oder zur Kneipe. Ein Hauptgrund für die faktische Immobilität ist die finanzielle Misere, die größere Bus- oder Bahnfahrten nicht erlaubt. Die Jugendlichen helfen sich aus diesem Dilemma, indem sie „fast regelmäßig“ (nach den Aussagen der Job-Freizeit-Mitarbeiter) „schwarz fahren“ und damit das Risiko eines Gerichtsverfahrens wegen Beförderungerschleichung (durchschnittliche Gerichtskosten für den Staat: ca. 350,— DM) eingehen. Die zuständigen Jugendwohlfahrtsausschüsse sollten daher den jeweiligen Stadträten eine Beschlußvorlage empfehlen, die den arbeitslosen Jugendlichen die kostenlose Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs im unmittelbaren Ortsnetzbereich erlaubt. Als Nachweis würde eine Bescheinigung des Arbeitsamtes genü-

gen, die einen halben Monat Gültigkeit haben sollte.

Nach dem gleichen Prinzip (Halbmonatsbescheinigung) sollten arbeitslosen Jugendlichen *Preisvergünstigungen* für die Benutzung kultureller Einrichtungen (Volkshochschule, Bücherei, Museum, Theater u. a.) und städtischer Freizeiteinrichtungen (Schwimmbäder, Sportanlagen, Bundesligaspiel, Kommunale Kinos u. ä.) gewährt werden. Ohne Konsumanreize können Arbeiterjugendliche schwerlich für Weiterbildungsmaßnahmen aktiviert werden.

Hilfen zur Bewältigung psycho-sozialer Probleme der Jugendarbeitslosigkeit überschreiten die Kompetenz der Arbeitsmarktpolitik. Sie müssen als *referats- und ressortübergreifende Aufgabe* erkannt werden. Die bisher in Förderungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche dominierenden, vorwiegend ökonomisch begründeten Restriktionen (z. B. Mindestteilnehmerzahl) verhindern eine angemessene Berücksichtigung sozialer Belange.

Dem anhaltenden Privatisierungstrend im kommunalen Bereich muß entgegengewirkt werden, um größeren Verfügungsspielraum für die in Zukunft immer bedeutsamer werdenden *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* der öffentlichen Hand zu bekommen.

Walter Jaide: Jugend und Politik heute. Soziale und politische Einstellungen und Verhaltensweisen im Spiegel neuerer Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/76, S. 3—24

An der Spitze der jugendlichen Interessengebiete stehen nicht politische Probleme im engeren Sinne, sondern solche der persönlichen Entfaltung und Befriedigung in Schule, Beruf, Familie, Freizeit und Freundeskreis. Politische Zielsetzungen — besonders Sicherheit und Frieden innen und außen — werden gleichsam als Flankenschutz bewertet. Darin zeigen sich u. a. Zurückhaltung und Überdruß gegenüber einer starken bzw. extremen Politisierung der Jugend, wie sie sich in kleinen Minderheiten vollzieht. Daß dazu im Bewußtsein der meisten Jugendlichen keine besonderen Anlässe vorliegen, erweisen ihre hohen Quoten von Zufriedenheit bzw. Zustimmung zu Schule, Beruf und Arbeit, Wirtschaftssystem und Staatsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Diese Zufriedenheiten bedürfen zwar umsichtiger, vielschichtiger Deutungen; sie lassen sich jedoch nicht als Meinungsverkehrungen aus Unwissenheit, Desinteresse oder Entfremdung bagatellisieren. Den Zufriedenen stehen in unterschiedlichen Minderheiten Unzufriedene und skeptisch „Verdrossene“ sowie „Systemveränderer“ gegenüber, wobei die letzteren meist zu den Schülern und Studenten gehören.

Ähnlich verschieden, wie sich Zustimmung und Opposition auf die Jugendlichen und ihre sozialstrukturellen Gruppen verteilen, halten sie die mannigfachen politischen Aktionsweisen — legale, konventionelle, unkonventionelle, illegale — für akzeptabel oder wirksam bzw. sind sie zur Teilnahme an solchen bereit.

Eine Prognose muß die Relevanz und evtl. Balance der verschiedenen Politikbereiche einkalkulieren, ferner die Stabilität oder Instabilität aufgrund von Zufriedenheiten und Unzufriedenheiten, die Partnerschaft zwischen Eltern und Jugendlichen und die zunehmende soziale Aufstiegsmobilität breiter Jugendkreise und deren ideologische Beeinflussung. Eine solche Prognose dürfte ein stärkeres Wiedereinpendeln zwischen verschiedenen konservativen und progressiven, „normalen“ und „extremen“ Einstellungen innerhalb der Jugend in Aussicht stellen.

Horst W. Opaschowski: Zur Lebenssituation arbeitsloser Jugendlicher. Ergebnisse eines sozialpädagogischen Projekts

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/76, S. 25—47

Angesichts der sich abzeichnenden Gefahr einer nicht geringen Jugendarbeitslosigkeit bis in die Mitte der achtziger Jahre hinein kommt der vorliegenden Untersuchung zur Lebenssituation arbeitsloser Jugendlicher besondere Bedeutung zu. Darin werden die Ergebnisse eines 1975/76 vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten sozialpädagogischen Projekts zusammengefaßt.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen Überlegungen zur Überwindung bzw. Milderung der psycho-sozialen Folgen der Jugendarbeitslosigkeit durch Stabilisierung des Selbstwertgefühls, Überwindung der Isolierung, Förderung der Eigeninitiative, Stärkung der Arbeitsmotivation und Erhaltung der Berufsperspektive. Die Darstellung bezieht sich dabei nicht auf „irgendeine“ Situation, sondern konkret auf die Wohn- und Lebensbedingungen arbeitsloser Jugendlicher im Duisburger Arbeiterviertel Hamborn, dem in der Bundesrepublik wohl am stärksten von der Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Großstadtdistrikt. Hier ist jeder dritte bis vierte Arbeitslose ein Jugendlicher unter 20 Jahren.

Unter Rückgriff auf Erfahrungen der amerikanischen und skandinavischen Sozialarbeit hat ein Team von fünf Sozialarbeitern und Sozialpädagogen zwischen Oktober 1975 und März 1976 rund 130 arbeitslose Jugendliche an ihren Treffpunkten im Freien, in Gaststätten, Jugendheimen und zu Hause aufgesucht, problemorientierte Gesprächskontakte aufgenommen und Beratungen durchgeführt. „Streetwork“ (Straßenberatung) als Sozialarbeit im Kontaktbereich der Straße und des Wohngebiets erwies sich dabei als neue und praktikable Methode der direkten Einwirkung auf arbeitslose Jugendliche.

Die „Streetworker“ machten die Erfahrung, daß arbeitslose Jugendliche Angst haben, sich als einzelne zu exponieren (weshalb sie auch so schwer zu erreichen sind). Sie fühlen sich als Stigmatisierte, als von der Arbeit Ausgeschlossene. Indem sie ihren Arbeitslosen-Status verbergen, vermeiden sie jede Art von Auffälligkeit und unterliegen dem Zwang zur „Überanpassung“. Hinzu kommt die Abschirmfunktion der Familie, die eine weitere Reduzierung der sozialen Kontakte bewirkt. Familiäre und nachbarliche Solidarität verhindern eine Flucht der arbeitslosen Jugendlichen in Alkohol, Drogenkonsum und Kriminalität. Ein Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität ist nicht nachweisbar.

Arbeit hat für viele arbeitslose Jugendliche einen anderen Stellenwert bekommen. Herkömmliche Formen von Arbeit („Maloche“) und Beruf sind kaum mehr erstrebenswert. Was zählt, sind Job und Gelderwerb. Die Berufsperspektive wird aufgegeben zugunsten einer ausschließlichen Erwerbsorientierung. Die Gefahr einer Materialisierung der gesamten Lebenshaltung ist groß. Die Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft sind noch nicht absehbar.